



Plenarprotokoll

106. Sitzung

Mittwoch, 20. Januar 2021

Gemeinsame Beratung

a) Regierungserklärung zu „Aktuelle Herausforderungen meistern - Perspektiven für den Frühling schaffen“..... 8054

Drucksache 19/2721

b) Nachvollziehbarkeit, Transparenz und Effektivität der Pandemie-Maßnahmen sicherstellen.... 8054

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2720

Corona-Pandemie mit Verantwortung, Umsicht und Perspektive bewältigen..... 8055

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2722

Daniel Günther, Ministerpräsident.	8055
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	8060, 8099
Tobias Koch [CDU].....	8067
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8071
Christopher Vogt [FDP].....	8076
Lars Harms [SSW].....	8083
Jörg Nobis [AfD].....	8089, 8098
Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]....	8090
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	8091
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	8092
Jan Marcus Rossa [FDP].....	8093
Kay Richert [FDP].....	8093
Werner Kalinka [CDU].....	8094
Jörg Hansen [FDP].....	8095
Stephan Holowaty [FDP].....	8096
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8096
Birte Pauls [SPD].....	8097
Dennys Bornhöft [FDP].....	8099
Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	8100

Beschluss: 1. Überweisung des Antrags Drucksache 19/2720 an den Sozialausschuss
2. Annahme des Antrags Drucksache 19/2722.....

8102

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 41., außerordentliche, Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt ist der Abgeordnete Claus Schaffer. Wir wünschen ihm gute Genesung.

(Beifall)

Beurlaubt ist der Abgeordnete Lukas Kilian.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich heute gleich zwei Abgeordneten herzlich zum Geburtstag gratulieren: der Kollegin Anita Klahn und dem Kollegen Ole-Christopher Plambeck. Beiden herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall)

Schön, dass Sie den Geburtstag gemeinsam mit uns feiern. Bleiben Sie gesund!

(Mehrere Abgeordnete gratulieren der Abgeordneten Klahn - Zuruf: Illegale Geburtstagsparty!)

- Wenn die Verabredungen zur Geburtstagsparty erledigt sind, können wir mit unserer Sitzung beginnen. Ich habe Ihnen die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnungspunkte 1 und 2 gemeinsam zu beraten. Weitere Tagesordnungspunkte liegen nicht vor. Wir werden heute ohne Mittagspause bis circa 13 Uhr tagen. Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich begrüße die vier Besucher auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkte 1 und 2 auf:

Gemeinsame Beratung

a) **Regierungserklärung zu „Aktuelle Herausforderungen meistern - Perspektiven für den Frühling schaffen“**

Drucksache 19/2721

b) **Nachvollziehbarkeit, Transparenz und Effektivität der Pandemie-Maßnahmen sicherstellen**

(Präsident Klaus Schlie)

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2720

**Corona-Pandemie mit Verantwortung, Um-
sicht und Perspektive bewältigen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2722

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.
Ich erteile für die Landesregierung dem Minister-
präsidenten, Daniel Günther, das Wort.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Da-
men und Herren! Gestern hatten wir eine Minister-
präsidentenkonferenz. Ich bedanke mich an dieser
Stelle zuerst bei den Fraktionsvorsitzenden der Op-
position für das Verständnis dafür, dass wir entge-
gen den sonstigen Gepflogenheiten die Regierungs-
erklärung vorher nicht im Wortlaut zur Verfügung
gestellt haben. Ich räume ein: Die Zeit war ein biss-
chen knapp. Wir haben gestern, wie Sie gesehen ha-
ben, über sieben Stunden getagt. Ich habe Sie ges-
tern Abend über die Ergebnisse informiert und Ih-
nen heute Morgen zumindest die wesentlichen
Stichworte meiner Rede noch zur Verfügung ge-
stellt, damit Sie ungefähr wissen, was auf Sie zu-
kommt.

Ich weiß, dass das alles nicht selbstverständlich ist.
Wir haben eigentlich andere Gepflogenheiten. Uns
gemeinsam war es aber wichtig, dass wir so schnell
wie möglich auch im Parlament über die Beschlüs-
se beraten und unsere Konsequenzen daraus ziehen.
Trotz alledem meinen Dank für das Verständnis für
dieses Verfahren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP)

Wir hätten uns etwas anderes als eine vorgezogene
Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidenten-
konferenz gewünscht. Ich nehme mich selbst davon
nicht aus, dass es mir wie vielen in unserem Land
so geht, dass man in dieser Pandemie immer wieder
Frusterlebnisse hat, weil man glaubt, man kann be-
stimmte Pfade einschlagen und bestimmte Perspek-
tiven aufzeigen. Immer wieder kommt aber etwas
Neues, womit man nicht gerechnet hat.

Jetzt ist es die Virusmutation. Ich räume offen ein:
Der Grund für die vorgezogene Ministerpräsi-
dentenkonferenz war nicht etwa eine Entwicklung von
Fallzahlen, die uns überrascht hätte, sondern in der
Tat einzig die Frage: Was kann diese Mutation für

unser Land bedeuten, was kann uns das für Schwie-
rigkeiten bereiten? - Ich bitte alle um Verständnis,
die andere Hoffnungen hatten. Es wäre nicht dar-
stellbar gewesen. Deswegen sage ich: In diesen Zei-
ten ist es wichtig, vorsichtig zu bleiben und die La-
ge zu analysieren. Dieser Weg war bisher richtig
und bleibt auch für die Zukunft richtig.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Gucken wir uns die Lage in den Ländern an, die
von dieser Mutation besonders betroffen sind, zum
Beispiel Großbritannien und Irland: Dort sind in-
nerhalb von Wochen die Inzidenzen auf bis zu
1.000 hochgegangen. Daher müssen wir aufpassen,
dass wir nicht in eine solche Lage geraten. Gucken
wir uns die Lage bei uns in Schleswig-Holstein an:
Auch bei uns gibt es in Rendsburg, Flensburg, im
Kreis Pinneberg und in Dithmarschen Verdachtsfäl-
le oder bestätigte Fälle. Daher war die eindringliche
Empfehlung auch unserer Expertinnen und Exper-
ten: kein Grund zur Panik - das will ich deutlich sa-
gen -, aber Grund, extrem vorsichtig zu sein und
unser Land bestmöglich vor dieser Situation zu be-
wahren! - Das werden wir tun; darauf können die
Menschen in Schleswig-Holstein sich verlassen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich betone an dieser Stelle trotzdem, dass es für
mich nach der Ministerpräsidentenkonferenz einen
ebenfalls extrem wichtigen Punkt gegeben hat, und
zwar die Frage: Können wir den Menschen wieder
Perspektiven geben? - Es geht um einen Stufenplan;
Herr Stegner, Sie nennen es Ampel. Der Begriff ist
am Ende egal, aber uns eint, dass wir den Men-
schen wieder verlässliche Perspektiven geben wol-
len.

Was passiert eigentlich, wenn wir bestimmte Inzi-
denzwerte unterschreiten? Hätte ich im Moment ei-
nen Friseursalon in Schleswig-Holstein - ich habe
keinen -

(Serpil Midyatli [SPD]: Das sieht man! -
Heiterkeit)

- das sind Gemeinsamkeiten, die wir haben, Frau
Midyatli -,

(Beifall und Heiterkeit)

dann hätte auch ich keinen Anhaltspunkt, wann ich
wieder die Möglichkeit hätte, Frau Midyatli zu ei-
ner vernünftigen Frisur zu verhelfen.

(Heiterkeit)

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Ich sage an der Stelle deutlich: Natürlich ist ein Perspektivplan mit Risiken verbunden, aber in dieser Phase, in der wir Menschen mitnehmen und überzeugen müssen, ist es unfassbar wichtig, dass die Menschen eine Perspektive haben, dass sie wissen, worauf sie hinarbeiten müssen, um entsprechende Öffnungsschritte zu erleben. Deswegen bin ich extrem stolz darauf, dass unsere aus Schleswig-Holstein kommende Idee für einen solchen Perspektivplan gestern beschlossen worden ist. Ich weiß, das ist erst einmal eine Arbeitsgruppe, aber diese Arbeitsgruppe hat einen ganz klaren Auftrag. Bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz haben wir einen Perspektivplan und einen Stufenplan. Das ist ein großartiger Erfolg dieser Ministerpräsidentenkonferenz, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Damit ist aber kein Automatismus verbunden, denn - seien wir ehrlich miteinander - selbst wenn wir im Moment in Schleswig-Holstein ein Ampelsystem hätten, stünden im Moment noch alle Ampeln auf Rot. Deswegen ist es wichtig, dass wir für die Zukunft Perspektiven aufzeigen.

Wenn man uns fragt, warum wir im Moment so vorsichtig sind, dann will ich allen sagen: Was sind denn eigentlich unsere Pläne? - Wir wollen im Frühling, nach Ostern, möglichst Schritte in die Normalität ermöglichen. Viele erinnern sich an das letzte Jahr. Sie erinnern sich an den Mai, als die Inzidenzen deutlich niedriger waren. Ich sage aber sehr deutlich: Das ist mitnichten eine Selbstverständlichkeit. Zu glauben, das Wetter wird dann besser und die Inzidenzen gehen automatisch nach unten, ist trügerisch. Das wird nicht passieren. Der Grund dafür, dass die Zahlen so niedrig waren, lag in dem Lockdown im letzten Jahr. Durch die Effekte des schöneren Wetters und dadurch, dass die Menschen mehr draußen waren, sind keine Neuinfektionen entstanden. Deswegen muss unser absolutes Ziel in der nächsten Zeit sein, nie die Kontrolle zu verlieren und nie in eine solche Situation wie in Sachsen zu geraten.

Ich spreche offen aus: Wir alle wissen, was wir in den letzten Wochen allein schon beim Thema Impfen und den damit zusammenhängenden Problemen aushalten mussten. Entstehen Probleme wie in Sachsen, sodass Menschen sich Sorgen machen, frage ich: Was glauben Sie, was in diesem Land los war, als die Zahlen hochgingen, die Krankenhäuser immer stärker überlastet waren und es nicht mehr möglich war, der Lage Herr zu werden? - Unser aller Ziel muss sein, vorsichtig zu bleiben, die Zahlen

niedrig zu halten und immer mit Augenmaß zu arbeiten, um wirklich in die Lage zu kommen, dass die Zahlen an Ostern so niedrig sind, dass wir echte Öffnungsschritte machen. Das ist unsere Zielsetzung. Ich bitte Sie bei diesem Weg herzlich um Ihre Unterstützung.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Jörg Nobis [AfD]: Das haben wir schon so häufig gehört!)

Wie kommen wir dahin, und was sind die Risiken? Ein Risiko ist die Mutation. Ich hoffe, dass wir Anfang Februar verlässlichere und klarere Zahlen haben werden, um die Situation besser beurteilen zu können. Ich sage aber auch: Das größte Risiko, das wir auf der Wegstrecke haben, ist, dass die Akzeptanz der Menschen nachlässt und dass Menschen die Regeln nicht mehr einhalten. Deswegen sage ich an der Stelle ausdrücklich - das ist auch eine wichtige Erkenntnis der gestrigen Ministerpräsidentenkonferenz -: Wir dürfen bei unseren Maßnahmen Maß und Mitte nicht verlieren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Ich bin froh darüber, dass bei diesem Beschluss das Wort Ausgangssperren nicht einmal im Beschluss-text steht. Ich hätte diese für Schleswig-Holstein ohnehin für falsch gehalten. Ich will nicht mit erhobenem Zeigefinger herumlaufen und auf andere Länder zeigen, die dieses Instrument nutzen, denn ich glaube, wir müssen miteinander feststellen: Wenn die Inzidenzen in eine unermessliche Höhe wachsen, dann werden auch wir über Maßnahmen beraten, die härter als all das sind, was wir im Moment beschlossen haben.

Ich glaube aber: Wenn wir immer mehr an der Schraube drehen, wenn wir den Menschen immer mehr Freiheiten nehmen und nicht mehr darauf achten, dass unsere Maßnahmen zielgerichtet sind, um Neuinfektionen zu verhindern, werden wir Akzeptanz verlieren. Ich glaube, der Grund dafür, warum die Infektionszahlen mancherorts hochgehen, liegt nicht darin, was wir beschlossen haben, sondern darin, dass Menschen sich nicht an Regeln halten. Deswegen muss unser aller Interesse sein, das Regelwerk klar verständlich zu machen, aber nicht zu überdrehen. Dann machen die Menschen in Schleswig-Holstein so gut mit, wie sie es bisher getan haben. Ich bitte Sie herzlich darum, diesen Weg zu unterstützen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Im Übrigen ist es gut, dass wir zum ersten Mal in der Ministerpräsidentenkonferenz einen Beschluss dahin gehend haben, dass endlich einmal die Länder Rückendeckung bekommen, die die Regelungen der MPK und ihre Verordnungen eins zu eins umsetzen. Es hat Vertrauen gekostet, dass wir gemeinsame Beschlüsse gefasst haben und gemeinsam vor die Kameras getreten sind und danach ein Bundesland nach dem anderen lockerere Regelungen umgesetzt hat. Es mag manchmal für Sympathien bei Menschen, auch bei Interessengruppen gesorgt haben, aber die Gesundheit wird durch diese Maßnahmen mit Sicherheit nicht besser geschützt. Ich finde es gut, dass jetzt Wert auf ein einheitliches Regelwerk gelegt wird, damit es nicht zu Verlagerungen kommt.

Wir erleben es derzeit in Hamburg: Auch Sie kriegen die Briefe von den Fahrschulen in Schleswig-Holstein, die nicht arbeiten dürfen, übrigens zu Recht, um die Infektionszahlen zu senken. Aber es ist natürlich mitnichten sinnvoll, dass die Fahrschüler jetzt nach Hamburg fahren, um dort Unterricht zu genießen. Deswegen ist es wichtig, dass wir so einheitliche Regeln wie möglich haben. Dieser Beschluss gibt uns Rückendeckung für den Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich will auch das sensible Thema Schule und Kitas ansprechen - wir haben im Landtag darüber diskutiert -: Es ist eine Abwägungsentscheidung, wie man sich hier verhält. Wir wissen, was das für eine enorme Belastung für Familien ist. Aber auch hier hat die Ministerpräsidentenkonferenz sehr klar beschlossen, dass es durch diesen Beschluss nur für die Länder Unterstützung gibt, die die Regelung extrem restriktiv ausgelegt haben.

Wie gesagt, man kann darüber streiten, ob es gut ist, was wir machen, aber in unseren Kitas und Schulen sind viel weniger Menschen, es finden viel weniger Kontakte statt, was eine Auswirkung auf die Infektionszahlen hat. Ich kann es Ihnen sagen: In den Grundschulen bei uns sind nur 8 % der Schülerinnen und Schüler, in den Kitas sind nur 20 % der Kinder. In Mecklenburg-Vorpommern sind 31 % der Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen, in Hamburg sind 50 % der Kinder in den Kitas. Ich weiß, dass an den Schnittstellen immer darüber gesprochen und gefragt wird: Warum sind die Maßnahmen dort lockerer? Warum ermöglicht man dort mehr? Warum seid ihr in Schleswig-Holstein so streng? - Ich bitte Sie alle miteinander, immer zu sagen: Die Argumentation ist doch die,

dass wir, weil wir in Schleswig-Holstein strenger und unsere Regeln so klar und präzise sind, so niedrige Infektionszahlen haben.

Deswegen bin ich sehr dafür, diesen Weg weiterzugehen und den Familien im Übrigen immer klare Perspektiven zu geben. Ich sage an dieser Stelle sehr klar: Wenn wir die Maßnahmen jetzt bis zum 14. Februar verlängern und den Familien viel zumuten, ist es für uns als Jamaika-Koalition eine Selbstverständlichkeit, dass die Eltern in Schleswig-Holstein keine Beiträge zahlen müssen, solange die Kitas geschlossen sind, und auch in den Schulen geregelt wird, dass diejenigen, die die Betreuung nicht nutzen, keine Gebühren entrichten müssen. Das ist ein Stück Verlässlichkeit und Perspektive. So schwer uns im Grundsatz die Entscheidung im Moment fällt: Dieser Weg ist richtig, um den Eltern unterstützend zur Seite zu stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Auch um Akzeptanz zu schaffen, ist es wichtig, dass wir uns auf die Dinge konzentrieren, die wirklich etwas bringen. Deswegen ist es wichtig, dass wir beim Thema Homeoffice weitergekommen sind und übrigens auch, dass es eine Verordnung des Bundes gibt, die bis zum 15. März greift.

Man darf an der Stelle einmal sagen, dass bei allem, was wir jetzt regeln werden, die Bereitschaft der Betriebe in Schleswig-Holstein von Tag zu Tag wächst, Homeoffice anzubieten. Gucken Sie sich die Zahlen der IHK Schleswig-Holstein an, dann merken Sie, dass in diesem Bereich wirklich Bewegung ist. Die Betriebe greifen, sofern Homeoffice möglich ist, auch immer stärker zu diesem Instrument. Das ist ein gutes Signal. Dazu hat die Diskussion, die wir hier gemeinsam geführt haben, einen Beitrag geleistet. Ich bin stolz darauf, dass es immer mehr Unternehmerinnen und Unternehmer gibt, die sagen; Wir müssen in der Pandemie helfen und alle Instrumente nutzen, damit unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von zu Hause aus arbeiten können und Unterstützung bekommen. - Diesen Weg sollten wir weiter konsequent gehen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das heißt im Übrigen auch, dass dort, wo Homeoffice nicht möglich ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser geschützt werden. Es ist richtig, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zukünftig die Verpflichtung haben, dort, wo Abstände nicht eingehalten werden können, ihre Mitarbeite-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

rinnen und Mitarbeiter mit medizinischen Masken zu unterstützen.

Eines sage ich auch sehr klar: Um den Anteil derjenigen zu erhöhen, die mitmachen, müssen wir als öffentliche Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen mit gutem Beispiel vorangehen. Das heißt für uns, dass wir versuchen müssen, in allen Bereichen, in denen es möglich ist, Homeoffice anzubieten.

Selbstverständlich werden wir so schnell wie möglich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst medizinische Masken zur Verfügung stellen, um diesem Anspruch selbst gerecht zu werden. Das sind Polizistinnen und Polizisten, die während ihrer Einsätze die Abstände oft nicht einhalten können. Das sind Lehrerinnen und Lehrer, bei denen das zum Teil nicht möglich ist.

Wir werden auch hier mit gutem Beispiel vorangehen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die wir Verantwortung tragen und zu Fürsorge verpflichtet sind, so schnell wie möglich unterstützen. Das ist unser Anspruch; den werden wir auch umsetzen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mit diesen Maßnahmen werden wir dafür sorgen, dass es im ÖPNV weniger voll zugeht. Mit diesen Maßnahmen werden wir uns übrigens auch darum kümmern, dass wir Menschengruppen noch besser schützen, die von besonders schweren Verläufen gezeichnet sind. Das heißt: Es ist richtig, dass wir für die Alten- und Pflegeheime festgelegt haben, dass es dort eine Pflicht zum Tragen von FFP2-Masken gibt, wenn man in direktem Kontakt mit den zu pflegenden Menschen ist.

Ich weiß, dass das in den Bereichen eine große Herausforderung ist, aber wir sehen doch - gucken Sie sich das immer wieder an -: Das Ausbruchsgeschehen in den Alten- und Pflegeeinrichtungen muss uns große Sorge bereiten. Deswegen ist es richtig, dass wir hier durch verstärkte Testungen - auch mit Unterstützung des Bundes -, mit noch mehr Sicherheit unseren Anspruch wirklich erfüllen, diese Menschen so gut wie möglich zu schützen und so schnell wie möglich zu impfen. Das machen wir parallel; ich glaube, die Hälfte ist bereits geimpft. Wir sind in diesem Bereich in Schleswig-Holstein - das ist ein hoffnungsfrohes Signal - auf dem richtigen Weg. Es ist wichtig, dass wir alles tun, damit in den Alten- und Pflegeeinrichtungen die Menschen in Schleswig-Holstein bestmöglich geschützt sind.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Es geht darum, dass wir die Nachverfolgung gewährleisten müssen. Deswegen ist unser Anspruch, dass unsere Gesundheitsämter dazu ertüchtigt werden, die Nachverfolgung mindestens bis zu einer Inzidenz von 50 zu gewährleisten. Denn zur Wahrheit gehört: Öffnungsschritte können wir dann beschließen, wenn uns die Nachverfolgung gelingt.

Die Nachverfolgung ist übrigens unser Schlüssel dafür, uns auch vor der Virusmutation zu schützen. Deswegen bin ich froh - Heiner Garg weiß das noch besser als ich, weil er noch viel engeren Kontakt mit unseren Kommunen, mit den Trägern, hat -, dass wir beschlossen haben, beim Thema Digitalisierung deutlich schneller voranzukommen. Das ist für diejenigen, die davon betroffen sind, auch eine harte Botschaft, denn die arbeiten natürlich bereits am Limit, gerade bei den hohen Inzidenzen.

Man muss sich bei diesem Beschluss hinstellen und sagen: Für viele ist es ein Gewinn, wenn die Digitalisierung klappt, weil dann manches schneller geht. Aber man muss sich zugleich bereits jetzt von diesem Rednerpult aus bei denen entschuldigen, die im Moment schon einen großartigen Job leisten und durch diese Umstellungsverfahren nun noch zusätzlich belastet werden. Es ist ein richtiger Schritt, und ein großer Teil der Gesundheitsämter in Deutschland ist diesen Weg gegangen. Wenn die Umstellung funktioniert, gibt es in den Bereichen auch Sicherheit; deswegen ist es ein richtiger Schritt, das zu diesem Zeitpunkt zu machen. Ich bitte trotzdem alle um Verständnis, die angesichts dieser Maßnahmen künftig noch mehr leisten müssen, als sie ohnehin schon leisten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich komme nun auf das Thema Dänemark zu sprechen, auf die Nähe zu Dänemark, wo die Virusmutation noch eine andere Bedeutung hat, wenngleich die Lage nicht so dramatisch ist wie in anderen Ländern. Natürlich müssen wir, was das Thema Grenze angeht, ebenfalls mit Sorgfalt agieren, wollen aber wirtschaftliche Tätigkeiten dort nicht abwürgen. Wir müssen deshalb gucken, dass wir mit Augenmaß agieren.

Die Kanzlerin hat gestern in der Ministerpräsidentenkonferenz Rückendeckung von uns für den Europäischen Rat bekommen, denn, wenn wir beim Thema Virusmutation etwas erreichen wollen, reicht es nicht aus, wenn sich jedes Bundesland darum kümmert. Das ist ein Thema, das auf europäi-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

scher Ebene gelöst werden muss. Deswegen wünsche ich mir ausdrücklich, dass es dort eine Verständigung über möglichst einheitliche Regelungen beim Grenzverkehr gibt. Das gäbe auch uns in Schleswig-Holstein die Möglichkeit, eine gegenseitig respektierte Regelung zu haben. Das wäre in diesen Zeiten, ehrlich gesagt, für die Menschen im Norden von Nutzen. In Flensburg gibt es 30 Fälle, die nicht ohne Grund aus dem Norden gekommen sind. Wir müssen die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner schützen. Deswegen ist es wichtig, dass wir hier möglichst schnell zu Ergebnissen kommen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Ich will zur Vorbereitung sagen, dass die Regelungen, die wir verabredet haben, bei uns in Schleswig-Holstein bis zum 14. Februar greifen und ab Montag in Kraft treten werden.

Mir ist wichtig, dass diejenigen, die von der Verlängerung der Regelungen betroffen sind, möglichst auch Perspektiven bekommen; das habe ich bereits im Zusammenhang mit den Familien gesagt. Ich sage ausdrücklich, dass wir - nicht zuletzt durch den hartnäckigen Druck, den unser Wirtschaftsminister Bernd Buchholz ausgeübt hat - in der Ministerpräsidentenkonferenz auch noch einmal sehr wichtige Beschlüsse zu den Wirtschaftshilfen gefasst haben, das heißt: eine Erhöhung der Höchstbeträge für Soloselbstständige und Unternehmen, eine verbindliche Zusage des Bundes, dass Abschlagszahlungen für die Überbrückungshilfe III im Februar ausgezahlt werden und die endgültigen Zahlungen durch das Land im März erfolgen können. Das sind in diesen Zeiten wichtige Nachrichten.

Verbunden damit hat der Bundesrat übrigens am Montag beschlossen - der Bund setzt es jetzt um -, dass die Insolvenzantragspflicht für Unternehmen bis Ende April aufgehoben wird. Auch das gibt vielen in unserem Land, die extrem unter dieser Lage leiden, noch eine zusätzliche Perspektive, gerade angesichts der Tatsache, dass wir die Maßnahmen erneut verlängern.

Wir müssen jetzt mit Blick auf die nächsten Wochen daran arbeiten, wieder Perspektiven aufzuzeigen. Deshalb müssen wir natürlich auch beim Thema Impfen vorankommen. Weil wir in der letzten Plenarwoche sehr kritisch über dieses Thema gesprochen haben, will ich ausdrücklich sagen: Wir sind in diesem Bereich deutschlandweit extrem schnell unterwegs. Wir haben bereits 65.000 Men-

schen in Schleswig-Holstein geimpft; das ist eine Quote von 2 % - eine Höchstquote.

Um eines deutlich zu sagen: Der Impfstoff geht bei uns im Moment nicht aus, wie heute behauptet worden ist, aber natürlich leiden auch wir in Schleswig-Holstein, leidet Heiner Garg darunter, dass die Verlässlichkeit der Lieferungen im Moment nicht so gegeben ist, wie wir uns das gewünscht haben. An der Situation wird Heiner Garg nichts ändern können, sondern wir müssen mit dieser Situation umgehen.

Deshalb ist es wichtig - das haben wir in der Ministerpräsidentenkonferenz gemeinsam festgestellt -, dass wir endlich Perspektiven für mindestens sechs Wochen bekommen, damit wir genau diese Terminvergaben ermöglichen können.

Ich sage ausdrücklich: Die Geschwindigkeit, mit der wir die hier im Parlament besprochenen Dinge umgesetzt haben, ist wirklich eine großartige Leistung - sowohl der Menschen in den Impfbetrieben und mobilen Pflegediensten als auch der Menschen, die in anderen Bereichen Verantwortung tragen. Es ist auch eine großartige Leistung von Heiner Garg gewesen, der in den letzten Tagen erheblich Zeit investiert hat, um zu diesem Thema eine Lösung zu finden. Damit hat er übrigens auch den Anspruch des Parlamentes erfüllt - wir haben das beim letzten Mal besprochen -, sodass ich mich an dieser Stelle auch bei dir, lieber Heiner, ausdrücklich bedanke.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und SSW)

Es liegen noch harte Wochen vor uns. Wir brauchen die Akzeptanz. Dadurch, dass wir hier vieles gemeinsam auf den Weg bringen, tragen wir zur Schaffung dieses Vertrauens bei.

Ich weiß, dass die Entscheidungen, die wir im Moment treffen, vielen Menschen manchmal Illusionen nehmen. Wir bemerken das unter anderem bei den Demonstrationen, die hierzu stattfinden. Jedem von uns geht das nahe. Ich sage für mich persönlich: In den letzten Tagen gab es durchaus Frusterlebnisse, die ich hatte - auch bei den Expertinnen- und Expertenanhörungen -, denn jeder von uns hat sicherlich den Anspruch, Freiheiten möglichst zurückzugeben und Perspektiven zu eröffnen. Wenn man wieder einen Schritt machen muss, der vielen Menschen Hoffnungen nimmt, dann ist das etwas, das uns alle miteinander belastet. Ich weiß, dass das für jeden Abgeordneten, der hier sitzt, gilt. Sie alle bekommen im Moment viele E-Mails von Menschen, die wenig Hoffnung haben beziehungsweise sich

(Ministerpräsident Daniel Günther)

über vieles beschweren, was im Moment nicht perfekt läuft.

Aber - das ist wirklich meine Botschaft des heutigen Tages -: Die Tage werden wieder länger. Wir kommen in vielen Bereichen voran. - Auch in den letzten Jahren war es im Monat Januar so, dass das Wetter nicht gut war und man hinausblickte und sich fragte: Wann kann ich bestimmte Freiheiten wieder genießen? - Auch in den letzten Jahren war jedem klar, dass das nicht schon in zwei Wochen wieder möglich wäre, in Bezug auf das gemeinsame Grillen. Jeder wusste, dass es diese Perspektive erst wieder nach Ostern geben würde.

Ich weiß, dass in diesem Jahr alles noch viel schlimmer ist, gerade für die Menschen, die nicht am Ende eines jeden Monats ein festes Gehalt bekommen und die sich im Moment nicht auf eine breite soziale Infrastruktur verlassen können. Ich weiß wirklich - wir alle miteinander wissen es -, was das für Belastungen sind. Aber wir wollen Hoffnung und Zuversicht geben.

Ich bin mir sicher: Wenn sich alle Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein an unsere Regelungen halten und wir diese weiterhin klug und mit Augenmaß ausgestalten - dazu gehört übrigens, dass wir bei der Regelung zu den zulässigen Kontakten die unter Dreijährigen aus der Zählung herausnehmen, um die Umsetzbarkeit zu verbessern -, dann können wir die Herausforderung der Pandemie bewältigen. Wichtig ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger - nicht nur die Gutwilligen, sondern auch diejenigen, die skeptisch sind - unsere Regeln in den nächsten Monaten diszipliniert befolgen. Dann werden wir es gemeinsam schaffen.

Ich bitte Sie alle hier im Parlament um Unterstützung. Ich bitte auch die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner außerhalb dieses Parlaments darum, in dieser Krise auf Abstand zu achten und trotzdem zusammenzustehen. Wir werden aus dieser Krise gut herauskommen, meine Damen und Herren. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Oppositionsführer, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit den nüchternen Fak-

ten zur Coronapandemie beginnen: Trotz des harten Lockdowns ist die Zahl der Neuinfektionen in Deutschland noch immer nicht in dem Ausmaß gesunken, wie wir es uns wünschen. Noch immer steckt jeder Infizierte rechnerisch knapp eine weitere Person an. Auch wenn sich in den letzten Tagen abzeichnete, dass die Zahlen deutlicher zurückgehen, bleibt es bei der Feststellung: Die Werte liegen immer noch zu hoch. Das gilt für die Messlatte einer Inzidenz von weniger als 50 Infektionen pro 100.000 Einwohner binnen sieben Tagen, die wir erreichen müssen, um die Infektionswege durch die Gesundheitsämter nachvollziehen zu können. In der Tat: Die Gesundheitsämter müssen wir unterstützen, damit sie ihre Arbeit gut leisten können. Da aber schon der Ausbruch in einem Altenheim diesen Wert spürbar nach oben verschiebt, kommt es wohl noch mehr auf den sogenannten R-Wert an.

Wir sehen in Großbritannien, was passiert, wenn hohe Zahlen und die offenkundig sehr viel ansteckendere neue Mutation zusammentreffen. Die Bilder aus britischen Krankenhäusern sind erschütternd. Im Frühjahr hatten wir den Vorteil, dass wir auf die dramatische Lage in Italien gerade noch rechtzeitig reagieren konnten und damit das Schlimmste im Land verhindert haben. Einiges spricht dafür, dass uns jetzt, zehn Monate später, nur ein kleines Zeitfenster bleibt, ebenso rechtzeitig auf die Lage in Großbritannien zu reagieren.

Es geht um den Wettlauf bis zur Immunisierung der Bevölkerung nach großflächiger Impfung - gegenüber einem wohlmöglich wieder exponentiellen Wachstum des Infektionsgeschehens. Darum geht es. Wir müssen dafür sorgen, dass sich weniger Menschen anstecken und Infektionsketten gar nicht erst entstehen.

Ja, es kann sein, dass Virologen und Epidemiologen falschen Alarm schlagen und wir - nach einem Jahr der sich überschlagenden Botschaften - übervorsichtig sind. Aber dürfen wir dieses Risiko eingehen? „Der bessere Teil der Tapferkeit ist Vorsicht“, heißt es schon bei Shakespeare, und in der Politik ist die Übersetzung von Vorsicht schlicht politische Verantwortung und Vernunft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Wir müssen bedenken, wie katastrophal die Folgen wären, wenn wir jetzt in unseren gemeinsamen Anstrengungen zu früh nachließen. Dauerhaft hohe Infektionszahlen führen zu dauerhaft hohen Todeszahlen. Daran dürfen wir uns als Gesellschaft nicht gewöhnen!

(Dr. Ralf Stegner)

Der Herr Bundestagspräsident hat in einer bemerkenswerten Rede sinngemäß gesagt, der Schutz des Lebens und die Vermeidung von Todesfällen seien nicht die einzige politische Kategorie bei der Bekämpfung der Pandemie. Er bezog sich damit auf die Abwägung verschiedener Handlungsoptionen. Darüber mag man philosophisch streiten, aber für mich steht eines völlig fest: Es ist nicht hinnehmbar, dass jeden Tag eine vierstellige Zahl von Menschen an diesem Virus stirbt. Deutschland liegt bei den Todeszahlen pro 100.000 Einwohner international mittlerweile weit vorn, sogar vor den USA, über deren Corona-Missmanagement wir zu Recht den Kopf geschüttelt haben. Das unterstreicht - ich sage das für meine Fraktion immer wieder und wiederhole es auch heute -: Der Gesundheitsschutz muss oberste Priorität haben. Dazu gibt es keine vernünftige Alternative, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Gegensatz zum Vorjahr gibt es einen Lichtblick. Vieles spricht dafür, dass wir uns im letzten Drittel dieser Pandemie befinden. Dank der in Rekordzeit entwickelten Impfstoffe ist ein Ende in Sicht. Dafür lohnt sich das Durchhalten. Die Verlängerung des Lockdowns ist deshalb richtig, Herr Ministerpräsident, und meine Fraktion wird diesen Kurs weiterhin unterstützen.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und Jörg Hansen [FDP])

Wir müssen uns aber damit auseinandersetzen, dass es im Land spürbar mehr Vorbehalte gegen die Maßnahmen gibt, dass die kritischen Fragen zunehmen und dass die Ansprüche an die Politik noch größer werden. Dem haben wir gerecht zu werden.

Bereits vor nicht einmal 14 Tagen trafen wir uns hier zu einer Sondersitzung, um über die Ministerpräsidentenkonferenz, die davor stattgefunden hatte, zu beraten. Erst am vergangenen Montag traten die neuen Verschärfungen in Kraft. Quasi unmittelbar danach begannen politisch Verantwortliche einmal mehr mit Spekulationen und Andeutungen, die nichts anderes waren als verklausulierte Ankündigungen einer Verschärfung oder zumindest Verlängerung des Lockdowns. Damit hilft man niemandem.

(Beifall SPD, FDP und SSW)

Im Gegenteil, es hat das Werben um Akzeptanz für die neuen Maßnahmen erheblich erschwert; denn es hat bei vielen Menschen den Eindruck hinterlassen, Entscheidungen würden unabhängig von der Ent-

wicklung des Infektionsgeschehens getroffen. Diese Form der Kommunikation hilft nicht. Sie entwertet die gemeinsamen Beschlüsse der Bund-Länder-Runden. Die Bevölkerung darf erwarten, dass gemeinsam vertreten wird, was gemeinsam beschlossen wurde.

(Beifall SPD, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Das ist übrigens das Mindeste, was die demokratischen Parteien zu leisten haben, wenn wir nicht wollen, dass Coronaleugner, Rechtsradikale und Wirtköpfe mit ihren Tiraden über ein angebliches Staatsversagen als politische Rattenfänger Erfolg haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch das muss bedacht werden, wenn wir über Zustimmung reden.

Ich will hinzufügen: Expertenanhörungen im internen Kreis - wie vor der jüngsten Ministerpräsidentenkonferenz wieder praktiziert - scheinen mir nicht übermäßig gut geeignet zu sein, die Bevölkerung mitzunehmen. Wir müssen vermeiden, dass der Eindruck von vermeintlichem Geheimwissen entstehen kann, was nicht nur wildeste Spekulationen blühen lässt, sondern auch den Verdacht nährt, dass auf fragwürdigen Grundlagen Beschlüsse gefasst werden. Das darf in der Demokratie nicht der Fall sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das ist übrigens einer der Gründe, warum meine Fraktion die heutige Sondersitzung beantragt hat. Noch besser sind Parlamentsberatungen vor solchen Gipfeltreffen.

(Beifall FDP)

Ich füge hinzu: Solche Landtagsdebatten sind keine Show, wie ich gelegentlich lese, sondern sie sind das notwendige Herstellen von Öffentlichkeit für die Abwägung der politisch Verantwortlichen im Lande. In diesem Zusammenhang finde ich den Vorstoß der Freien Demokraten in diesem Hause sehr bemerkenswert, zumal er in die gleiche Richtung geht wie die Vorschläge, die die SPD-Landtagsfraktion gemacht hat.

Nicht allein das Parlament ist in der Pflicht. Die Bundesregierung und alle Landesregierungen werden sich in den kommenden Monaten mehr Mühe geben müssen, öffentlich zu erklären, auf welcher Grundlage die Beschlüsse getroffen werden, welche Szenarien wahrscheinlich erscheinen und welche als nicht plausibel verworfen worden sind. Wir müssen weg von Pressekonferenzen kommen, bei

(Dr. Ralf Stegner)

denen im Wesentlichen zu später Stunde die Beschlüsse vorgelesen werden, die schon stundenlang über die Liveticker von Boulevardzeitungen nachzulesen waren.

(Beifall SPD, FDP und Lars Harms [SSW])

In der Demokratie muss die Politik immer schlüssig begründen, warum sie welche Entscheidungen trifft. Diesen Anspruch hat die Bevölkerung zu recht.

(Christopher Vogt [FDP]: Lesen Sie etwa Springer?)

- Leider haben sich andere davon anstecken lassen, auch solche, die früher seriöser berichtet haben.

Aber ich will das trotzdem sagen: Da lese ich von Windhundverfahren, Frau Merkel gegen Frau Schwesig, als wenn wir sozusagen beim Sport wären und es darauf ankäme. Das ist für keinen der Beteiligten besonders hilfreich, füge ich hinzu. Ein bisschen Diskretion darf man auch von den Menschen verlangen, die in der Bundesrepublik Deutschland Führungsverantwortung haben. Das finde ich schon.

(Beifall SPD und vereinzelt FDP)

Das ist keine parteipolitische Bemerkung, füge ich ausdrücklich hinzu.

In der Demokratie muss die Politik schlüssig begründen, warum sie welche Entscheidungen trifft. Diesen Anspruch hat die Bevölkerung zu Recht. Wir sollten aus den vergangenen Wochen lernen. Meine Fraktion ist davon überzeugt, dass wir für die kommenden Monate eine Strategie brauchen, die nicht bereits in der übernächsten Woche über den Haufen geworfen wird, wenn wir eine breite Zustimmung in der Bevölkerung behalten beziehungsweise zurückgewinnen wollen.

Diese Strategie muss auf Maßnahmen basieren, die nachvollziehbar, transparent und effektiv sind. Darum habe ich mich gefreut, dass die Koalition in der vergangenen Woche unseren Vorschlag einer Inzidenzampel aufgegriffen hat - auch wenn Sie das anders nennen -, die das böte.

(Zurufe FDP)

Erfreulicherweise findet sich das nicht nur so ähnlich bei der FDP-Landtagsfraktion wieder, sondern auch in dem gestern verabredeten Beschluss einer Arbeitsgruppe der Ministerpräsidenten zu diesem Thema. Da wir das schon seit Monaten fordern, wünschen wir uns in dieser Frage ein bisschen mehr Drive - wenn ich das einmal sagen darf.

Das ist nicht nur wegen unserer Frisuren so, Herr Ministerpräsident - der Kollege Hamerich kann dem gelassen entgegensehen, was die Öffnung der Friseure angeht, aber andere haben da schon Bedarf -; das ist nicht der einzige Grund.

(Heiterkeit)

Die Fotografen machen ohnehin mit uns, was sie wollen. Insofern müssen wir damit umgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ernst: Wir leben glücklicherweise in einem Land, in dem alle Bürgerinnen und Bürger Anspruch auf umfangreiche Freiheitsrechte haben. Diese wurden von unseren Vorgängergenerationen der Obrigkeit abgetrotzt und hart genug erkämpft. Sie sind der Grundpfeiler unserer demokratischen Verfassung. Begründet werden muss nicht, wenn diese Rechte in Kraft sind, denn das ist der Normalzustand, sondern begründet werden muss immer ihre Einschränkung. Diese Begründung muss überzeugend sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, FDP, vereinzelt SSW und Beifall Tim Brockmann [CDU] und Werner Kallinka [CDU])

Das gilt übrigens umso strenger, je länger diese Einschränkungen dauern. Wir fangen an, uns an Dinge zu gewöhnen, an die wir uns nicht gewöhnen dürfen. Alle Maßnahmen müssen verhältnismäßig, angemessen und faktenbasiert sein. Genau dabei würde die Inzidenzampel helfen, weil sie den Anlass für Einschränkungen transparent und verständlich macht, und auch aufzeigt, wann die Bedingungen für Einschränkungen nicht mehr gegeben sind.

Zum Glück haben wir eine unabhängige Justiz, die die Maßnahmen wirksam kontrolliert und gegebenenfalls einschreitet. Aber besser ist es, wenn wir das von vornherein im Auge behalten. Das erscheint mir sehr viel Akzeptanz versprechender zu sein als so manche brachial vorgetragene Forderung nach Ausgangssperren und Radiuseinschränkungen, wie wir sie gerade aus dem Süden der Republik vernehmen. Das ist politische Kraftmeierei, die vom realen Infektionsgeschehen ablenken soll, kein Problem löst, aber viele Probleme schafft.

(Beifall SPD, FDP und SSW)

Deshalb ist es gut, dass sich derlei politischer Unfug in den Verabredungen von gestern nicht wiederfindet. Ich füge aber hinzu: Wir hätten das auch nicht mitgetragen.

(Beifall SPD und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Die Situation ist ernst, die Verlängerung des Lock-downs ist richtig, die Nachschärfung von Maßnahmen ist angebracht, aber - lassen Sie mich in aller Deutlichkeit sagen - meine Fraktion hält es für den richtigen Weg, dass das Ergebnis der gestrigen Runde auf deutlich weitergehende Einschränkungen verzichtet hat, insbesondere, weil bei Weitem nicht alles, was vor dieser Runde Teil der öffentlichen Diskussion war, ein Mehr zum Infektionsschutz versprach.

(Vereinzelter Beifall SPD und FDP)

Ich bin nämlich davon überzeugt: Wenn die Forderungen nach Maßnahmen einerseits immer schriller werden, während gleichzeitig die konkrete Umsetzung zunehmend inkonsequent wird, leidet die notwendige Akzeptanz.

(Beifall SPD, FDP und SSW)

Was die Akzeptanz angeht, möchte ich gerade am heutigen Tag des demokratischen Machtwechsels in Washington besonders gern den großen republikanischen Präsidenten Abraham Lincoln zitieren - es gab auch große republikanische Präsidenten! -, der gesagt hat: Auf Dauer ist niemand „gut genug, einen anderen Menschen ohne dessen Zustimmung zu regieren.“

Wir sollten den Wert der Zustimmung zur Politik in diesen Coronazeiten nicht geringschätzen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sollten das übrigens alle gemeinsam so halten, die wir für das Funktionieren unserer demokratischen Ordnung Verantwortung tragen - an welcher Stelle auch immer. Sie wissen, wir tun das in diesem Haus als Opposition auch sehr konstruktiv.

(Beifall SPD, vereinzelt SSW und Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb halte ich es nach wie vor für richtig, nur das zu fordern, was man wirklich und konsequent umzusetzen und zu kontrollieren bereit ist. Das muss der Maßstab für unsere Beschlüsse sein - wo er es noch nicht ist, muss er es werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion hat zur heutigen Tagung erneut einen Antrag vorgelegt, weil es uns wichtig ist, dass wir über die Ergebnisse der Bund-Länder-Gespräche nicht nur eine Debatte führen, sondern unsere Position auch begründen und sagen, was das für Schleswig-Holstein heißt. Wir als Parlament wollen der Regierung einen klaren Auftrag mit auf den Weg geben.

Meine Fraktion hält eine Reihe von Punkten für wesentlich, auf die ich gleich eingehen möchte. Vieles deckt sich mit den Vereinbarungen von gestern, und alles entspricht den Prioritäten und Vorschlägen, die wir seit Wochen als SPD-Landtagsfraktion in die Debatte eingebracht haben.

Ich habe den Alternativantrag der Koalition gelesen. Darin findet sich viel Vernünftiges, wie ich finde. Ich stimme zum Beispiel dem zu, was Sie zu den Grenzpendlern gesagt haben, Herr Ministerpräsident, auch dem, was Sie dazu gerade ausgeführt haben. Mir schien, man könnte beiden Anträgen zustimmen, wenn ich mir anschaue, was darin niedergelegt ist - bei allen Unterschieden im Detail.

(Beifall SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einzelnen Punkten will ich noch ein paar Aussagen treffen. Nach wie vor fahren jeden Morgen sehr viel mehr Menschen in die Büros als noch im Frühjahr. Experten schätzen die derzeitige Homeoffice-Quote auf 15 %; im ersten Lockdown lag sie bei 27 %. Dafür haben wir kein Verständnis. Es braucht eine Begründungspflicht für alle Bürotätigkeiten, bei denen es noch kein Homeoffice gibt. Selbst wenn man das Argument einiger Arbeitgeber unkritisch übernehme, die Produktivität sei im Homeoffice geringer, ist das ein zutiefst unsolidarisches Argument, denn wegen dieser vergleichsweise geringen eigenen Beeinträchtigung nehmen Unternehmen hin, dass ein anderer Teil der Wirtschaft länger im kompletten Lockdown bleiben muss. Dafür habe ich kein Verständnis. Da einzugreifen, gehört zu den Kernaufgaben einer sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt FDP)

Es ist gut, dass es eine Verordnung von Bundesarbeitsminister Heil geben wird, mit der verbindlich geregelt werden soll, dass, wo immer es möglich ist, mobiles Arbeiten stattfinden wird, aber ich appelliere an die Wirtschaft, die heute Morgen schon wieder mit kritischen Einlassungen zitiert wird, dass das umgesetzt wird. Wir müssen mindestens die Vergleichswerte vom Frühjahr letzten Jahres erreichen. Ich erwarte, Herr Ministerpräsident und Herr Minister Buchholz, dass Sie versuchen, das gemeinsam mit der Wirtschaft im Land hinzubekommen, und dass das Land - wie Sie gesagt haben - bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit gutem Beispiel an jeder Stelle vorangeht.

(Beifall SPD)

Was wir nicht brauchen, ist eine Ausdünnung des ÖPNV, wie das vor der MPK von Einzelnen disku-

(Dr. Ralf Stegner)

tiert worden ist, sondern im Gegenteil eine Ausweitung. Mehr Kapazitäten, wo immer möglich, wäre der richtige Weg, denn seien wir ehrlich: Viele von denen, die jetzt zur Arbeit müssen, weil ihre Tätigkeit tatsächlich Präsenz vor Ort erfordert, sind genau diejenigen, die sich kein Auto leisten können. Wir alle wollen doch wohl übrigens auch nicht, dass wir die Straßen jetzt kräftig voller machen. So habe ich die Diskussion zum Klimaschutz bisher jedenfalls nicht verstanden. Den Druck durch die Ausdünnung des ÖPNV weiter zu erhöhen, wäre also der falsche Weg. Das sollten wir auch für die kommenden Wochen festhalten.

Es zeigt sich immer mehr, dass medizinische Masken, beziehungsweise FFP2-Masken, ein wichtiges Instrument sind. Ich finde übrigens, wir sollten bei den FFP2-Masken bleiben. Darauf komme ich gleich noch einmal zurück. Sie bieten nämlich überall dort einen Schutz, wo der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann. Dass gestern verabredet wurde, medizinische Masken im ÖPNV und auch in den Geschäften vorzuschreiben, begrüßen wir ausdrücklich. Es darf aber keine Zweiklassengesellschaft geben, in der die einen durch teure Masken gut geschützt sind, während die anderen sich diesen Schutz nicht leisten können. Darum muss sichergestellt sein, dass jeder Masken bekommt, der sie sich nicht leisten kann. Das gilt für Sozialtransferempfänger, für Niedrigverdiener und für besonders belastete Familien.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das muss in einem schnellen und einfachen Verfahren erfolgen können. Trotz aller Skepsis - ich sage nur das Stichwort „Corona-App“ und so etwas - muss unsere Finanz- und Sozialverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland in der Lage sein, so etwas schnell zu regeln. Es muss sichergestellt werden, dass die Masken vor Ort tatsächlich verfügbar sind, denn nicht jeder kann den persönlichen Maskenvorrat mit ein paar Klicks im Internet auffüllen.

Mehr FFP2-Masken in der Öffentlichkeit dürfen nicht dazu führen, dass das Pflegepersonal am Ende in die Röhre schaut. Wer sich in diesen besonderen Zeiten Tag für Tag für kranke und pflegebedürftige Menschen einsetzt, verdient nicht nur Anerkennung, sondern hat Anspruch auf den bestmöglichen Schutz. Das gilt auch für unser UKSH.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich halte es nicht für eine Stärke der sozialen Marktwirtschaft, wenn die Preise für die Masken

jetzt in die Höhe schießen - abgesehen davon, dass wir lange wussten, dass wir solche Masken brauchen werden. Die Anzahl der Masken für die Bevölkerung kann man ausrechnen, das ist nicht so kompliziert, solch eine Rechnung schafft fast jeder.

Nach wie vor brauchen wir mehr Klarheit zur Lage. Der beste Weg dafür ist eine Ausweitung der Testungen. Vor allem müssen mehr Kapazitäten zur Genomsequenzierung aufgebaut werden, um Mutationen festzustellen und nachvollziehen zu können. Deutschland ist hier mit Blick auf andere Länder weit zurück. Wenn die Mutationen eine so zentrale Rolle einnehmen, wie wir das derzeit befürchten und beschreiben, müssen wir dabei besser werden. Auch die diesbezüglichen Beschlüsse von gestern begrüßen wir. Die müssen allerdings umgehend und konsequent umgesetzt werden. Es nützt nichts, wenn sie im Herbst so weit sind, sondern das muss früher passieren.

Die erneute Verlängerung des Lockdowns trifft Familien ganz besonders. Homeoffice, Homeschooling, Homecare - all das ist trotz der schönen Anglizismen in der Realität kein Spaß, sondern eher ein extremer Stresstest für die Familien, die sowieso gebeutelt sind und seit zehn Monaten die Hauptlast der Coronakrise zu tragen haben.

(Beifall SPD, FDP, SSW, Klaus Jensen [CDU] und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Das gilt übrigens am stärksten für die Frauen und insbesondere auch für Alleinerziehende, um das deutlich zu sagen.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt FDP)

Ich wünsche mir - ich sage es Ihnen ganz offen -, dass wir mit dem gleichen Maßstab und dem gleichen Drive da rangehen wie bei den Milliardenhilfen für die Rettung der Lufthansa. Wenn nicht, sollten wir uns die Sonntagsreden zur Wichtigkeit der Familien nämlich schenken.

(Beifall SPD, SSW und Kay Richert [FDP])

Viele Rückmeldungen zeigen uns, dass Mecklenburg-Vorpommern bei den Kontaktregeln einen praktikablen Weg eingeschlagen hat. Kinder unter zwölf Jahren, die betreut werden, sollen nicht mitgezählt werden, damit nicht nur für Alleinerziehende überhaupt noch eine Form von Kontakten möglich ist. Hier plädieren wir für eine Anpassung, zumal das Infektionsgeschehen in unseren beiden Ländern ähnlich ist. Herr Ministerpräsident, Ihr Vorschlag, die Kinder nur bis zu drei Jahren zu berücksichtigen, ist ein Schrittmchen. Oder wollen Sie ernsthaft behaupten, dass vierjährige Kinder nicht

(Dr. Ralf Stegner)

zu ihren Eltern gehören? Liebe Kolleginnen und Kollegen, da können wir noch ein bisschen mehr machen, um das zu regeln. Aber sei es drum! Es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ich würdige ausdrücklich, dass Sie das gemacht haben.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Vogt?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ähm, okay.

(Heiterkeit)

- Ich wollte gern im Zusammenhang vortragen, aber machen Sie einmal. Meistens ist es ja klug, was Sie sagen.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege, Sie waren da schon einmal aufgeschlossener, aber okay. Es hat geklappt.

Ich wollte Sie etwas zur Entlastung der Familien fragen. Das ist mit den Kontaktregeln wirklich besonders schwierig; ich kenne das aus eigener Erfahrung und aus meinem Umfeld. Ich will Sie aber vielleicht auf einen Punkt hinweisen: Sie schlagen uns neuerdings gerne Sachen aus Mecklenburg-Vorpommern vor. Das kann man so machen. Aber ich will einmal sagen: Was Sie in dem Antrag zur Kinderbetreuung vorschlagen, haben wir bereits als Ausnahme, und zwar bis 14 Jahre.

(Beifall Tim Brockmann [CDU] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine Ausnahme bei der Kinderbetreuung bis zwölf Jahre, die Sie vorschlagen, wäre eine Verschärfung der bisherigen Kontaktregelungen in Schleswig-Holstein.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Das ist kein guter Vorschlag an der Stelle. Auf den Punkt wollte ich Sie fairerweise hinweisen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das ist etwas anderes!)

- Es ist zwar schön, dass Sie fair sein wollen - meistens sind Sie es ja auch -, aber was wir uns wünschen, ist ein bisschen umfassender als das, was Sie regeln. Wir wünschen uns das, was Sie für die bis

zu Dreijährigen regeln, bis zum Alter von zwölf Jahren. Das ist der Unterschied. Wäre das anders, hätten Sie es in Ihrem Antrag anders schreiben können. Aber lassen Sie uns das gern nachher vertiefen. Ich würde jetzt gern in meiner Rede fortfahren.

Wir reden in der kommenden Woche ausführlich über die Situation der Kitas und an Schulen; das wird so sein. Herr Ministerpräsident, dass Sie das mit den Gebühren so regeln, wie es die SPD in der letzten Parlamentstagung gefordert hat, will ich ausdrücklich würdigen und unterstützen. Wir sind froh darüber, dass Sie das machen.

(Zurufe)

So haben wir das öffentlich beantragt; sie machen es auch. Sie gehen über das hinaus, was Sie beim letzten Mal gesagt haben. Man muss Sie auch loben dürfen; das müssen Sie aushalten. Sie machen es ja gelegentlich umgekehrt auch.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Hauke Göttsch [CDU])

Wenn Sie etwas Richtiges tun, will ich Sie gern loben, und wenn Sie uns folgen, tun Sie immer etwas Richtiges. Insofern ist das schon in Ordnung.

Ich sage schon jetzt, dass wir mit Blick auf die anhaltenden Schulschließungen eine spezielle Förderung für diejenigen Schülerinnen und Schüler brauchen werden, die im Lockdown auf der Strecke zu bleiben drohen. Diese Schüler zum Sommer massenhaft sitzenbleiben zu lassen, darf nicht die Lösung sein; das können und werden wir nicht zulassen. Da muss mehr passieren. Wir werden das in der nächsten Woche debattieren.

(Beifall SSW)

Der Kollege Habersaat wird dann die Vorstellung meiner Fraktion zu dem Thema darlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meiner Fraktion waren schon bei den Verhandlungen zum Nachtragshaushalt die Beratungsangebote im Land besonders wichtig, denn wir bekommen von vielen Seiten die Rückmeldung, dass zunehmend mehr Menschen sehr ernsthafte Probleme mit den Belastungen haben, die der monatelange Ausnahmezustand gerade für die bringt, die alleine sind und niemanden haben. Die erneute Verlängerung muss Anlass sein, noch einmal zu prüfen, ob alle Beratungsangebote so aufgestellt sind, wie es überall im Land benötigt wird.

Die Impfungen sind eindeutig unser einzig erfolgversprechender Weg aus der Pandemie. Dazu brauchen wir so schnell wie möglich mehr Impfstoff

(Dr. Ralf Stegner)

und Tempo beim Ausbau der Produktionskapazitäten, zumal die Hausaufgaben vor Ort erledigt wurden und die Impfzentren im ganzen Land bereitstehen, um richtig loszulegen. Umso ärgerlicher ist die Verzögerung durch die ausfallenden Lieferungen in den kommenden Wochen.

Bei Produktion und Verteilung der Impfstoffe muss eindeutig mehr Gas gegeben werden. Wenn die kritischen Nachfragen der Sozialdemokratie an den Herrn Bundesgesundheitsminister dazu beigetragen haben, ihn anzuspornen und zu versprechen, dass bis zum Sommer jedem, der eine Impfung wünscht, eine solche zur Verfügung steht, so ist das gut. Noch besser ist, wenn der Herr Bundesgesundheitsminister dieses Versprechen auch einhalten kann - ich verspreche Ihnen, dass ich ihn hier im Hause dafür loben werde, wenn es der Fall ist -, denn das ist wirklich notwendig. Das ist am Ende der Schlüssel, den wir brauchen, weil wir wissen: Ohne Impfung gewinnen wir den Kampf gegen die Pandemie nicht.

Rückmeldungen zeigen übrigens, dass die Impfbereitschaft insbesondere beim medizinischen Personal steigt. Das ist eine gute Nachricht. Es geht beim Impfen eben nicht nur um die eigene Gesundheit, sondern vor allem um den Schutz für andere. Sich impfen zu lassen, ist gelebte Solidarität, deshalb sollten wir dafür auch werben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Hans Hinrich Neve [CDU])

Ich bin sehr dankbar, dass die Kritik vieler Betroffener, aber auch eine bemerkenswerte Debatte in diesem Hause - Herr Kollege Kalinka, Frau Kollegin Dr. Bohn - Erfolg hatten und dass der Herr Sozialminister angekündigt hat, die Terminvergabe umzustellen. Es ist das sehr viel bessere System, wenn unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger jetzt direkt angeschrieben werden und nicht Woche für Woche frustrierende Erfahrungen mit der Termin-Rallye machen müssen.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und Beifall Lars Harms [SSW])

Ich bin mir sicher: Wir haben alle erste Rückmeldungen bekommen, dass diese Änderung für die Familien eine große Erleichterung gewesen ist. Lassen Sie mich neben dem Dank an Sie, lieber Herr Minister Garg, noch etwas hinzufügen. Dieser Vorgang hat exemplarisch gezeigt, wie unterschiedlich Mitglieder des Kabinetts mit berechtigter Kritik umgehen. Weil das allgemein bekannt ist und wir in

der kommenden Woche eine große bildungspolitische Debatte führen wollen, erspare ich Ihnen dazu heute die Details.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die erneute Verlängerung ist auch eine anhaltende große Belastung für weite Teile der Wirtschaft. Es ist sicherlich eine große Enttäuschung für alle, die gehofft haben, der Lockdown hätte bald nach Weihnachten ein Ende. Es bleibt darum weiterhin die Verpflichtung, Hilfen schnell und unkompliziert auszuzahlen. Nach wie vor dürfen einzelne schwarze Schafe kein Argument sein, unnötige bürokratische Hürden einzuziehen. Sich mit solchen Menschen näher zu beschäftigen, wird auch im Nachhinein möglich sein.

Auch mit den Wirtschaftshilfen befassen wir uns in der nächsten Landtagstagung; der Herr Wirtschaftsminister hat dazu im Ausschuss bereits berichtet. Da ist manches in Gang gekommen. Der Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat geliefert. Jetzt soll - Zitat von heute Morgen - alles einfacher, umfangreicher, zielgenauer werden.

(Zuruf Stephan Holowaty [FDP])

Man muss sich nun gewiss nicht Friedrich Merz als Wirtschaftsminister herbeiwünschen, um über die anhaltenden IT-Probleme im Hause Altmaier den Kopf zu schütteln.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Bei der Demonstration vor dem Landeshaus gestern waren auch Menschen dabei, die um ihre Existenz bangen und für derlei Dinge nun wirklich null Verständnis haben - absolut null Verständnis!

(Beifall SPD, FDP und Christian Dirschauer [SSW])

Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das nicht in der Lage ist, so ein IT-System schnell herzustellen, dem ist nicht zu helfen; das muss ich wirklich sagen. Das ist eine Schande und eine Peinlichkeit, denn politisch wollen wir das doch. Wir können doch den Leuten nicht alle drei Wochen erzählen, was wir wollen und sagen: „Leider klappt das nur nicht, weil November eigentlich nicht November, sondern Dezember, Januar, Februar oder März heißt“ - das kann nicht richtig sein -, sondern wir müssen schneller zu den Auszahlungen kommen. Sonst sind nämlich manche Betriebe nicht mehr da, um das einmal klar zu sagen.

(Beifall SPD, SSW und FDP - Jörg Nobis [AfD]: Das haben Sie schon vor Monaten gesagt!)

(Dr. Ralf Stegner)

Manches werden wir übrigens vermissen. Ich will gern sagen: Ich fand den Zeitpunkt für die Debatte, die der Bundesjustizminister angestoßen hat, jetzt nicht ideal

(Christopher Vogt [FDP]: Bundesaußenminister!)

- der Bundesaußenminister! -, weil wir bisher in der Tat weder genug Impfstoff haben noch klar ist, dass man nicht ansteckend ist, wenn man geimpft ist. Aber auf Dauer wollen wir natürlich nicht, dass alles geschlossen und zu bleibt, sondern dass, wenn Menschen einmal nicht mehr ansteckend sind, sie in ihren Freiheitsrechten nicht mehr eingeschränkt werden müssen. Das ist der Wunsch, den wir haben. Und das ist - nebenbei bemerkt - auch die Rechtslage, weil Sie den Leuten die Grundrechte nicht ohne Begründung verwehren dürfen. Das ist einfach so in unserem Staat. Wir leben nicht in einem Obrigkeitsstaat; das ist bei uns anders geregelt.

(Beifall Stephan Holowaty [FDP])

Deswegen sage ich: Dazu werden wir kommen müssen, auch wenn die Debatte jetzt verfrüht ist. Es wird schwierig, wenn wir uns nicht anstrengen. Wir wollen doch, dass Kulturveranstaltungen wieder stattfinden können. Wir wollen, dass all das, was unser Leben bereichert, wieder sein kann. Darauf arbeiten wir hin - bei aller Priorität für den Gesundheitsschutz.

Drei Tagungen des Schleswig-Holsteinischen Landtages in einem Monat dürften zumindest in der jüngeren Vergangenheit beispiellos sein. Das zeigt, wie besonders die Zeiten sind. Ich bedanke mich bei allen, die die heutige Sitzung kurzfristig möglich gemacht haben. Das gilt insbesondere für die Landtagsverwaltung, der ich ausdrücklich Anerkennung zollen möchte, Herr Präsident.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir alle freuen uns darauf, wenn wir bald wieder mehr Normalität haben, wenn menschliche Nähe unser tägliches Glück bedeutet, das wir lange vermisst haben. Das ist mit dem Glück so: Man merkt bei manchen Dingen, wenn sie nicht mehr da sind, wie sehr sie einem fehlen. Das gilt ganz bestimmt für das Maß an menschlicher Nähe, die wir manchmal nicht haben - bei aller technokratischen Effizienz, die wir bei den Dingen, die wir tun, an den Tag legen.

Aber vergessen wir nicht: Viele Menschen empfinden das ganz anders, und wir ja eigentlich auch. Wenn wir persönlich miteinander reden - ab und an

tun wir das ja doch -, dann wird das klar. Mit anderen Worten: Wir wollen, dass wir das schaffen. Vor uns, vor der gesamten Gesellschaft, liegt noch eine große Anstrengung. Aber es gibt Hoffnung: Mehr als 1 Million Menschen in Deutschland sind bereits geimpft worden. Diese Impfung wird unser gesellschaftlicher Schutzschirm werden. Dieser Schirm öffnet sich gerade langsam, für viele quälend langsam. Aber er geht jeden Tag ein Stück weiter auf. Das macht Mut. Bis dahin bleibt es bei dem notwendigen Vierklang durch die Krise, den ich immer wieder vortrage, weil ich glaube, dass er das gut zusammenfasst, nämlich Rücksicht, Vorsicht, Umsicht und Einsicht.

Das letzte Mal bin ich um das Zitat noch herumgeschlichen. Heute traue ich mich, es einfach zu sagen. Die Frau Bundeskanzlerin würde sagen: Wir schaffen das. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat deren Vorsitzender, der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst der Lockdown light, dann der harte Lockdown und jetzt der Mega-Lockdown - zumindest wurde er in einigen Medien so betitelt -, von dem in der heutigen Diskussion auch schon die Rede war. Allmählich fehlen da weitere Steigerungsmöglichkeiten. Das alles geht nicht spurlos an uns vorüber. Mit „uns“ meine ich selbstverständlich nicht nur uns Abgeordnete, sondern mit „uns“ meine ich alle Menschen, die unter der Coronapandemie leiden.

Die Kollegin Eka von Kalben hatte schon in der Dezember-Tagung von einer Coronamüdigkeit gesprochen. Seitdem sind nun weitere vier Wochen vergangen. Monatelange Einschränkungen, stark reduzierte soziale Kontakte, der Verlust an Lebensqualität, all das zerrt an den Nerven und lässt die Stimmung zunehmend gereizter werden. Das haben wir in den letzten beiden Wochen bei der Diskussion um Impftermine, den Digitalunterricht und die Wirtschaftshilfen erleben können.

Angesichts der bevorstehenden erneuten Verlängerung und sogar Verschärfung der Coronamaßnahmen will ich deshalb mit einem Appell zum positiven Denken in dieser Rede starten: Lassen wir uns von dem Virus nicht unsere Hoffnung und unsere

(Tobias Koch)

Zuversicht rauben. Lassen Sie uns bei allen Problemen immer auch die positiven Aspekte sehen, und lassen Sie uns vor allem nicht den Mut verlieren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es ist ein schwerer Kampf, den wir hier gerade zu bestehen haben. Am Ende werden wir das Virus aber besiegen. Wir werden mit medizinischem Fortschritt, mit Digitalisierung, mit europäischer Solidarität und mit guter Politik diese Krise meistern und wieder zu unserem normalen Leben zurückkehren können. Davon, meine Damen und Herren, bin ich fest überzeugt, auch wenn die Situation im Augenblick alles andere als einfach ist.

Die Frustration bei der Impfterminvergabe war verständlich, weil natürlich jeder am liebsten sofort geimpft werden möchte oder sich zumindest schon eine feste Terminzusage wünscht. Deshalb ist es gut, dass sich jetzt alle über 80-Jährigen registrieren lassen können und nicht mehr jede Woche erneut zum Hörer greifen müssen. Nachdem jetzt diese Lösung gefunden ist, rücken doch aber die positiven Aspekte wieder stärker in den Vordergrund. Es ist nach wie vor ein Wunder, dass wir nach so kurzer Zeit bereits über einen Impfstoff verfügen. Anlass zur Freude besteht auch, weil die Geschwindigkeit, mit der wir in Schleswig-Holstein impfen, bundesweit Spitzenmäßig ist. Die Arbeit der mobilen Impfteams und der Aufbau der Impfzentren bei uns im Land sind nämlich bestens organisiert. Beides funktioniert hervorragend. Heiner Garg und sein Ministerium haben auch dafür gesorgt, dass für die zweite Impfung Reserven gebildet wurden. Das zahlt sich jetzt aus. Trotz der ärgerlichen und wirklich schmerzlichen Lieferungsverzögerung bei BioNTech bekommen die Seniorinnen und Senioren in Schleswig-Holstein alle planmäßig ihre zweite Impfung. Es gibt keine Impflücke in Schleswig-Holstein, wie das „Hamburger Abendblatt“ berichtet hat. Das hat das Sozialministerium gestern noch einmal eindeutig klargestellt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Andere Bundesländer dürften da jetzt ganz andere Probleme haben; denn sie werden die im Voraus gemachten Terminzusagen nicht einhalten können. Diese Frustration bleibt den Menschen in Schleswig-Holstein erspart.

Dann gab es noch die Meldung vonseiten des Herstellers, dass die aufbereiteten Impfstoffspritzen zukünftig auch transportiert werden können. Damit müssen die Menschen künftig nicht mehr zum

Impfzentrum kommen, sondern gerade für Menschen, die zu Hause gepflegt werden, würde dann auch die Möglichkeit bestehen, dass der Impfstoff zu ihnen kommt. Das wäre doch ein enormer Fortschritt. Das gilt erst recht, wenn hoffentlich ab Ende Januar auch der Impfstoff von AstraZeneca zugelassen wird. Dadurch erhöht sich nämlich nicht nur die verfügbare Impfstoffmenge, sondern auch die Anwendbarkeit wird erheblich vereinfacht, weil er nicht in dem Maße gekühlt werden muss wie der Wirkstoff von BioNTech. Meine Damen und Herren, es sind diese positiven Aspekte, die Hoffnung machen und über die wir uns freuen sollten. Das sollten wir in dieser schweren Zeit auch wirklich tun.

Nicht viel anders verhält es sich mit dem digitalen Lernen im Distanzunterricht. Auch hier ist die Enttäuschung natürlich nachvollziehbar, dass es an vielen Stellen noch hakt. Mal gibt es technische Probleme, weil die Server nicht laufen. Mal beklagen sich Schülerinnen und Schüler über fehlende Rückmeldungen ihrer Lehrkräfte. Daran merkt man, dass die technischen und didaktischen Konzepte für Videokonferenzen und Distanzunterricht in den letzten Monaten noch nicht so implementiert und eingeübt worden sind, dass sie den Präsenzunterricht ersetzen können. Distanzunterricht muss mehr sein als das bloße Übermitteln von Hausaufgaben. All das ist noch nicht ganz perfekt. Das muss und kann in Zukunft noch viel besser werden.

Aber, meine Damen und Herren, führen wir uns doch auch einmal vor Augen, wo wir vor einem Jahr gestanden haben und was wir in der Zwischenzeit alles erreicht haben. Wir waren vor Corona noch dabei, die Schulen überhaupt erst einmal ans Breitbandnetz anzuschließen. Mit dem DigitalPakt sollte im Laufe der nächsten fünf Jahre insbesondere die WLAN-Infrastruktur an den Schulen ausgebaut werden, und zwar in den Schulen und nicht für digitalen Unterricht zu Hause. In den letzten Monaten haben wir Fortschritte gemacht, für die wir sonst, glaube ich, Jahre gebraucht hätten. Mit itslearning ist an mehr als 300 Schulen eine Lernplattform installiert worden, ohne die digitaler Distanzunterricht an diesen Schulen überhaupt nicht möglich wäre. In dem Zusammenhang sind allein bis November 12.000 Konten für Lehrkräfte und 120.000 Konten für Schülerinnen und Schüler angelegt worden. Lehrer bekommen jetzt dienstliche E-Mail-Adressen und haben in den letzten Monaten schon Tausende von Fortbildungen absolviert. An ganz vielen Schulen wurden Laptops und Tablets angeschafft, um diese Schülerinnen und Schülern, die über keine eigenen Endgeräte verfügen, leih-

(Tobias Koch)

weise zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, die Coronapandemie wird bei allen negativen Aspekten gleichzeitig als größter Digitalisierungsschub im Bildungswesen im Gedächtnis der Menschen bleiben.

(Beifall CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb sollten wir uns nicht darüber ärgern, dass das Glas noch halb leer ist, sondern wir sollten uns darüber freuen, dass das Glas in der Kürze der Zeit schon halb voll geworden ist.

Das Gleiche gilt auch im Hinblick auf den Präsenzunterricht der Abschlussklassen. Mit dem Schulabschluss, egal ob ESA, mittlerer Abschluss oder Abitur, werden die entscheidenden Weichen für die Zukunft junger Menschen gestellt, sei es für die Aufnahme der Wunschausbildung oder für den Beginn des angestrebten Studiums. Der Corona-Lockdown darf für diese jungen Menschen nicht zu einem verlorenen Jahr werden und auch nicht zu einem Schulabschluss führen, dem dauerhaft ein Makel anhaftet.

(Beifall FDP)

Deswegen lassen wir den Abschlussklassen die bestmögliche Prüfungsvorbereitung zukommen, die es unter Coronabedingungen geben kann. Dazu braucht es Präsenzunterricht. Dazu braucht es die Interaktion mit den Lehrkräften und auch einen Austausch zwischen den Schülerinnen und Schülern untereinander. Die Abschlussklassen sind dabei die einzigen Jahrgänge, die sich in der ansonsten leeren Schule befinden, sodass mehr als genug Platz zur Verfügung steht, um die Abstände zu vergrößern oder Klassen in mehrere Gruppen zu teilen. Das halte ich nicht nur für vertretbar, sondern für absolut richtig und notwendig, um die Zukunftschancen der Schülerinnen und Schüler nicht zu beeinträchtigen. Dabei ist die Frage, ob nach Stundenplan oder Stundenplan nur die Kernfächer oder alle Fächer unterrichtet werden, sicherlich ein wichtiges Detail, das fachlich geklärt werden muss. Aber es ist trotzdem nur ein Detail und nicht die alles entscheidende Frage.

Die SPD sollte ihren Wahlkampfmodus wirklich wieder ausschalten. Der ist mitten in der Krise vollkommen fehl am Platz.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ablösung von Karin Prien als Bildungsministerin zu fordern, steht in keinem Verhältnis zu den von der SPD erhobenen Vorwürfen. Sie schaffen

dadurch nur eins, nämlich Verunsicherung, die auf Kosten der Bildung geht, ohne dabei selbst eine Alternative aufzuzeigen.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es spricht für den Oppositionsführer Ralf Stegner, dass er hier deutlich staatstragender auftritt als die SPD-Landesvorsitzende. Wer in diesen Zeiten versucht, sich auf Kosten anderer persönlich zu profilieren, der ist für weitergehende Aufgaben nicht geeignet.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das dritte große Ärgernis in diesen Tagen sind die Verzögerungen bei der Auszahlung der Wirtschaftshilfen, die dann auch noch nicht einmal in der angekündigten Höhe fließen können. Von diesen Wirtschaftshilfen hängen Existenzen ab. Sorgen und Nöte ganz vieler Menschen sind davon berührt, sodass die Verärgerung nicht nur verständlich ist, sondern von uns allen ganz genauso empfunden wird. Angesichts dieser berechtigten Kritik fällt es emotional nicht leicht, sich vor Augen zu führen, dass es den Betroffenen auch in dieser Hinsicht besser geht als den allermeisten anderen Menschen in Europa. Was müssen erst die Bürgerinnen und Bürger in unseren Nachbarländern sagen, die schon in den letzten Monaten von viel härteren Lockdown-Maßnahmen betroffen waren und dennoch nicht im gleichen Maße staatliche Hilfen bekommen, wie es in Deutschland der Fall ist? Die Hilfen in Deutschland sind so hoch bemessen, dass wir an beihilferechtliche Grenzen stoßen. An dieser Stelle würde ich mir allerdings wirklich wünschen, dass die Europäische Kommission das Regelwerk während der Coronapandemie aussetzt, wie es unsere Kollegen Hans-Jörn Arp und Lukas Kilian schon im letzten Jahr gefordert haben.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau!)

Wenn wir versuchen, Gaststätten, Einzelhandel, Mittelstand vor Ort zu retten, dann hat das nichts mit Wettbewerbsverzerrung im europäischen Binnenmarkt zu tun. Die EU-Kommission darf hier nicht die gleichen Maßstäbe anlegen wie in normalen Zeiten. Es ist deshalb gut und richtig, dass sich die Bundesregierung für eine Anhebung dieser beihilferechtlichen Höchstsätze einsetzen wird, wie es im gestrigen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin heißt.

(Beifall CDU)

(Tobias Koch)

Ebenfalls sehr gut finde ich die weiteren Verbesserungen bei der Überbrückungshilfe III, die gestern vereinbart worden sind. Für viele Betroffene im Einzelhandel ist es vermutlich die Rettung einer komplett verloren gegangenen Wintersaison, wenn jetzt die Abschreibungen auf nicht verkäufliche Saisonware in die Fixkostenberechnung einbezogen werden können und damit diese Verluste durch die Überbrückungshilfe ausgeglichen werden.

An dieser Stelle muss man den Bund wirklich einmal loben. Hier wird flexibel reagiert und die Überbrückungshilfe immer weiter verbessert. Insgesamt sind die Wirtschaftshilfen trotz aller Schwierigkeiten deshalb ein großes Plus in dieser Krise. Gut, dass unser Staat so leistungsfähig ist, um diese Unterstützung zu ermöglichen. Das sollten und dürfen wir nicht vergessen, wenn wir uns jetzt über verzögerte Auszahlungen ärgern.

Deshalb noch einmal, meine Damen und Herren: Nur, wenn es gelingt, in allen drei Bereichen das Positive zu sehen, werden wir die Kraft haben, den fortgesetzten Lockdown in den nächsten Wochen zu bewältigen. Eine positive Einstellung ist schließlich bereits der halbe Erfolg.

Damit bin ich beim entscheidenden Punkt der heutigen Debatte, nämlich der Verlängerung und der weiteren Verschärfung des Lockdowns. Als wir hier im letzten Oktober über den damaligen erneuten Lockdown diskutiert haben, habe ich darauf hingewiesen, dass zum gleichen Zeitraum - also im Oktober 2020 - bereits für 46 Millionen Franzosen Ausgangssperren zwischen 21 Uhr abends und 6 Uhr morgens bestanden. Wir alle haben damals gehofft, dass uns derart vergleichbar harte Eingriffe erspart bleiben, indem wir mit dem Lockdown light bei erheblich niedrigeren Zahlen in Deutschland damals sofort reagiert haben.

Rückblickend wäre es wahrscheinlich sinnvoller gewesen, schon damals zu härteren Mitteln zu greifen, auch wenn sie angesichts der vorliegenden Zahlen damals noch unverhältnismäßig gewesen wären. So mussten wir anschließend im Dreiwochentakt die Maßnahmen immer weiter verschärfen. Im Grunde sind wir damit der Entwicklung immer nur hinterhergelaufen, ohne dass wir das Infektionsgeschehen nachhaltig in den Griff bekommen haben.

Eine vergleichbare Situation wie im Oktober haben wir jetzt wieder. Genau wie damals sehen wir, wie die Infektionszahlen in anderen europäischen Ländern dramatisch nach oben schnellen. Damals waren es Frankreich und Belgien, heute sind es Großbritannien und Irland. In Irland lag die Coronainzi-

denz zum Jahreswechsel noch unterhalb der deutschen Werte, um dann innerhalb von elf Tagen auf über 900 im ganzen Land - nicht nur in einem Hotspot - hochzuschnellen. Eine ähnliche Entwicklung haben wir in Großbritannien gesehen, wo in London Anfang Januar die Marke von 1.000 überschritten wurde.

Gleichzeitig wissen wir seit Dezember von Virusmutationen in Großbritannien und in Südafrika, die möglicherweise infektiöser sind, sich also schneller ausbreiten als die bislang bekannte Virusform.

Meine Damen und Herren, man könnte jetzt einwenden, dass der Zusammenhang zwischen beiden Entwicklungen wissenschaftlich noch nicht erwiesen ist. Natürlich verfügen wir in Deutschland bislang über keine eigenen Erkenntnisse. Aber in der Wissenschaft kennen wir auch Ockhams Prinzip. Das besagt, dass bei mehreren möglichen Erklärungen für ein und denselben Sachverhalt die einfachste Theorie allen anderen vorzuziehen ist. Das führt mich dazu, dass ich erst einmal davon ausgehe, dass der sprunghafte Anstieg des Infektionsgeschehens in Großbritannien und in Irland mit den Virusmutationen zusammenhängt. Wenn das so ist, bleibt nur noch eine einzige Frage zu klären: Schaffen wir es, diese Entwicklung in Deutschland zu verhindern, oder reagieren wir erst, wenn die Situation bei uns ähnlich dramatisch ist wie in England und in Irland?

Ich bin dafür, Gefahren zu vermeiden und Vorsorge zu betreiben. Nach meinem politischen Verständnis ist es unsere Aufgabe, vorausschauend zu handeln, denn wir sind auch gewählt, um Schaden von unserem Land und seiner Bevölkerung abzuwenden und nicht nur, um anschließend nur die Scherben zusammenzukehren.

Deshalb war es wieder einmal die richtige Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, den Termin der MPK vorzuziehen und bereits jetzt über eine Verschärfung der Maßnahmen zu beraten. Wenn man sieht, was in elf Tagen in Irland geschehen ist, dann konnte man mit diesen Beschlüssen keine Woche länger warten, zumal es immer auch ein paar Tage braucht, bevor die neuen Verordnungen in Kraft treten. Das mag medial unglücklich sein, Herr Kollege Stegner. Aber hätten Sie eine Woche länger warten wollen, um erst dann zu reagieren? Ich glaube, das hätten auch Sie nicht verantworten wollen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Mein Gott!)

Das alles vor dem Hintergrund, dass die Virusmutation in Deutschland schon angekommen ist, zu Weihnachten bereits die englische Variante und am

(Tobias Koch)

12. Januar 2021 - genau vor einer Woche - erstmals die südafrikanische Mutation. Beide wurden zuerst in Baden-Württemberg nachgewiesen. Mittlerweile haben wir aber auch bei uns in Schleswig-Holstein die ersten bestätigten Fälle von Coronamutationen. Es bleibt deshalb nur zu hoffen, dass die gestern beschlossenen Verschärfungen die Ausbreitung der Mutation noch stoppen können. Wirklich sicher bin ich mir dessen ehrlich gesagt nicht.

Aber eines weiß ich genau: Es wird entscheidend darauf ankommen, ob die anderen Bundesländer diese Regeln genauso konsequent umsetzen wie wir in Schleswig-Holstein. Wenn ich dieses Verhalten, dass die Regeln nicht so konsequent umgesetzt worden sind, in der Vergangenheit hier kritisiert habe, dann war oft davon die Rede, man solle jetzt kein Bundesländer-Bashing betreiben. Doch, meine Damen und Herren! Genau das ist jetzt leider erforderlich. Es ist ein unfassbares Ärgernis, wenn ausgerechnet die Bundesländer mit weitaus höheren Infektionszahlen als bei uns in Schleswig-Holstein deutlich lascher bei ihren Maßnahmen sind - sei es, weil sie Kontaktbeschränkungen nur empfehlen, statt verbindlich anzuordnen, sei es, weil sie die Notbetreuung in Kitas und Schulen auf 30 % oder 50 % der Kinder ausgedehnt haben. Meine Damen und Herren, das kann doch wirklich nicht der Ernst der anderen Bundesländer sein.

(Beifall CDU)

Ich will aber nicht nur auf die anderen Bundesländer schimpfen. Auch in Schleswig-Holstein müssen wir uns vor Augen führen, dass unser Inzidenzwert von aktuell 89 nach wie vor deutlich zu hoch liegt. Auch wenn er in den letzten sieben Tagen leicht gesunken ist, so würde es bei diesem Tempo mindestens bis Mitte Februar dauern, bis wir Werte unter 50 erreichen - vorausgesetzt, die Virusmutation macht uns keinen Strich durch die Rechnung. Wenn wir aber heute schon erkennen können, dass der Lockdown bis Mitte Februar verlängert werden muss, dann ist es auf jeden Fall richtig, die Zeit jetzt für verschärfte Maßnahmen zu nutzen - egal, ob sich die Mutation nun auswirkt oder nicht.

Meine Damen und Herren, die vor uns liegenden Wochen bleiben also schwierig. Eine weitere Zuspitzung der Lage ist nicht ausgeschlossen.

Sie mögen fragen: Wo ist die positive Sichtweise geblieben, die ich an den Anfang meiner Rede gestellt hatte? Dafür haben wir glücklicherweise unseren Ministerpräsidenten, denn er war es, der auf Bundesebene eingefordert und durchgesetzt hat, dass die Erarbeitung einer Öffnungsstrategie in den

Beschluss aufgenommen wurde. Wir wissen noch nicht, wann wir wieder lockern können. Wenn es aber soweit ist, müssen wir darauf vorbereitet sein. Mit einem Stufenplan, wie wir ihn uns vorstellen, können wir Perspektiven aufzeigen. Wir geben damit ein Stück Sicherheit in dieser unberechenbaren Zeit. Wir helfen den Menschen, indem wir Planungen möglich machen, wo heute nur Fragezeichen und Ratlosigkeit stehen.

Ein solcher Stufenplan beinhaltet übrigens etwas mehr als die von der SPD vorgeschlagene Inzidenzampel. Es geht nicht nur darum, einzelnen Öffnungsschritten Inzidenzwerte zuzuordnen, sondern es braucht auch eine zeitliche Staffelung der Lockerungen, wenn ein bestimmter Inzidenzwert erreicht ist. Es ist also etwas komplexer, als die Opposition vermutet. Überhaupt scheint mir der SPD-Antrag trotz einiger richtiger Ansätze insgesamt eher mit heißer Nadel gestrickt zu sein, sodass ich hier von weiterem Beratungsbedarf ausgehe.

Meine Damen und Herren, abschließend: Lassen sie uns positiv in die Zukunft schauen! Lassen Sie uns nicht den Mut verlieren, und lassen wir uns von dem Virus nicht unsere Hoffnung nehmen! Wenn wir das hinbekommen, dann werden wir diese Krise meistern, und dann werden wir auch wieder zu unserem alten Leben zurückkehren können. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nun tagen wir also wieder eine Woche früher als geplant. Die Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz hat entgegen ihrer ursprünglichen Planung auch eher getagt. Die Lage ist nämlich immer noch sehr ernst. Auch bei uns im Norden erreichen uns insbesondere aus Nordfriesland wirklich beunruhigende Zahlen.

Für viele Menschen beginnt der typische Morgen in der Coronapandemie mit dem Blick auf die Inzidenzen. Aber ich merke, dass immer mehr Menschen - auch in meinem Bekanntenkreis - keine Lust mehr haben, Nachrichten zu lesen, zu hören oder zu sehen. Ich habe das bereits im November gesagt. Das heißt nicht, dass diese Menschen die

(Eka von Kalben)

Maßnahmen ignorieren oder sich nicht daran halten wollen. Sie wollen nur keine schlechten Nachrichten mehr hören. Da helfen Begriffe und Steigerungen von Lockdown wie Mega-Lockdown oder Zero-Covid-Shutdown auch nicht unbedingt weiter. Sie verursachen insbesondere bei den Menschen Sorge und Angst, die sich schon im engsten Sinne an die Kontaktbeschränkungen halten und die sich nicht regelmäßig mit unterschiedlichen Einzelpersonen treffen, sondern immer nur mit denselben.

Ehrlich gesagt kann ich diese Menschen sehr gut verstehen; auch ich würde diesen Informationsfluss manchmal gern stoppen, und ich glaube, dass Ihnen hier im Saal das genauso geht.

Aber wir müssen hier Entscheidungen treffen, wir müssen informiert sein, um Entscheidungen zu treffen. Deshalb müssen wir auf den Rat von Expertinnen und Experten, auf die Zahlen des RKI gucken. Und die Ratschläge sind natürlich unterschiedlich und vielfältig. Wichtig ist das, was Herr Stegner dazu gesagt hat, was Transparenz angeht. Es ist sehr wichtig, dass wir da einen Schritt weiterkommen, dass die Meinungen nicht nur in Talkshows ausgetauscht werden, sondern da, wo sie Regierung beraten.

Meine Damen und Herren, in unsere Entscheidungen fließen natürlich Rückmeldungen aus der Bevölkerung ein. Ich habe - wie Sie alle - in der letzten Zeit besonders viele Zuschriften von Eltern bekommen. Das war auch am Anfang der Epidemie und nach dem Frühjahr so. Dabei geht es nicht mehr um die Forderung: Ändert das alles, öffnet alles! - Die meisten Menschen wissen, wie wichtig die Maßnahmen sind. Es geht zum Teil einfach um die Beschreibung der Lebenssituation.

Ich möchte Ihnen drei Beispiele zumuten. Erstes Beispiel: Eine Mutter, Ende 30, hat sich für die Aufnahme eines Studiums entschieden, das sie aus finanziellen Gründen in der Regelstudienzeit schaffen will. Sie verzweifelt daran, dass sie ihrer Rolle als Mutter und Studierende nicht gerecht werden kann. Sie kann noch so gut planen, dass sie erst Zeit mit dem Kind verbringt und dann ihre Pflichtlektüre liest - wenn das kleine Einmaleins nicht klappt und nachgeholfen werden muss, muss die Präsenzveranstaltung ausfallen. Kinder haben keine Zeitschaltuhr.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Zweites Beispiel: Mich haben Eltern angeschrieben, die beide in systemrelevanten Berufen arbeiten und deren jugendliche Tochter zu Hause im Dis-

tanzunterricht lernt. Die Tochter hat eine Behinderung und braucht eine Struktur, braucht einen klaren Tagesablauf. Da die Struktur fehlte, hat sie aufgehört zu essen, und mittlerweile liegt sie im Krankenhaus in der Notaufnahme.

Drittes Beispiel: Der dreijährige Sohn eines jungen Vaters hat inzwischen Angst vor Kindern, die nicht in seiner Kohorte sind, er hat Angst, krank zu werden oder selbst andere Menschen krank zu machen - ein Dreijähriger!

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Wahnsinn!)

Viele schreiben mir, dass sie das Gefühl haben, in ihrer schwierigen Situation ganz alleine zu sein. Deswegen war es mir wichtig, hier heute ein paar Beispiele zu nennen, weil es nämlich keine Einzelschicksale sind und weil es anderen Eltern draußen vielleicht hilft zu wissen, dass sie nicht alleine sind, dass sie nicht die Einzigen sind, die unter der Situation leiden, die verzweifelt sind, die keine Kraft mehr haben.

Ganz besonders schwer - das wurde hier schon gesagt - haben es die vielen Alleinerziehenden im Land. Ich war selbst viele Jahre lang alleinerziehend mit drei Kindern und berufstätig; ich weiß, was das schon unter normalen Bedingungen für eine Kraftanstrengung erfordert. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir die Notbetreuung schon lange für Kinder von Alleinerziehenden geöffnet haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Martin Habersaat [SPD])

Noch ein Punkt zum Thema Familie: Wir haben - dazu hatten wir hier im Landtag einen Antrag der Jamaika-Koalition - zum Glück erfahren, dass der Bund die Zahl der Kinderkrankentage ausgeweitet hat; das ist gut so. Von einer Mitarbeiterin, die selbst Mutter zweier Kita-Kinder ist, habe ich allerdings die Rückmeldung bekommen, dass sie bisher von niemandem weiß, der diese Tage in Anspruch nehmen möchte, und zwar, weil sich niemand traut, sie gegenüber dem jeweiligen Arbeitgeber einzufordern. Liebe Eltern im Land, sie leisten gerade Unvorstellbares. Ich möchte sie ausdrücklich dazu ermutigen, die zusätzlichen Kinderkrankentage einzufordern. Das ist ihr gutes Recht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, SSW und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Liebe Chefinnen und Chefs, ich möchte sie freundlich und mit Nachdruck darum bitten, Verständnis dafür zu haben, dass Mütter und Väter in dieser

(Eka von Kalben)

Zeit im Beruf nicht immer das leisten können, was sie unter normalen Umständen leisten. Selbiges gilt natürlich auch für Menschen, die ihre Eltern oder andere Familienmitglieder pflegen.

Nachdem ich hervorgehoben habe, wie katastrophal die Situation vieler Eltern und Kinder im Land ist, und auch aufgrund der Tatsache, dass viele andere Menschen unter den bisherigen Maßnahmen leiden, stellt sich natürlich die berechtigte Frage, weshalb wir heute über die Verlängerung der Maßnahmen sprechen. Nun, das kann ich Ihnen sagen: Das tun wir nicht trotz der negativen Auswirkungen, sondern gerade deshalb. Oberstes Ziel muss sein, dass wir Menschenleben schützen und möglichst bald wieder Normalität eintritt.

Ja, die neuesten Zahlen sind zwar leicht positiv, doch das ist noch kein Grund zu jubeln - das haben meine Vorredner gesagt -, sie müssen noch sehr viel schneller runter, und das nicht nur wegen der neuartigen Mutation, sondern vor allem, damit sich der Teil-Lockdown nicht weiter hinzieht, ohne Aussicht auf ein Ende. Deshalb ist die Debatte über die Maßnahmen trotz sinkender Zahlen richtig.

Die Gesundheitsämter brauchen wieder eine Chance, die Kontrolle zu bekommen, damit wir in eine planbare Zukunft kommen können. Lieber Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen ausdrücklich, dass Sie die digitale Ausstattung der Gesundheitsämter erwähnt haben, die allerorten kritisiert wird und für die Gesundheitsämter eine große Zumutung ist. Ich habe lange in der Verwaltung gearbeitet und weiß, was es schon in normalen Zeiten bedeutet, ein neues EDV-System auszurollen, insbesondere in Zeiten, in denen ein Amt überarbeitet ist; ich habe das einmal im Sozialamt miterlebt, und da ist man in den 80er-Jahren permanent überarbeitet gewesen. Ich wünsche allen, die das umsetzen müssen, viel Kraft und Erfolg. Wir sollten sehr geduldig bei der Umsetzung sein und sehr sensibel mit den Kommunen umgehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Einschränkungen, die bisher in Kraft getreten sind, konzentrieren sich sehr stark auf den privaten Bereich: Wir können nicht mehr tanzen, singen, Sport treiben, Essen gehen, Familienfeiern durchführen, was auch immer. Es gibt viele Menschen, die sich super daran halten und das ertragen, auch wenn Isolation und Einsamkeit ein zunehmendes Problem werden.

Aber wenn wir verhindern wollen, dass die Pandemie ewig auf kleiner Flamme vor sich hin köchelt, müssen wir auch in anderen Bereichen noch besser

werden. Ich glaube nicht, dass wir im privaten Bereich noch mehr Einschränkungen vornehmen können. Es ist gut, dass wir im privaten Bereich jetzt sagen, dass kleine Kinder, die an ihre Eltern gebunden sind, auch eine andere Person treffen können. Sonst würde das bedeuten, dass sich Alleinerziehende oder eine Mutter mit einem stillenden Kind mit niemandem mehr treffen können, weil das stillende Kind als zweite Person zählt; das geht nicht.

Liebe SPD, Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass es Ausnahmen geben soll bis zwölf Jahre, wenn es um die Betreuung von Kindern geht. Da sind wir voll Ihrer Meinung, und in Absatz 4 der entsprechenden Verordnung steht, dass zur Betreuung der Haushalt größer sein kann. Wenn ich sechsjährige Kinder zu den Nachbarn geben möchte, kann ich meine beiden Kinder zusammen zu den Nachbarn geben.

Aber der Grund dafür, dass wir die Ausnahme nicht bis zwölf oder 14 Jahre als unbegrenzte Zahl zulassen, ist, dass wir nicht wieder Kindergeburtstage erlauben wollen. Die Schreiben werden Sie ja auch von vielen Eltern kriegen, die das gern wollen. Herr Stegner, das wiederum passt nicht zu Ihrem Ansatz, die MPK-Beschlüsse eins zu eins umzusetzen und eine konsequente Linie zu fahren. Die Möglichkeit, dass sich alle Kinder unter 14 Jahren in unbegrenzter Zahl wieder treffen, halten wir für falsch. Was Sie aufgeschrieben haben, dass das zur Betreuung in bestimmten Fällen ermöglicht wird, finden wir richtig, und das steht auch schon in der Verordnung drin.

Meine Damen und Herren, im privaten Bereich kann es keine weiteren Einschränkungen geben, vielmehr müssen wir an den anderen Teil des öffentlichen Lebens heran: die Wirtschaft, die Büros, die Fabriken. Zu krass ist für die Menschen inzwischen der Unterschied zwischen dem, was sie am Arbeitsplatz dürfen - vielleicht nicht „dürfen“; Herr Garg weist immer wieder darauf hin, dass wir auch dort Hygienekonzepte und Vorschriften haben -, was sie am Arbeitsplatz machen, und dem wenigen, was sie nach Feierabend machen. Da gibt es eine Schieflage, die für viele Menschen im Land nicht nachvollziehbar ist.

Herr Buchholz, ich weiß, dass die Wirtschafts- und Industrieverbände das nicht so gern hören und dass es dort immer wieder Appelle an die Arbeitgeber gibt, gerade auch von der Führung der Wirtschaft, sich entsprechend zu verhalten. Aber mit Appellen allein funktioniert es nicht immer; das haben wir beim Homeoffice gesehen. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass unsere Kernforderung umgesetzt wird, die wir Ihnen deutlich mitgegeben haben,

(Eka von Kalben)

Herr Ministerpräsident, dass es gelungen ist, in der MPK ein Recht auf Homeoffice zu beschließen. Dafür sind wir sehr dankbar, und wir freuen uns, dass das gelungen ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birte Pauls [SPD])

Meine Damen und Herren, das hilft übrigens auch den Branchen, die gezwungenermaßen in der Solidarität sind.

Herr Richert und ich haben gestern draußen mit den Demonstrierenden gesprochen, die jetzt zur Solidarität gezwungen sind, weil sie komplett geschlossen haben. Da ist es unfair, wenn andere Branchen nicht auch ihren Beitrag leisten müssen. Ich kenne Arbeitgeber, die sagen: Okay, ich mach das, ich gebe mehr Flexibilität. Da kann es aber nicht sein, dass mein Konkurrent, der genau die gleichen Aufgaben hat, nicht dazu verpflichtet ist. - Es geht darum, einen Gleichklang zu finden von denjenigen, die sich sehr anstrengen und ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern viel Freiheit und Flexibilität lassen, mit denen, die das nicht machen.

Wir müssen Corona entschlossen bekämpfen. Unsere Maßnahmen müssen konsequent und gerecht sein, und die Menschen müssen sie verstehen. Deshalb war für uns ein bundesweiter Stufenplan eine zweite wichtige Forderung, die wir hier schon in verschiedenen Landtagsbeschlüssen einstimmig erhoben haben. Seien wir einmal ehrlich: Jeder, der sich das anguckt, wird sagen: Wie bitte? Jetzt einen Stufenplan? Seit einem halben Jahr redet ihr davon, und jetzt kommt er? - Spät, aber er kommt. Er ist verbindlich aufgenommen worden.

Über die Verbindlichkeit und Transparenz von MPK-Beschlüssen kann man sich hier sicherlich auslassen. Da sind wir uns hier, glaube ich, alle einig: Es ist nervtötend und ätzend. Deswegen ist es gut, wenn wir endlich einen bundesweiten Stufenplan haben, wie er übrigens auch im Bundestag von der Opposition gefordert wurde. Dann braucht es diese ewigen MPK gar nicht mehr, weil es eine klare Linie gibt. Dann müssen wir nicht mehr bis abends um 11 Uhr sitzen, bis endlich die Pressekonferenz kommt.

Hinterher, noch während Daniel Günther eine Pressekonzferenz hält, lesen wir auf einem anderen Ticker, wer sich alles nicht an die Regeln halten will oder zumindest nicht genauso, wie sie beschlossen wurden.

(Stephan Holowaty [FDP]: Herr Kretschmann aus Baden-Württemberg!)

- Ja, danke für den Hinweis. Es hat nichts mit den konkreten Ländern zu tun. Ich habe gerade aus Niedersachsen gehört, dass sie die Grundschulen offen halten. Aus Baden-Württemberg mit einer grün-schwarzen Regierung habe ich gehört, dass es Ausnahmen geben soll. Im Beschluss steht aber eben auch, dass die Präsenzpflichtaufhebung reichen würde, um den Beschluss einzuhalten. Insofern ist der Beschluss ein bisschen wackelig.

Es hat gar nichts mit dem Parteibuch zu tun. Es hat etwas damit zu tun, dass es natürlich auch in den Ländern politische Debatten und bestimmte Ideen gibt. Auch wir haben den Anspruch an uns, nicht alles mitzumachen, was irgendeine MPK beschließt. Wir sind das Parlament, wir dürfen es beschließen!

Deswegen ist es gut, wenn es einen bundesweiten, durch den Bundestag festgelegten Stufenplan gibt, damit klar ist: Das Parlament ist beteiligt, und es ist transparent. Deswegen bin ich dafür sehr dankbar, dass es gelungen ist, dies in den Beschluss aufzunehmen. Ich glaube nicht, dass es so selbstverständlich ist.

(Stephan Holowaty [FDP]: Der Bundestag tagt doch gar nicht!)

- Der Bundestag kann tagen, natürlich.

(Annabell Krämer [FDP]: Haben wir beantragt, hat nicht stattgefunden!)

Ganz entscheidend für die Akzeptanz ist aber auch, dass wir soziale Härten und Folgen immer abwägen müssen. Niemandem ist geholfen, wenn nach einer monatelangen Totalschließung von Schulen, Kitas und Freizeitangeboten Familien am Ende sind, Eltern sich trennen, Menschen in Therapie gehen müssen, Ängste, Depressionen und Süchte zugezogen haben. Deshalb ist es gut, wenn wir im Gegensatz zum Frühjahr die Kitas und Schulen möglichst lang geöffnet lassen. Es ist auch gut, wenn wir dort Stufenpläne entwickeln. Ich weiß, dass das Bildungsministerium dabei ist, Perspektiven zu eröffnen.

Wir müssen - das erscheint mir, wird häufiger vergessen - auch die Situation von Menschen mit Behinderung besonders berücksichtigen. Menschen mit Behinderung fallen nämlich oft durch alle Raster. Sie haben auf dem Papier die gleichen Rechte, können sich aber im Gegensatz zu vielen anderen Gruppen nicht immer das nötige Gehör verschaffen. Was ist, wenn Werkstätten und tagesstrukturierende Angebote pandemiebedingt geschlossen sind? Was ist, wenn Wohneinrichtungen keine Besucherinnen

(Eka von Kalben)

oder Besucher zulassen? Was ist mit der Impfung? - Die Priorisierung von Impfberechtigten verhält sich nur zu Menschen mit geistigen Behinderungen und Down-Syndrom. Sie gehören zur Gruppe 2. Was ist aber mit allen anderen, insbesondere denjenigen, die in eigener Häuslichkeit leben, aber rund um die Uhr auf Assistenz angewiesen sind? Dafür brauchen wir dringend Lösungen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, vereinzelt CDU und Beifall Wolfgang Baasch [SPD])

Die Impfung ist in dieser Pandemie unsere große Hoffnung. Deshalb ist es eine große Erleichterung, dass es inzwischen zugelassene Impfstoffe gibt und wir in Schleswig-Holstein rechtzeitig die erforderliche Infrastruktur geschaffen haben. Auch dafür gilt mein Dank unserem Gesundheitsminister, Herrn Garg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Wir hoffen sehr, dass es bald mehr Impfstoff gibt, sodass sich all diejenigen, die sich impfen lassen wollen, auch impfen lassen können. Ja, momentan sind die Termine schnell weg, und die neuesten Entwicklungen in diesem Bereich frustrieren sehr. Ich möchte aber doch einen Punkt zum Thema Privilegien für Geimpfte sagen. Dem stehen auch wir Grüne sehr kritisch gegenüber und sind froh, dass Herr Garg das auch so sieht. Solange nicht wissenschaftlich erwiesen ist, dass Geimpfte andere Menschen nicht anstecken können, ist über eine Ausnahme von Schutzmaßnahmen für Geimpfte nicht nachzudenken. Solange es nicht genug Impfstoff für alle Menschen gibt, die geimpft werden wollen, wäre eine solche Ausnahme auch sozial ungerecht. Aber Herr Stegner hat natürlich recht. Perspektivisch wird es irgendwann so sein, dass wir Menschen, wenn sie andere nicht anstecken, gewisse Rechte gar nicht nehmen können. Das ist ja logisch.

Vor sozialer Ungerechtigkeit müssen wir uns auch beim Thema Masken in Acht nehmen. Ja: Medizinische Masken, insbesondere FFP2-Masken, schützen besser als einfache Stoffmasken. Ich finde allerdings die Geschwindigkeit, in der diese Information jetzt in die Bevölkerung getragen wurde, ein bisschen erschreckend. Es gibt wohl immer noch Leute, die die Nähmaschine am Rattern haben und jetzt auf einmal erfahren, dass die 500 Masken, die sie für den Sportverein ehrenamtlich genäht haben, irgendwie doch nicht so hilfreich waren. Das ist nicht schön. Wenn es dafür aber wissenschaftliche Belege gibt, wollen wir dem nicht im Wege stehen. Trotz-

dem müssen wir an der Stelle sehr sensibel mit der Bevölkerung reden.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir unterstützen den Beschluss und tragen es mit, dass das Tragen von medizinischen Masken in Geschäften und im ÖPNV verpflichtend sein soll. Aus ökologischen Gründen war das keine sehr leichte Entscheidung, aber in diesem Fall kann unsere oberste Priorität leider nicht die Müllvermeidung sein.

Eine Maskenpflicht macht aber nur dann Sinn, wenn sie auch mit einem Recht auf eine Maske einhergeht. Das heißt: Wir müssen zum einen dafür sorgen, dass es in der Bevölkerung überhaupt genug Masken gibt. Das war bei den Testungen in Altenheimen schon ähnlich. Auch bei den FFP2-Masken in Altenheimen war es so, dass gefragt wurde: Wo kommen sie denn her? - Eine Pflicht muss immer mit einem Recht einhergehen.

Zum anderen sind diese Dinge im Frühjahr auch preismäßig durch die Decke gegangen, gerade die FFP2-Masken. Wir können nicht Menschen, die 15 € für den gesamten Hygienebedarf im Monat zur Verfügung haben, zumuten, dass sie dafür Masken kaufen. Selbst wenn sie nur eine Maske für 4 € am Tag nehmen, sind es im Monat 120 € - Das geht gar nicht. Selbst wenn diese jetzt im Internet günstig zu haben sind: Zum einen besteht die Gefahr, dass sie teurer werden, und zum anderen ist, wenn jemand sowieso schon am Rande des Existenzminimums lebt, eine kleine Erhöhung schon sehr schwierig. Deswegen fordern wir hier dringend schnelle und unbürokratische Lösungen. Ich erwarte, dass die Landesregierung hier einen Weg findet. Am einfachsten wäre es jedoch, wenn der Bund der Grünen-Forderung folgen würde und den schon lange geforderten coronabedingten 100-€-Aufschlag fürs Arbeitslosengeld II beschließen würde. Die SPD hier im Land, Frau Pauls, ist ja anscheinend schon mit an Bord. Insofern sollte das ein Punkt sein, bei dem wir stark sind. Wir fordern es auch. Dafür bin ich unseren Koalitionspartnern dankbar. Wir fordern auch in unserem Jamaika-Antrag eine Anpassung im Bund.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Was ich an dieser Stelle auch noch gern Richtung Bund sagen möchte: Wenn man den Menschen Wirtschaftshilfen verspricht und diese dann nicht kommen, zerstört das Vertrauen.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es geht wirklich gar nicht. Es zerstört nicht nur die Existenzen, die jetzt schon sehr gefährdet sind. Selbst wenn wir die Insolvenzpflicht aufschieben, ist das für manche nur ein Aufschub eines Schreckens. Es ist genauso wie mit manchen Stundungen von Sozialversicherungsbeiträgen. Im Sommer wird es für diese Firmen nicht unbedingt besser. Die Firmen können nur überleben, wenn sie Hilfen bekommen, und zwar zeitnah. Das ist das eine, die wirtschaftliche Problematik.

Das andere ist, dass wir das Vertrauen in die Politik nicht zerstören dürfen.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Das Vertrauen in die Politik wird auch durch quälende MPK zerstört, an deren Beschlüsse sich nicht alle halten - lieber Herr Günther, das muss ich leider einmal sagen -, aber auch, wenn Versprechen von Wirtschaftshilfen gemacht werden, die nicht gehalten werden. Es wird aber auch gestört, wenn der Wirtschaft Versprechen gemacht werden, die nicht gehalten werden. Deswegen fordern wir den Bund auf, die Wirtschaftshilfen zügig zur Verfügung zu stellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Lieber Herr Koch, ich bin eigentlich ein optimistischer Mensch. Ich merke, dass ich bei dieser Rede leider Ihren Optimismus nicht hundertprozentig geteilt habe. Das ist sehr schade. Aber ich möchte zum Schluss trotzdem feststellen:

Erstens. Unser Alltag in den kommenden zwei Wochen wird sich kaum ändern. Ja, das ist frustrierend.

Zweitens. Das Recht auf Homeoffice wird ermöglicht. Das ist gut.

Drittens. Die Regierungen haben sich auf die Erarbeitung eines Stufenplans verpflichtet. Das macht Hoffnung.

Wir brauchen einen langen Atem, wir brauchen Hoffnung, und wir brauchen einen längeren Atem als das Virus. Herr Stegner, ich bin mir sicher, das werden wir schaffen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich versuche auch immer, das Positive zu sehen. Ich bin als liberaler Abgeordneter ja Optimist durch und durch. Anders könnte man das gar nicht schaffen, aber ich sage ganz deutlich: Das Positivste heute ist, dass dieser Antidemokrat heute endlich aus dem Weißen Haus verschwindet und dass Amerika und Europa endlich weiter zusammenrücken.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Tobias Koch [CDU])

Es gibt noch andere positive Dinge; darauf komme ich gleich noch.

Nicht einmal zwei Wochen nach unserer letzten Sondersitzung sind wir wieder hier und müssen feststellen, dass es bei der aktuellen Pandemielage weiterhin Licht und Schatten gibt. Das Infektionsgeschehen ist insgesamt rückläufig. Die aktuellen Maßnahmen sind also wirksam, das sollte man an der Stelle auch feststellen. Die letzten Verschärfungen von Anfang Januar, die ich schon als drastisch bezeichnen möchte, spiegeln sich noch gar nicht in den Zahlen wider. Das gehört zur Wahrheit auch dazu.

(Beifall FDP)

Wenn wir in einigen Kreisen in Schleswig-Holstein unter dem vieldiskutierten Inzidenzwert von 50 liegen, geben vor allem der Kreis Pinneberg weiterhin und der Kreis Nordfriesland ganz aktuell Anlass zur Sorge, auch wenn diese beiden Landkreise uns noch einmal vor Augen führen, dass die Inzidenz immer nur einer von mehreren Indikatoren sein kann, um das Infektionsgeschehen richtig einzuordnen.

(Beifall FDP und SSW)

Ich bin bei allen Problemen sehr froh, dass die Lage bei uns in Schleswig-Holstein weiterhin deutlich besser ist als in den allermeisten Regionen Deutschlands und übrigens auch Europas, wenn man sich die Europakarte anguckt. Das soll auch so bleiben, und das haben wir in erster Linie den Menschen in Schleswig-Holstein und ihrer großen Disziplin und auch ihrer Solidarität zu verdanken.

Dennoch haben auch wir hier eine angespannte Situation im Gesundheitswesen, wenn man sich beispielsweise das Krankenhaus in Nordfriesland und das UKSH anschaut. Deshalb müssen wir daran arbeiten, dass die Zahl der Neuinfektionen jetzt weiter deutlich abnimmt. Während wir in Schleswig-Holstein im Sommer und im Herbst bei den Ein-

(Christopher Vogt)

schränkungen im Vergleich zu anderen Bundesländern eher zurückhaltend waren, so sind wir - wie schon im letzten Frühjahr - eher strenger, man könnte auch sagen konsequenter, als andere Bundesländer.

Das liegt daran, dass wir uns mitten in der Virenzeit befinden, die ja von Oktober bis März dauert, wie Mediziner immer wieder betonen. Ein Lockdown, wenn man ihn denn macht, soll ja auch etwas bringen. Herr Ministerpräsident, ich wünsche mir aber mehr norddeutsche Abstimmung, weil das einfach schwierig ist. Ich komme aus einem Landkreis, der an drei andere Bundesländer grenzt. Es ist schon wirklich merkwürdig, wenn die Leute beispielsweise zum Tennisspielen woanders hinfahren. Das kann man vielleicht im Einzelnen kritisieren, aber es macht Sinn, dass solche Dinge in Norddeutschland weit besser abgestimmt sind, gerade mit Hamburg.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Der größte Unsicherheitsfaktor derzeit sind natürlich die Virusmutationen, von denen wir wissen, dass sie mittlerweile auch vereinzelt in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein nachgewiesen wurden. Dass Viren an sich mutieren, wissen die meisten von uns hoffentlich seit der Mittelstufe. Dass die verschiedenen international bekannt gewordenen Varianten hier bei uns auftauchen, ist angesichts der Mobilität in Europa, die es zum Glück immer noch in bestimmtem Maß gibt, auch keine Überraschung, wenn wir ehrlich sind. Welche konkrete Gefahr von ihnen ausgeht, ist wissenschaftlich leider noch nicht ganz klar. Wir sollten jetzt nicht in Panik verfallen, aber weiterhin vorsichtig, besonnen und konsequent auf diese Entwicklung reagieren, um keine massive dritte Welle zu riskieren, vor der jetzt einige Wissenschaftler sehr drastisch warnen.

Wir müssen das jetzt sehr genau beobachten und entsprechend verdächtige Proben besser untersuchen lassen. Leider wurde die Genomsequenzierung bisher in Deutschland offenkundig vernachlässigt. Es gibt da sehr geringe Kapazitäten, was zu längeren Wartezeiten führt.

Wir müssen auch die Lage in Dänemark und anderswo genau beobachten und uns stärker um das Testen von Reiserückkehrern kümmern, was aus meiner Sicht im Sommer, im Herbst und auch jetzt im Winter gerade vonseiten der Bundesregierung deutlich vernachlässigt wurde. Wir müssen uns auch um die Grenzpendler kümmern, die wir haben wollen. Ich glaube, hier sind andere Testmaßnahmen notwendig.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube, man soll auf die Wissenschaft hören. Ich habe heute Morgen eine Aussage von Herrn Drostens gelesen, der gesagt hat: Wahrscheinlich ist die Ansteckungsquote bei der britischen Virusmutation nicht so schlimm wie von einigen vermutet, aber sie ist offenbar ansteckender. - Aber auch er sagte ganz deutlich: Genaue Zahlen haben wir noch nicht, das wird erst in einigen Wochen der Fall sein.

Eigentlich haben wir seit dem Auftauchen des Virus viel dazugelernt. Aber hier müssen wir besonders aufmerksam sein. Dennoch können wir nicht auf Verdacht die Schraube völlig überdrehen, das sage ich an dieser Stelle sehr deutlich.

(Beifall FDP, SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber die alte Handwerkerweisheit „Nach fest kommt ab“ habe ich in den letzten Tagen so oft gehört wie noch nie in meinem Leben - im privaten Umfeld, aber auch darüber hinaus. Herr Stegner hat natürlich völlig Recht: Alle Maßnahmen müssen weiterhin immer wieder gut begründet werden und verhältnismäßig sein. Man muss die Eingriffe in die Grundrechte und nicht die Gewährung der Grundrechte rechtfertigen. Aber ich sage auch ganz deutlich: Wir haben jetzt zunehmend schwierige Diskussionen. Das meine ich vor allem im Zusammenhang mit dem Thema vermeintlicher Sonderrechte für Geimpfte.

Ich wundere mich, welche Kapazitäten der Bundesaußenminister in diesen Zeiten noch hat, um sozusagen die Debatte prominent anzustoßen. Aber sie ist ja da. Ich muss ganz ehrlich sagen: Das ist natürlich eine ganz schwierige Abwägung. In der Tat, wenn jemand bestimmte Anforderungen erfüllt, dann kann man in die Grundrechte nicht mehr eingreifen, aber ich hoffe, dass wir beim Impfen - gerade in den Heimen und bei den Älteren - so schnell vorankommen, dass wir geordnet Maßnahmen wieder zurücknehmen können, die für alle zurückgenommen werden, und so nicht differenzieren müssen.

Man muss ja sehen: Nicht nur durch Impfen werden Infektionen verhindert, sondern auch über die Krankheit. Das ist die eine Frage. Es gibt aber noch weitere Fragen. Wenn Sie noch weitere Impfstoffe haben, dann werden diese wahrscheinlich nicht eine Wirksamkeit von 95 % haben, sondern vielleicht von 70 %. Hier zu differenzieren, ist unheimlich schwierig. Diese Debatte ist sehr schwierig. Deswegen habe ich da auch - ehrlich gesagt - keine klare

(Christopher Vogt)

Meinung zu diesem jetzigen Zeitpunkt. Ziel muss sein, so schnell zu impfen, dass wir die Maßnahmen insgesamt geordnet zurückfahren können.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist auch eine Frage der Akzeptanz. Ohne die breite Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger wird es nicht funktionieren. Wir merken doch, dass viele Menschen deutlich kritischer geworden sind, was die einzelnen Maßnahmen, aber auch was die grundsätzliche Strategie angeht. Ich halte es nicht für besonders sinnvoll, über ganz ähnliche Strategien nachzudenken, wie man sie in asiatischen Diktaturen oder in dünn besiedelten Inselstaaten verfolgt, wo derzeit Sommer herrscht, es tut mir leid. Ich finde es auch sympathisch, dass man Bereiche hat, in denen niemand mehr infiziert ist. Das wäre ganz toll, dann wäre alles so wie vorher. Aber das ist in Mitteleuropa und bei der Mobilität in Mitteleuropa zum jetzigen Zeitpunkt einfach nicht realistisch.

Deswegen brauchen wir aus meiner Sicht geeignete Strategien für unser Land, insbesondere für uns hier in Schleswig-Holstein. Dabei sind aus meiner Sicht realistische Ziele und auch eine gewisse Verlässlichkeit bei der Verfolgung dieser Ziele notwendig, so schwierig das auch immer sein mag.

Völlig unstrittig ist, dass wir weniger Neuinfektionen haben müssen, um die Virusausbreitung besser unter Kontrolle zu bekommen. Es ist schon jetzt die Diskussion über die berühmte Fünzfzigerinzidenz im Gange, die auch im Infektionsschutzgesetz festgeschrieben ist. Auch da gilt: Je mehr Fortschritte wir beim Impfen haben, gerade bei denen, die besonders schwer erkranken und im Zweifel auch eine hohe Wahrscheinlichkeit haben, an dieser Krankheit zu versterben, desto mehr muss die Fünzfzigerinzidenz natürlich angehoben werden. Alles andere wäre merkwürdig. Insofern wird diese Diskussion uns in den nächsten Wochen noch weiter beschäftigen.

(Beifall FDP)

Wir finden eine bundesweite Abstimmung in dieser schwierigen Phase gut. Noch besser wäre eigentlich eine stärkere europaweite Abstimmung.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies wäre nicht nur wichtig, es wäre auch notwendig. Die Ministerpräsidentenkonferenz ist dafür natürlich ein pragmatisches Instrument, aber sie kann keine Parlamentsdebatten und auch keine Entscheidung der Landesregierung beziehungsweise der Ko-

alition auf Landesebene komplett ersetzen, die letztlich entscheidend sind.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Fraktion und ich sind der Meinung, dass wir jetzt in Gesprächen zwischen den Fraktionen schauen sollten, wie man das landesgesetzlich konkreter regeln kann. Ich glaube, diese Diskussion ist in dieser Phase der Pandemie notwendig. Dazu laden wir ein.

Dass wir hier in Schleswig-Holstein immer wieder Sondersitzungen machen, ist für uns mittlerweile selbstverständlich. Alle Beteiligten sind auch sehr flexibel. Ich danke auch der Landtagsverwaltung, dass das immer wieder so schnell organisiert wird. Sie haben natürlich recht: Vor den Ministerpräsidentenkonferenzen wäre es noch besser. Wenn wir so kurzfristig zu einer Sitzung eingeladen werden, dann stößt auch der Parlamentarismus manchmal an seine Grenzen.

Aber dass der Bundestag weder vorher noch nachher zu einer Sondersitzung zusammentritt, obwohl er gerade eine Sitzungswoche hatte und in der nächsten Woche auch eine Sitzungswoche hat, sondern dass dort nur Ausschüsse tagen, das kann ich, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen. Das halte ich für ein ganz schwieriges Verfahren.

(Beifall FDP, SSW und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Dann muss sich doch in Wahrheit auch niemand darüber beschweren, dass die Diskussionen dann über „Bild online“ laufen. Mich nerven diese Durchstechereien auch. Daniel Günther, Sie müssen es gar nicht schreiben; ich weiß immer, was Sie oder auch die Kollegen sagen, wer gegen wen und so weiter.

Diese Durchstechereien kommen übrigens nicht nur aus der Ministerpräsidentenkonferenz, sondern übrigens auch aus Parteigremien der Union. Das ist wirklich nervig. Das kenne ich aus meiner eigenen Partei in schwierigeren Phasen. So kann man natürlich nicht vernünftig beraten.

(Zuruf - Heiterkeit FDP)

Wir sollten über die Fraktionssitzung gestern hier auch offen reden.

(Heiterkeit FDP)

Wir müssen ja nahezu dankbar sein, dass es Medien gibt, die offensiv darüber berichten; denn ansonsten gäbe es noch weniger Transparenz. Ich muss aber

(Christopher Vogt)

ganz ehrlich sagen: Die Diskussionen sollten hier mit offenem Visier im Parlament stattfinden. Und die Bundesregierung sollte im Deutschen Bundestag sagen - das muss dann auch dort diskutiert werden -, was sie in der aktuellen Phase befürchtet und was sie vorhat. Wenn das verdeckt über irgendwelche Durchstechereien und Medien läuft, nervt das wirklich sehr.

(Beifall FDP)

Ich glaube auch, gerade in der Krise ist eine offene Kommunikation kein Zeichen von Schwäche, sondern würde viel mehr Menschen überzeugen.

Anstatt die MPK jetzt merkwürdigerweise als Erbstück aus der Bismarck-Zeit zu bezeichnen - man staunt ja manchmal, was so kommt -, dass man das eben braucht, auch wenn die Zeiten schwer sind, sollte die Bundesregierung offen mit ihren Befürchtungen und Erkenntnissen umgehen. Das brächte mit Sicherheit mehr Akzeptanz.

Auch die Ansprache von einigen politisch Verantwortlichen an die mündigen Bürgerinnen und Bürger halte ich für problematisch.

(Beifall FDP und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich will hier gar nicht ins Detail gehen; meine Haltung zu Herrn Söder ist ja bekannt. Aber wir haben es hier nicht mit Untertanen und auch nicht mit ungehörigen Kindern zu tun, denen man pauschal irgendwelche falschen Verhaltensweisen beibringen kann. Wenn man sagt, an Rodelbergen soll nichts stattfinden, dann sollte man nicht die Leute zu Hause einsperren, sondern dann sollte man meinetwegen den Rodelberg sperren. Aber man muss dann nicht mit solch pauschalen Vorwürfen an die Adresse der Familien gerichtet kommen. Das halte ich in dieser Phase wirklich für fragwürdig.

(Beifall FDP und SPD)

Ich will noch eines sagen, Tobias Koch, dann bin ich damit auch gleich durch.

(Heiterkeit)

Ich bin ein sehr großer Freund davon, anerkannte Experten aus der Wissenschaft zu befragen. Das ist gerade in solchen Krisenzeiten dringend notwendig, in denen man viele Abwägungen vorzunehmen hat und in denen niemand auch nur annähernd alles wissen kann. Entscheiden müssen am Ende ja trotzdem die gewählten Politiker. „Die“ Wissenschaft gibt es genauso wenig wie „die“ Politik. Wir erleben ja, dass viele Dinge, wie jetzt bei den Mutationen, schlichtweg nicht ganz klar sind. Die Experten von Bund und Land sind in dieser Frage übrigens

überhaupt nicht einer Meinung, um das ganz deutlich zu sagen. Nach dem Motto zu handeln, hört auf die Wissenschaft, ist schwierig; denn die Wissenschaft weiß auch vieles noch nicht, sie ist sich nicht über alles einig.

Die Zusammensetzung des Expertenrates der Bundesregierung könnte deshalb aus meiner Sicht noch differenzierter stattfinden.

(Beifall FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Das meine ich sowohl, was die Profession der Experten angeht, als auch deren Einstellung. Dass man zum Beispiel Herrn Stöhr nicht eingeladen hat, obwohl bekannt war, dass das vorgeschlagen worden ist, halte ich für fragwürdig. Zur Wissenschaft - so habe ich es gelernt - gehört ja gerade immer auch der Diskurs. Wenn der nicht stattfindet, ist das auch nicht richtig überzeugend.

(Lebhafter Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, eines sage ich auch selbstkritisch: Auch wir hätten die parlamentarische Anhörung, die wir damals hier im Plenum als Versuch durchgeführt haben, die auch sehr stark verfolgt wurde, vielleicht früher machen können. Das hat ja auch etwas gebracht, und das wurde von sehr vielen Menschen wahrgenommen. Es hat seinen guten Grund, warum Anhörungen von Experten im Parlamentarismus öffentlich stattfinden: damit eben Transparenz und Nachvollziehbarkeit besteht.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich nun noch einige andere Themen ansprechen. Ich möchte beginnen mit dem Impfen. Ich hatte in der vergangenen Woche die Möglichkeit, das Impfzentrum im Kreis Herzogtum Lauenburg zu besuchen. Ich konnte mich davon überzeugen, dass es in kürzester Zeit von ganz vielen verschiedenen Beteiligten aufgebaut wurde. Beteiligt waren das Land und die Kreisverwaltung, das Technische Hilfswerk, die Bundeswehr, die Kassenärztliche Vereinigung, das Deutsche Rote Kreuz und so weiter. Es gab dort ganz viele Akteure, die das in kürzester Zeit hinbekommen haben. Ich konnte mir einen Eindruck davon verschaffen, dass das wirklich auch wegen des großen Engagements auch von vielen freiwilligen Menschen, die sich dort eingebracht haben, reibungslos funktioniert. Ich habe dort kein Chaos und kein „Pleiten, Pech und Pannen“ gesehen, wie das einige Kollegen laut Zeitung gesehen haben wollen.

(Christopher Vogt)

Wir haben in Schleswig-Holstein eine vergleichsweise hohe Impfquote. Den wenigen Impfstoff, den wir kriegen, haben wir sehr effizient verimpft bekommen, und zwar an der richtigen Stelle.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eines will ich auch noch festhalten, gerade auch mit Blick auf die letzte Landtagsdebatte, Herr Kollege Kalinka: Wir haben in Schleswig-Holstein die richtige Strategie. Ich hoffe, dass darüber keine Zweifel bestehen. Es gab Probleme bei der Terminvergabe. Die hat übrigens funktioniert. Aber den Frust älterer Menschen am Telefon konnte ich auch nachvollziehen. Das Verfahren lief in Schleswig-Holstein durchaus gut, es hat aber angesichts der großen Nachfrage und des großen Mangels an Impfstoffen zu Frust geführt. Das wird nun weiter optimiert. Dafür auch mein ganz herzlicher Dank an das Sozialministerium und an Heiner Garg persönlich. Das ging sehr schnell und war eine gute Leistung.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Was die Impfstofflieferungen angeht, habe ich allerdings keinerlei Verständnis mehr.

(Beifall FDP)

Dass bei den Bestellungen nicht Optionen gezogen wurden, kann man jetzt nicht mehr ändern. Das EU-Haushaltsrecht und anderes mussten natürlich beachtet werden; das ist ja immer als Begründung dafür genannt worden. Ich finde aber, man hätte es auch anders machen können. Aber es ist jetzt so.

Trotzdem haben die Europäische Union und der Bund eine große Verantwortung. Ich wundere mich schon darüber, was man für Verträge mit Pfizer abgeschlossen hat, wenn die quasi binnen weniger Stunden verkünden können, übrigens auch BioNTech als Partner verkünden kann, dass ein Werk in Belgien jetzt für ein paar Wochen umgebaut wird, um langfristig größere Kapazitäten zu haben, was ja sinnvoll sein mag. Dass aber deshalb zugesagte Mengen einfach nicht ankommen und dadurch die Not noch größer wird, halte ich für verantwortungslos, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall FDP und SSW)

Es ist mehr als schmerzhaft, dass man deswegen keine neuen Termine vergeben kann. Zum Glück haben wir vorgesorgt, Heiner Garg; das ist der richtige Weg gewesen. Ich finde auch, in einer solchen Phase sollte sich eine Zeitung wie das „Hamburger Abendblatt“ vielleicht besser informieren, bevor

man die Menschen mit Falschmeldungen weiter verunsichert. Es wurde nun vorgesorgt, es wird jetzt funktionieren. Aber es gibt natürlich das Problem, dass man dann, wenn man den zugesagten Impfstoff nicht bekommt, keine neuen Termine vergeben kann. Aber zumindest sollte darüber vernünftig berichtet werden und nicht so ein Kram wie heute.

(Beifall FDP und CDU)

Die Menschen brauchen jetzt Perspektiven, das berühmte Licht am Ende des Tunnels. Dafür brauchen wir Stufenpläne und diese, Daniel Günther, am besten auch bundesweit. Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Ministerpräsident, dass Sie das offensiv angestoßen haben, damit diese Perspektiven erarbeitet und aufgezeigt werden können. Das muss ja auch vorbereitet werden, das kann man ja nicht innerhalb weniger Tage machen.

Wir brauchen Perspektiven für unsere Gastronomen, für den gesamten Tourismusbereich, für den Sport.

Was den Sport betrifft, möchte ich noch Folgendes sagen: Man kann bei Sportarten mit dem Kontakt von Kindern und Jugendlichen anfangen. Das ist aus meiner Sicht das Erste, das wir machen können.

(Beifall FDP)

Die ganze Kulturszene wartet händeringend auf Perspektiven, damit sie besser planen kann und eine Perspektive hat.

Die Veranstaltung im letzten Frühjahr war übrigens eine sehr coole Geschichte; ich denke an den Stufenplan für Veranstaltungen. Damit sind wir sehr gut gefahren. Das ist ja nicht neu, sondern das gab es ja letztes Jahr schon.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen auch andere Veranstaltungen. Dieses Jahr ist ja auch ein wichtiges Wahljahr in Deutschland. Deswegen müssen auch die Parteien richtig arbeiten können. Auch das ist wichtig. Sie dürfen nicht immer nur online tagen, sondern die Tagungen müssen auch physisch stattfinden können.

(Beifall FDP und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Auch ich wünsche mir aus eigener Betroffenheit heraus eine schnelle Öffnung der Friseure.

(Heiterkeit)

Ich will jetzt keine weiteren Witze machen. Aber in der FDP-Fraktion wird schon danach geguckt, ob das prächtige Haupthaar des Wirtschaftsministers tatsächlich echt ist.

(Christopher Vogt)

(Heiterkeit)

Das werden wir sehen. Das hat natürlich auch etwas, wie bei anderen körpernahen Dienstleistungen, mit dem Wohlbefinden vieler Menschen zu tun.

(Anhaltende Heiterkeit - Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Deswegen ist das schon wichtig.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

- Nun beruhigen Sie sich mal wieder, Frau Kollegin.

Ich möchte noch eine Sache ansprechen. Der Profisport wird immer wieder heftig diskutiert. Da muss man natürlich sagen, dort wird viel getestet, zum Beispiel beim Fußball. Das hat etwas mit Berufsfreiheit zu tun. Das werden die Gastronomen dann aber vielleicht auch irgendwie kritisch sehen. Aber das ist so. Er bringt natürlich auch vielen Menschen ein bisschen Freude im oftmals tristen Alltag.

So hat Holstein Kiel mit wunderbaren Leistungen gezeigt, wie man uns auch einmal aus dem Alltag herausreißen kann.

(Beifall FDP, CDU und SPD)

Aber ich sage auch: Sowohl die Profis im Sport als auch wir Abgeordnete müssen immer Vorbild sein. Die ständigen Umarmungen und sonstige Dinge, die die Leute im Fernsehen sehen - insbesondere Gastronomen, Friseure und andere, die ihre Läden schließen müssen -, sind nicht angebracht. Diese Feststellung gilt auch dann, wenn alle Spieler getestet sind. Ein bisschen mehr Vorbildfunktion auch von Profisportlern wäre ganz schön.

(Beifall FDP, CDU, SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gehört zu den Widersprüchen, die die Menschen verärgern. Gleiches gilt für überfüllte Busse, Bahnen oder Flughafenterminals, wie wir es letzte Woche in Berlin sehen mussten.

Meine Damen und Herren, ich möchte deutlich sagen: Auch für uns als Koalition auf Landesebene sind die Zeiten nicht leicht, wenn in Berlin ständig neue Termine festgelegt werden. Dennoch war auch in den vergangenen Tagen die Zusammenarbeit in der schleswig-holsteinischen Landesregierung, in der Koalition und darüber hinaus meistens sehr gut. Das möchte ich deutlich sagen; denn das ist nicht selbstverständlich. Wir haben auch viel diskutiert.

Herr Dr. Stegner, gerade das Thema Familien ist eines der schwierigsten. Ich bin Familienvater und

weiß, wie schwierig es ist. Wir haben zwei kleine Kinder. Meine Frau sagt, sie fühle sich diskriminiert, weil man, wenn man kleine Kinder hat, eben nicht die gleiche Bewegungsfreiheit wie andere Menschen hat. Gerade die Mütter sind insoweit besonders betroffen.

Eigentlich waren wir uns im vergangenen Frühjahr einig, dass wir daraus lernen wollen. Aber jetzt sind wir wieder in einer schwierigen Phase, und es trifft wieder vor allem die Familien. Das ist wirklich schwierig.

Über das Thema Kinderbetreuung haben wir uns schon ausgetauscht - möglicherweise hat es dazu Unklarheiten gegeben -, aber darüber muss man weiterhin sprechen. Ich bin froh, dass wir, was Kleinstkinder angeht, eine weitere Erleichterung herbeigeführt haben; denn tatsächlich kann man mit einem Säugling schlecht allein unterwegs sein. Das ist einfach so. Das wissen zumindest diejenigen, die Kinder haben. Das treibt auch mich als Familienvater wirklich um. Meine jüngste Tochter ist gerade drei Jahre alt geworden. Sie kennt viele Sachen gar nicht, die Kinder in diesem Alter normalerweise zum ersten Mal entdecken und erleben. Wenn die andere Tochter ständig sagt: „Ja, ja, das machen wir irgendwann einmal, zum Beispiel Ausflüge, aber erst dann, wenn Corona endlich vorbei ist“, dann merkt man, dass auch kleine Kinder diese Situation extrem beschäftigt; denn sie werden damit groß. Deshalb sage ich: Gerade die Situation der Kinder muss eines der wichtigsten Themen in den nächsten Wochen und Monaten sein.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dabei müssen wir im Blick haben, dass sehr, sehr viele Kinder nicht so behütet aufwachsen wie unsere. Mich treibt diese Situation jedenfalls sehr um. Besonders schmerzhaft ist deshalb - aber nicht nur deshalb - auch die Schließung der Schulen. Dabei geht es schlichtweg um eine Grundsatzfrage unserer Gesellschaft, nämlich um Chancengerechtigkeit. Wir brauchen uns nichts vorzumachen: Distanzunterricht ist kein Vergleich zum Präsenzunterricht.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit den daraus resultierenden Lerndefiziten müssen wir umgehen.

Die Digitalisierung der Schulen kommt zwar voran - Kollege Koch hat darauf hingewiesen, dass gerade in den letzten Monaten insoweit sehr viel passiert ist -, aber man fragt sich umso mehr, warum die Di-

(Christopher Vogt)

gitalisierung der Schulen in den vergangenen Jahren so schwierig war, das heißt, warum es dagegen so viele Widerstände gab. - Wir haben auf diesem Gebiet viel gemacht; aber es reicht natürlich lange nicht aus. Wenn ich dann Studien lese - die jüngste ist in den letzten Tagen erschienen -, dass Deutschland bei der Digitalisierung der Bildung in der EU auf dem letzten Platz steht, dann sage ich: Das ist für ein Land wie das unsrige eine einzige Katastrophe.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Der DigitalPakt ist beschlossen, und das Geld steht zur Verfügung; es muss jetzt abgerufen werden. Wir brauchen aber maximale Flexibilität, zum Beispiel bei den Endgeräten. Notwendig ist auch eine klare Kommunikation in Richtung der Schulen: Es muss jetzt alles flüssig laufen. Wir müssen über die Prüfungen und damit über die Abschlüsse sprechen. Dieses Problem betrifft übrigens auch die Studierenden an den Hochschulen; auch das ist ein Thema, das in den nächsten Wochen ansteht.

Für die Kitas brauchen wir - wie im vergangenen Frühjahr - einen sinnvollen Stufenplan. Dass wir die Beiträge erlassen für eine Leistung, die der Staat momentan nicht erbringen kann, halte ich für richtig. Man kann nicht eine Leistung nicht erbringen, aber dann noch eine Rechnung schicken. Insofern ist die Entscheidung zum Erlass konsequent.

(Beifall FDP und SSW)

Bei der Eindämmung von Hotspots sind wir in Schleswig-Holstein sehr erfolgreich. Dass Ausgangssperren nur die Ultima Ratio sein können, ist für mich völlig klar; dass man das erst lange besprechen und betonen muss, verwundert mich. Wir in Schleswig-Holstein folgen einer erfolgreichen Strategie. Der entsprechende Erlass ermöglicht es den Kommunen, in denen die Zahlen sehr schnell hochgehen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Das hat bisher immer gut geklappt, das heißt, es wurde angemessen reagiert. Bei dieser Strategie sollten wir bleiben. Zu der Regelung, den Bewegungsradius der Menschen auf einen Radius von 15 km um den eigenen Wohnort zu beschränken, setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass das nicht der Weisheit letzter Schluss ist.

(Beifall FDP, Dr. Ralf Stegner [SPD] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, ich mahne in allen Diskussionen aber auch zur Vorsicht. Speziell meine ich den Umgang mit Quarantänebrechern. Dass

man eine solche Entwicklung nicht einfach laufen lassen kann, ist völlig klar. Aber wir sollten nicht mit Schnellschüssen reagieren, sondern sehr genau erörtern, welche Reaktionen sinnvoll sind. Auch unseren Umgang mit dieser Frage beobachten die Bürger sehr genau.

Die Gesundheitsämter leisten Großartiges. Dort gibt es übrigens schon IT-Systeme; das habe ich beim Besuch eines Gesundheitsamtes festgestellt. Intern funktioniert es meistens. Die Vernetzung mit anderen Gesundheitsämtern und anderen Behörden ist aber ein Problem; daran muss gearbeitet werden. Dass es eine neue Software gibt, ist eine gute Nachricht; aber wir dürfen die Ämter jetzt auch nicht lahmlegen. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Übrigens habe ich mir sagen lassen, dass die Nachverfolgung auch bei Inzidenzen von über 50 pro 100.000 Einwohner möglich ist. Voraussetzung ist aber ein hoher Personaleinsatz, und das ist eine große Herausforderung.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch weiterhin an der Integration arbeiten. Sprachbarrieren sind auch für die Gesundheitsämter ein großes Problem.

Wir müssen dafür sorgen, dass Gottesdienste möglich sind.

Vor allem müssen wir uns um den Schutz der älteren Menschen kümmern; denn insbesondere in dieser Gruppe beobachten wir schwere Verläufe und nicht selten Todesfälle. Über den Schutz der Heime wird seit Beginn der Pandemie diskutiert. Das ist immer leichter gesagt als getan. Ich rede darüber mit Pflegekräften, auch mit solchen aus dem privaten Umfeld. Sie sagen immer: Verbieter noch einmal eine Zeit lang die Besuche! Es ist nämlich auch für das Pflegepersonal unheimlich schwierig. Die dort Beschäftigten haben große Angst, infiziert zu sein und andere Menschen anzustecken.

Ich muss aber auch ganz ehrlich sagen: Wenn Menschen ihre Verwandten nicht mehr sehen können beziehungsweise versterben, ohne sie noch einmal gesehen zu haben, dann ist das einfach unethisch. Deshalb berührt das Besuchsverbot eine ganz schwierige Frage. Es müssen auch andere Lösungen möglich sein; vielleicht geht etwas mit Masken, Tests und so weiter. Die Abriegelung von Menschen und ihre daraus folgende Vereinsamung ist jedenfalls keine befriedigende Lösung.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

(Christopher Vogt)

Abschließend möchte ich noch etwas zum Thema Wirtschaft sagen: Wir haben zum Glück keinen Shutdown bekommen, wie ihn Herr Ramelow und andere gefordert haben. Auch den Mobilitätsvergleich mit dem Frühjahr 2020 finde ich nicht passend. Damals hatten wir eine völlig andere Situation; denn damals waren teilweise die Lieferketten unterbrochen, sodass in vielen Unternehmen ohnehin nicht gearbeitet werden konnte. Wir können den Menschen ihre wirtschaftliche Existenz nicht noch mehr kaputt machen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Dass Homeoffice dort, wo es möglich ist, umgesetzt wird, finde ich richtig. Die Befristung der Verordnung ist aber erforderlich, damit nichts, was politisch umstritten ist, quasi durch die Hintertür dauerhaft festgelegt wird.

Ich muss auch sagen, dass wir den Lockdown nicht immer weiterdrehen und nicht ständig verlängern können. Auch die Wirtschaft muss wieder Perspektiven haben. Wir verzeichnen dort bereits massive Auswirkungen. Die Zahl der Insolvenzen steigt. Auch Traditionsunternehmen aus Schleswig-Holstein sind betroffen. Das Versprechen lautete ja, dass Hilfe in ausreichender Höhe unbürokratisch und schnell geleistet werde. Das ist leider alles nicht der Fall.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Mit dem Beihilferecht gibt es Probleme. Aber viele Menschen im Einzelhandel und in der Gastronomie sowie Soloselbstständige stehen massiv unter Druck. Dort spielen sich menschliche Dramen ab. Die Fixkostenerstattung hilft zum Beispiel einem kleinen Einzelhändler nicht, der die Herbst- und Winterkollektion bezahlt hat, aber sich nun schon auf das Frühjahr vorbereiten muss. Gerade im Textilbereich ist eine Fixkostenerstattung nicht ausreichend. Das wird nicht funktionieren, gerade nicht bei Kleingeschäften, die doch alle immer so sympathisch finden.

(Beifall FDP)

Abschließend möchte ich sagen: Eine „Bazooka“ und ein „Wumms“ wurden angekündigt. Mir scheinen das eher Attrappen oder Spielzeugpistolen zu sein. Man hat bei der Mehrwertsteuersenkung 20 Milliarden € verplempert. Jetzt geizt man an der falschen Stelle. Das darf so nicht weitergehen! Andere Minister reagieren auf Kritik. Wer von beiden zuständig ist, ob Herr Scholz oder Herr Altmaier, ist mir total egal. Hauptsache, die kriegen das ge-

meinsam geregelt. Die Menschen warten auf die Hilfe. Sie haben keine Zeit zu verlieren.

(Beifall FDP, SSW und Dr. Marret Bohn
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte mich ausdrücklich auch beim Herrn Ministerpräsidenten bedanken. Wir sind fast immer einer Meinung. Auch in den letzten Tagen hat die Abstimmung wieder gut geklappt, sodass Ausgangssperren und Ähnliches bundesweit verhindert werden konnten. Solche Regelungen hätten wir nicht mitmachen können.

(Beifall FDP)

Ich glaube, man muss jetzt an vielen Stellen nachschärfen. Die Verordnung wird leicht ergänzt und optimiert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns in den nächsten Wochen alle gemeinsam vorsichtig, aber auch optimistisch und vor allem gesund bleiben und uns Stück für Stück aus dieser Krise herausarbeiten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Koch hat vorhin gesagt, aus seiner Sicht sei die Sitzung, die am gestrigen Nachmittag und Abend stattfand, aufgrund der Tatsache zustande gekommen, dass wir ein neues, mutiertes Virus hätten. Das musste er vielleicht so sagen; denn es ist auch wichtig, dass wir politisch eine Begründung herausgeben, damit die Menschen draußen auch kapieren, was da vonstattengeht.

Allerdings muss man ehrlicherweise feststellen, dass dem nicht so war. Diese Sitzung kam einzig und allein deshalb zustande, weil es Ministerpräsidenten anderer Bundesländer gab, die in der Öffentlichkeit mit so beinharten, scharfen Forderungen aufgetreten waren, dass sie ganz schnell wieder „eingefangen“ werden mussten. Das war der eigentliche Grund dieser Sitzung.

Wir sollten uns vor Augen führen, dass die aktuelle Verordnung erst seit dem 8. Januar dieses Jahres gilt. Gestern war der 19. Januar; demnach lag die Halbwertszeit bei gerade einmal elf Tagen. Nach dieser kurzen Frist musste die Regelung schon wie-

(Lars Harms)

der umgeschmissen werden. Was gibt das für ein Bild in der Öffentlichkeit! Die Leute wissen nicht mehr, woran sie sind, weil sie sich alle ein bis zwei Wochen auf etwas Neues einstellen müssen. Das führt möglicherweise irgendwann dazu, dass die Akzeptanz sinkt.

Da sollten wir vorsichtig sein. Deshalb von uns ganz deutlich die Forderung: Wir sollten uns an Termine, die wir abmachen, wann wir uns wieder treffen, sprich: wann die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin sich treffen, auch wirklich halten und vielleicht auch einmal abwarten, wie sich Maßnahmen, die man beschlossen hat, entwickeln! Wir wissen heute noch nicht, wie sich das, was am 8. Januar 2021 festgelegt worden ist, ausgewirkt hat. Das versteht da draußen kein Mensch mehr.

(Beifall SSW und Kay Richert [FDP])

Wir reden immer darüber, dass wir vermuten, dass wir meinen, dass wir das Gefühl haben, dass dieses oder jenes möglicherweise sein könnte. Der Kollege Vogt hat gerade noch einmal deutlich gemacht, dass Herr Drostens gesagt habe, mit der englischen Mutation sei es vielleicht doch nicht ganz so schlimm. Es sei schlimmer als das, was wir schon haben, aber vielleicht doch nicht ganz so schlimm, wie wir es erwartet hätten. - Genau das ist das Problem. Wenn wir nicht genau wissen, was genau dahintersteckt und wie sich das auswirkt, dann darf es auch keine pauschalen Verschärfungen der Einschränkungen geben. Das ist ganz, ganz wichtig.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Natürlich mag es das in Einzelfällen in bestimmten Corona-Hotspots geben, dass man sagt: Wir machen beispielsweise Ausgangsbeschränkungen. - Das mag es geben, aber nicht pauschal für ein ganzes Bundesland und nicht pauschal für die ganze Bundesrepublik Deutschland.

Denn auch da ist es wieder so: Versetzen wir uns doch einmal in den normalen und einfachen Menschen hinein: Was denkt der denn? Der hält sich jetzt an die Maßnahme A, schon die ganze Zeit, dann kommt die nächste Sitzung, und es heißt: Das wird noch ein bisschen verschärft, du musst schon wieder mehr tun! - Der empfindet das als eine Verschärfung seiner eigenen Einschränkungen, sozusagen als eine Bestrafung: Ich muss mich schon wieder einschränken; aber der da drüben hält sich nicht daran, da passiert gar nichts. Die Leute, die sich nicht daran halten, werden sich auch an die neuen Beschränkungen nicht halten. - Das ist die Botschaft, die wir da rausgeben.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Ich finde, da müssen wir als Politik ganz, ganz vorsichtig mit sein.

Meine Damen und Herren, Sie hören schon heraus: Wir wollen keine pauschalen Verschärfungen, und wir wollen vor allen Dingen nicht Verschärfungen, wenn sie nicht begründbar sind. Es ist immer noch so, dass Einschränkungen von Grundrechten einer Begründung bedürfen und nicht umgekehrt. Vor dem Hintergrund haben wir erhebliche Schwierigkeiten mit den Forderungen, die noch vor einer Woche gestellt wurden, dass man den Radius der Bewegungsfreiheit nur noch auf 15 km beschränkt oder gar über eine Ausgangssperre - zu welchen Zeiträumen auch immer - nachdenkt. Das kann es nur geben, wenn es echte Gründe dafür gibt, aber nicht pauschal für die gesamte Republik.

Gucken wir uns einmal die Beschlüsse an, dann muss man sagen: Schlimmeres ist verhindert worden - aus meiner Sicht. Nach meiner Auffassung ist es vernünftig, dass wir eine Pflicht für das Tragen einer medizinischen Maske haben. Dabei geht es nicht nur um FFP2-Masken, sondern auch um die Masken, die wir als die blauen Operationsmasken kennen. Wichtig dabei ist, dass man sich überlegt: Wie bekommt man hin, dass das auch umgesetzt werden kann? Damit ist man sehr schnell bei den Menschen, die nicht so viel Einkommen haben - ob sie von Sozialleistungen abhängig sind oder niedrige Löhne oder auch große Familien haben; das ist egal, die Menschen brauchen die Masken, und das regelmäßig, und sie können sich möglicherweise - aufgrund von steigenden Preisen, weil wir jetzt ja beschlossen haben, dass diese Maskenpflicht kommen soll - diese Masken gar nicht leisten.

Nun kann man sagen, man zahlt 100 € mehr bei den Sozialleistungen. Damit helfe ich aber den Einkommensschwachen im Niedriglohnsektor immer noch nicht. Oder man sagt - das wäre mein persönlicher Favorit -: Wir geben die Dinger kostenlos ab und kümmern uns als Staat darum. Ich weiß, das ist eine große logistische Aufgabe, wenn man das so machen würde. Aber irgendwie müssen wir es hinbekommen, dass diejenigen, die sich nicht locker und flockig bei Amazon oder sonst wo im Internet ein paar hundert Masken bestellen können, auch eine Möglichkeit haben, an diese Masken heranzukommen und unsere Bedingungen auch einhalten können.

(Beifall SSW)

Auch dazu jetzt schon vorausschauend, weil ich weiß, dass die nächste Sitzung kommen wird: Bitte

(Lars Harms)

auch da nicht nach zwei Wochen gleich wieder verschärfen und sagen: Die blauen Masken zählen jetzt nicht mehr, jetzt gibt es nur noch FFP2! Denn dann kratzen wir wieder an der Akzeptanz. Ich weiß, dass die statt einer 92-prozentigen eine 95-prozentige Sicherheit bieten, klar. Aber wenn ich jetzt den Leuten sage: „Kauf dir jetzt schön die blauen Masken!“, zwei Wochen später sage ich aber: „Ätschi bättschi, jetzt musst du eine andere Maske tragen!“, dann fühlen sich die Leute veräppelt. Da müssen wir aufpassen, sonst verlieren wir die Akzeptanz.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Ich finde es übrigens hervorragend, wie man das Recht auf Homeoffice hinbekommen hat. Das ist wirklich der Klassiker eines Kompromisses: zwischen absoluter Homeoffice-Pflicht und sehr viel Angst davor. Ich finde, man muss davor keine Angst haben. Dass man das aber nur unter bestimmten betrieblichen Voraussetzungen zulässt, bedeutet, dass man sich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abstimmen muss. Der Arbeitnehmer ist leider Gottes da auch ein bisschen in der Beweisspflicht, dass es auf seinem Arbeitsplatz möglich ist, Homeoffice zu machen.

Mein starker Appell geht deshalb an die Arbeitgeber: Bitte, liebe Arbeitgeber, macht alles möglich! Die Situation ist jetzt so, dass nicht jeder Arbeitnehmer sofort zu seinem Arbeitgeber läuft und sagt: „Ich möchte jetzt Homeoffice machen!“. In der wirtschaftlichen Situation, in der wir uns jetzt befinden, sind die möglicherweise auch etwas zurückhaltend. Das kann man menschlich verstehen. Deshalb von uns ganz klar der politische Appell: Wir wissen, dass diese Formulierung nicht ideal ist und einen Kompromiss darstellt, aber, liebe Arbeitgeber, macht alles möglich, damit die Leute zu Hause bleiben können! Es ist wichtig, dass die Leute zu Hause bleiben können, damit wir möglichst wenig Kontakte haben. Es hat auch die Wirtschaft eine Verantwortung, hier mit anzupacken.

Meine Damen und Herren, die Verlängerung der bestehenden Maßnahmen - ich glaube, darüber sind wir uns alle einig - bis zum 14. Februar 2021 ist richtig. Das ist nicht allzu lang. Meine Vermutung ist, dass das noch den gesamten Februar fortgesetzt werden wird. Es würde mich wundern, wenn es nicht dazu kommt. Aber ich glaube, dass das vernünftig ist.

Am Ende geht es ja auch darum - das ist das, was wir heute auch schön in der Zeitung lesen konnten und was der Kollege Vogt angesprochen hat; die FDP hat es öffentlich gemacht -, dass wir eine Re-

gelung finden müssen, wie wir im Vorwege diese Beschlüsse beeinflussen können. Am einfachsten ist es vielleicht, heute schon einmal zu sagen, welche Haltung man zu bestimmten Dingen hat.

Wenn ich mir die Teststrategie bei uns anschau, dann ist diese ausbaufähig - um das einmal so zu sagen. Ich glaube, wir müssen mehr testen. Ich vergleiche das einmal mit Dänemark. In Dänemark kann sich jeder testen lassen, in Deutschland wird nur bei einer vermuteten Ansteckung getestet, oder ich muss privat durch die Gegend laufen, wenn ich Lust dazu habe, und dafür auch bezahlen. In Dänemark ist es so, dass es Menschen gibt, die sich beim Testzentrum online anmelden - diese Möglichkeit gibt es hier bei uns oft auch nicht -, dann dort hingehen, sich testen lassen, weil man ein Familienmitglied besuchen möchte. Dann geht man einfach zum Test, der kostet ja auch nichts, und hat dann die Sicherheit, dass man negativ ist. Dann kann man schön zur Oma, zum Enkel oder sonst wo hinfahren.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Na ja, eine hohe Wahrscheinlichkeit!)

- Die Wahrscheinlichkeit ist relativ hoch, dass man da sicher ist.

All das haben wir hier nicht. Wenn jemand hier einen Test machen möchte, um die Oma zu besuchen, dann kann man sich nicht online anmelden, sondern man fährt zu einem Testmobil, stellt sich in die Eiseskälte, wartet ab, steht in Schlangen und wird irgendwann getestet. Dafür darf man dann auch noch Geld bezahlen. Es gibt natürlich viele Menschen, die sagen: Nein, dann mache ich das doch nicht. - Manche verzichten vielleicht auch auf den Besuch der Verwandten, aber irgendwie ist es nicht klug, dass Leute aus finanziellen Gründen und, weil der Aufwand zu groß ist, auf eine Testung verzichten. Ich glaube, daran müssen wir noch ein bisschen arbeiten.

Unabhängig davon brauchen wir aber auch noch mehr Laborkapazitäten. In den letzten drei Monaten hatten wir immer um die 200 Labore, die Testergebnisse gemeldet haben. Anfang letzten Jahres waren das noch nur 90 Labore, seitdem ist die Zahl der Testungen gestiegen. Jetzt haben wir aber eine gewisse Stagnation. Auch da sollte man schauen, ob man nicht Kapazitäten ausweiten kann.

Ein Letztes zu diesem Bereich: Für uns ist es auch ganz, ganz wichtig, dass man schaut, wie man das mit den Altenheimen und Seniorenheimen hinbekommt. Da ist es tatsächlich noch so, dass teilweise Besucher ohne eine Testung - Einzelbesucher, die

(Lars Harms)

angemeldet sind und berechtigt sind, eine Person zu besuchen - dort reinkommen. Ich glaube, es ist schlauer, die Leute zu testen. Denn dann haben wir eine höhere Sicherheit in dem Heim und können auch dem Besucher die Sicherheit geben, nicht am Ende für irgendwelche schlimmen Dinge verantwortlich zu sein.

Ich weiß, worüber ich rede, weil ich in den letzten Monaten meinen Vater regelmäßig im Krankenhaus besuchen durfte. Dort war es auch immer möglich, ohne eine Testung in das Krankenhaus hineinzukommen. Im Nachhinein muss ich sagen, dass das ein hohes Risiko war. Es wäre schlauer gewesen, man hätte mich getestet. Ein Antigentest ist relativ einfach machbar. Dann muss man eben 20 Minuten warten, bis der durch ist. Aber dann hätte man die Gewähr, dass man in ein Krankenhaus nichts hineinträgt. Gleiches gilt auch für Alten- und Pflegeheime. Vor dem Hintergrund glaube ich, dass wir da noch etwas ändern müssen.

Kommen wir zur Impfstrategie: Auch da finden wir es vernünftig, dass man erst Ältere impft, dass man in Altenheimen impft, dass man die Beschäftigten impft. Wir haben aber inzwischen aufgrund der Rückmeldungen festgestellt, dass es auch andere Gruppen gibt, die durchaus auch berechtigt wären, frühzeitiger oder als allererste geimpft zu werden.

Zum Beispiel haben wir derzeit die Situation, dass die Beschäftigten, die in einer Einrichtung arbeiten, in der Dialysen durchgeführt werden, das Recht haben, geimpft zu werden - was gut und sinnvoll ist. Aber die, die dort liegen und an der Dialyse sitzen, die Kranken, die haben dieses Recht nicht. Da wäre es natürlich schlau, solchen Gruppen, egal, welches Alter sie haben, auch entsprechend die Möglichkeit zu eröffnen, geimpft zu werden. Ähnliches gilt natürlich auch bei anderen Krankheitsbildern. Bei Menschen, die Krebs haben, ist es mir egal, ob die 80 oder 23 Jahre alt sind. Die sollen eine Chance haben, geimpft zu werden, weil das ganz wichtig ist, dass wir da eine Sicherheit haben, dass Menschen, die sonst lebensbedrohlich erkranken könnten, geimpft werden.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Dazu, weil es von einigen schon angesprochen worden ist, sollten wir jetzt versuchen, zur Klarheit beizutragen. Ich habe diesen berühmten Artikel im „Hamburger Abendblatt“ auch gelesen: 72.000 Impfdosen in Schleswig-Holstein, davon sind etwas mehr als 69.000 verimpft, da bleiben 3.000 über. Wir haben jetzt die Situation, dass die Zweitimpfungen in einem ganz bestimmten Zeitraum stattzu-

finden hat. Es sehe so aus, dass mehr Impfdosen benötigt werden als die 3.000, die wir derzeit auf Lager haben. Nun hat man erst einmal die Impfungen eingestellt, das ist auch vernünftig. NRW ist übrigens bei den verimpften Dosen bei der Zahl null. Die haben noch viel größere Schwierigkeiten. Aber ich habe bisher nur gehört, es werde irgendwie schon gehen.

Mir wäre es ganz lieb - das ist jetzt keine Kritik -, wenn der Gesundheitsminister vielleicht kurz darstellen könnte, wie es geht. Ein solcher Artikel sollte nicht unwidersprochen so stehen bleiben. Wenn wir da irgendeine Perspektive haben, wie wir an Impfstoff herankommen oder wie wir es geregelt kriegen, dass die Zweitimpfungen stattfinden können, sollte das hier im Landtag gesagt werden. Dann hätten wir etwas mehr Klarheit für die Bevölkerung, meine Damen und Herren.

Ein Letztes: Wie soll es weitergehen? Das ist ein richtiger Gedanke, den der Ministerpräsident in die Verhandlungen eingebracht hat, dass wir eine Perspektive bekommen, wie es in Zukunft aussehen soll.

Ich kann Ihnen sagen: Unsere Priorität liegt eindeutig bei Schulen und Kitas. Da bestehen die größten Probleme, da müssen wir am Schnellsten handeln.

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Familien mit mehreren Kindern, vornehmlich dann sogar, wenn beide Elternteile arbeiten: Da ist richtig Attacke, da ist richtig Alarm, da hat man richtig etwas zu tun zwischen Arbeit, Homeschooling, möglicherweise noch mit Verwandten, die man mit betreuen muss. Für die muss man Regelungen schaffen, damit diese Familien entlastet werden können.

Es geht aber nicht nur darum. Ich will Ihnen einmal ein Beispiel nennen: Große Teile des Bildungs- und Teilhabepakets sind mehr oder weniger an den Schulbesuch gebunden. Alle diese Kinder und Jugendlichen, die auf dieses Bildungs- und Teilhabepaket angewiesen sind, können dieses gerade nicht nutzen. Das führt zu riesigen Problemen. Es geht dabei unter anderem auch um die berühmte warme Mahlzeit, es geht aber auch um viele andere Dinge, die wichtig für die Entwicklung dieser Kinder sind. Deswegen ist es eben auch richtig, Stück für Stück, wenn wir es können, Schulen und Kitas wieder zu öffnen. Um es auch klar zu sagen: Ich weiß, dass in den sozialen Netzwerken das Geschrei von manchen groß ist, die sagen: dichtmachen, dichtmachen, dichtmachen! - Die Haltung darf man natürlich haben. Aber ich glaube, wir haben als Politik

(Lars Harms)

eine etwas andere Verantwortung. Wir müssen - leider, wenn man so will - abwägen zwischen der Frage der Bekämpfung der Pandemie und der Frage, wie wir das hinbekommen können, dass wir gleichzeitig in der Lage sind, den Schülerinnen und Schülern, den Kindern und den Jugendlichen eine Perspektive zu bieten und ihnen das zu geben, was sie unbedingt haben müssen.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Serpil Midyatli [SPD])

Was aber nicht geht, was wirklich nicht geht, ist, dass es Sonderrechte für Geimpfte gibt. Das kann nicht sein. Der Impfstoff ist knapp. Da kommt kaum einer ran. Wir reden gerade darüber, dass es ziemlich knapp wird, überhaupt eine Zweitimpfung hinzubekommen. Und dann heißt es auf einmal von irgendwelchen Menschen, wir müssten zulassen, dass die Leute in die Kinos gehen können. Meine Damen und Herren, das ist der falsche Weg.

Wenn man es rechtlich begründen wollte, müsste man eigentlich sogar sagen, dass dort, wenn man im Kino so große Abstände macht, auch ungeimpfte Personen sitzen und Kinofilme schauen können. Der Eingriff ist wahrscheinlich bei denjenigen, die dort einfach nur hingehen und Abstand halten, geringer als bei denjenigen, denen ich im Prinzip zumute, sich unbedingt impfen zu lassen, um dann eben auch in den Genuss eines Kinobesuchs zu kommen. Deswegen ist so etwas schwierig. Vor dem Hintergrund sollten wir diese Diskussion ganz schnell beenden. Es geht dann im Prinzip darum, unter welchen Bedingungen man überhaupt wieder öffnen kann - und dann: Öffnen für alle unter diesen Bedingungen!

(Beifall Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Worum geht es dabei? Es geht dabei vor allen Dingen um die Wirtschaft, weil es am Ende - das müssen wir auch wissen - darum geht, dass Leute wieder ihr Geld verdienen können. Wir können hier - ähnlich wie manche Berufsgruppe - ganz locker stehen und sagen: „Mensch, lasst uns doch ein bisschen Pandemieschutz machen!“, weil unser Gehalt fließt.

Es gibt aber auch genügend Menschen, wo das nicht so ist, wo es einfach schwierig ist, die in Kurzarbeit sind, wo Menschen auch darüber nachdenken: Was passiert mit meinem Betrieb, überlebt er noch, werde ich vielleicht in drei, vier oder fünf Monaten arbeitslos? Auch an diese Menschen müssen wir denken, und wir müssen ihnen eine Perspektive geben. Das habe ich auch schon in der Dezember-Tagung des Landtags gesagt. Ich gehe da-

von aus: Länger als bis Februar 2021 halten wir das nicht durch. Das müssen wir wissen. Wir halten es nicht durch, die komplette Wirtschaft am Boden zu halten.

Das bedeutet für uns, dass wir uns jetzt Gedanken machen müssen, wie wir Wirtschaft Stück für Stück vorsichtig aufmachen können und dabei natürlich immer noch den Infektionsschutz im größtmöglichen Umfang gewährleisten.

Das ist für uns wichtig. Wir haben auch eine Verantwortung gegenüber denen, denen es jetzt wirtschaftlich schlecht geht, weil ihre Arbeitsplätze bedroht sind, weil sie sie manchmal schon nicht mehr haben, weil sie in Kurzarbeit geschickt sind, weil sie weniger arbeiten, weil sie möglicherweise auch ihren Job als Soloselbstständige im Prinzip schon haben aufgeben müssen. Deswegen ist es wichtig, dass wir den Leuten heute schon eine Perspektive geben, dass sie heute schon wissen, wie sie ihre Betriebe weiterführen können und wie sie als Mitarbeiter sich zu verhalten haben, wenn sie wieder in den Betrieben arbeiten können.

(Beifall Christian Dirschauer [SSW] und Dennys Bornhöft [FDP])

Das heißt für uns: Wir müssen wissen, unter welchen Bedingungen darf die Gastronomie wieder aufmachen, welche Auflagen gibt es für die berühmten Friseure, gibt es eine Gruppenbegrenzung in den Einzelhandelsgeschäften bei einer bestimmten Inzidenz oder nicht?

Mir ist klar, dass ich durch solche Pläne natürlich nicht in irgendeiner Art und Weise die Ansteckungsgefahr minimiere, das ist auch nicht das Ziel solcher Pläne, sondern es geht darum, mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, damit sie wissen, worauf sie sich in Zukunft einlassen müssen. Das ist das Entscheidende, damit klar ist: Politik ist für die Bürgerinnen und Bürger verlässlich, und Politik ist berechenbar. Sie wissen dann genau, was in Zukunft kommt.

Das gilt eben auch für andere Bereiche, beispielsweise für Kultur: Kann man in einem Orchester wieder zusammenspielen, kann man nicht zusammenspielen? Unter welchen Bedingungen geht das? Welche Abstände muss man da einhalten? Es geht um den Sport: Kann man in Mannschaftssportarten - auch ohne dass man Kontakt hat - zumindest trainieren?

Kann man das vielleicht erst für Jugendliche zulassen und später für die Erwachsenen, weil sie möglicherweise besser damit umgehen können und viel-

(Lars Harms)

leicht die Bewegung an der frischen Luft oder in der Halle nicht so sehr brauchen? All das ist wichtig. All das müssen wir im Vorwege regeln. All das muss im Vorwege bekannt sein.

Es ist, glaube ich, auch ganz wichtig - da gebe ich allen Vorrednern recht -, dass wir das bundesweit machen. Es kann nicht sein, dass wir hier andere Regelungen haben als andere Bundesländer. Das ist grundsätzlich ein Fehler. In Hamburg gibt es, wie ich heute Morgen gelesen habe, in den Kindergärten einen eingeschränkten Regelbetrieb, während wir bei uns eine Notbetreuung haben. Diese gilt nur im absoluten Notfall für ganz bestimmte Gruppen. Noch nicht einmal in jedem Notfall können die Kinder dort hingeschickt werden, sondern nur dann, wenn man in bestimmten Berufen tätig ist. In Hamburg aber hat man einen eingeschränkten Regelbetrieb. Wie will ich das draußen erklären? Wie will ich den Leuten im Grenzgebiet von Hamburg und Schleswig-Holstein erklären, dass auf der jeweils anderen Seite komplett andere Regeln gelten? - Das geht so nicht. Wenn bei den Treffen zwischen Ministerpräsidenten und Bundeskanzlerin Vereinbarungen getroffen werden, dann müssen sie für alle gleichermaßen gelten. Sicherlich kann man in Nuancen manchmal Dinge anders machen, klar; das wollen wir auch hier in Schleswig-Holstein. Aber es darf nicht so grob auseinanderliegen.

Das gilt auch für das Öffnungskonzept. Da darf es keine Unterschiede geben; denn sonst passiert in der Tat das, was andere auch schon gesagt haben, nämlich dass man schnell mal auf die andere Seite der jeweiligen Landesgrenze fährt, um einkaufen zu gehen, einem Sport nachzugehen oder einer kulturellen Veranstaltung beizuwohnen. Das kann es nicht sein, sondern die Regeln müssen überall gleich sein. Das ist eine große Herausforderung. Ich erwarte, dass das Konzept, das diesbezüglich angekündigt worden ist, schnell kommt, also nicht erst im April; dann ist es zu spät. Vielmehr müssen wir spätestens Anfang März 2021 wissen, was dann passiert. Eigentlich müsste das sogar schon Ende Februar der Fall sein, wenn man ehrlich ist. Anders kann es nicht sein; denn wenn wir möglicherweise am 1. März 2021 - das ist so meine Vermutung - wieder aufmachen, ganz klein, dann muss man wissen, wie das geschieht. Die Menschen müssen es nach Möglichkeit zwei, drei oder vier Wochen vorher wissen, damit sie sich darauf einstellen können. Betriebe, aber auch kulturelle Einrichtungen müssen eine gewisse Vorlaufzeit haben, damit sie die Auflagen, die dann kommen, entsprechend erfüllen können. Deswegen ist es ganz wichtig, vorzuarbeiten und schnell zu arbeiten. Auch Politiker und Ver-

waltungsmenschen sind ja jetzt im Homeoffice, und dieses Homeoffice sollten wir dafür nutzen, um ein solches Konzept schnell zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren, was bleibt am Ende? - Es bleibt natürlich immer der Dank an die Bevölkerung. Ich finde immer noch, dass wir Menschen in Schleswig-Holstein sehr gut zusammenarbeiten. Es sind viele, die sich an alle Regeln halten und sich wirklich größte Mühe geben, das irgendwie hinzubekommen. Ein paar schräge Vögel hat man immer. Aber da helfen nur Kontrollen und ab und zu auch mal Bußgelder. Ich habe festgestellt: Zumindest bei uns in Nordfriesland werden solche Bußgelder auch verhängt. Ich finde im Übrigen, das sollte man auch einmal öffentlich sagen, was ich ja gerade tue; denn es wirkt ganz anders, wenn man merkt, dass Dinge, die beschlossen worden sind, vom Staat entsprechend durchgesetzt werden. Vor dem Hintergrund danke ich auch allen denjenigen, die das, was wir hier beschließen, vor Ort durchsetzen.

Vor allen Dingen - das steht ja auch in dem Papier - danke ich den Gesundheitsämtern, die wirklich eine absolut fantastische Arbeit leisten, und zwar nicht nur diejenigen, die dort normalerweise beschäftigt sind, sondern auch diejenigen, die dort freiwillig mithelfen oder aus anderen Bereichen abgeordnet sind, um die Gesundheitsämter zu unterstützen, beispielsweise die Bundeswehrsoldaten. Das ist eine großartige Leistung. Die Leute haben echt Stress. Es ist kein Vergnügen, dort jetzt zu arbeiten. Das ist wirklich - beinahe hätte ich gesagt - tiefstes Ehrenamt. Was die Leute dort verdienen, ist auch nicht unbedingt die „Mörderkohle“, und sie machen wirklich eine tolle Arbeit. Das ist etwas, wovon ich großen Respekt habe. Es ist wirklich Stress und eine große Verantwortung, die ganzen Infektionsketten zurückzuverfolgen und dann, wenn man den Bürgerinnen und Bürgern in irgendeiner Weise Einschränkungen auferlegen muss, noch freundlich, ruhig und entspannt zu sein. Es ist schon klasse, was dort geleistet wird.

(Beifall SSW und FDP)

Vor dem Hintergrund kann ich nur sagen: Wenn wir genauso ruhig und entspannt weiterarbeiten wie die Beschäftigten in den Gesundheitsämtern, dann werden wir das alles locker hinkriegen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, „Solidarisch und optimistisch in das Jahr 2021“ blicken, so hieß es noch in Ihrer Regierungserklärung am 7. Januar 2021. Ihre Erklärung schloss sich nahtlos an die Erklärung vom 27. November 2020 an, die mit „Wir sind der Schlüssel - Herausforderungen gemeinsam meistern“ überschrieben war. Ende Oktober letzten Jahres lautete der Titel Ihrer Regierungserklärung „In der Krise zusammenhalten - Corona-Pandemie erfolgreich bewältigen!“ - alles wohlklingende Worthülsen, Herr Günther. Leider waren die schönen Überschriften und die vielen Floskeln nicht viel mehr als bloßes Hinhalten, eine Salomitaktik, um die Ideenlosigkeit und das Versagen der Landesregierung zu kaschieren. Sie sagten am 29. Oktober 2020 wörtlich:

„Wir müssen uns bei alledem, was wir machen, vier Wochen lang erheblich disziplinieren, damit wir im Dezember sagen können, dass wir das Infektionsrisiko gehemmt haben.“

Einen Monat lang dürfe der Lieblingenkel halt mal nicht zu Besuch kommen. Restaurants zu, Kinos zu, Kulturveranstaltungen untersagt, Amateursport untersagt, alles einen Monat lang. Die Bürger mögen bitte vier Wochen verzichten.

Vier Wochen später war von den Lockerungen nach der gesellschaftlichen Anstrengung dann keine Rede mehr. Einen Monat später war die landesweite Inzidenz bei knapp unter 50, und Sie erklärten selbst vor der Ministerpräsidentenkonferenz, es gebe keinen Grund für Verschärfungen. Zwischenzeitlich gab es in einzelnen Bereichen Erleichterungen, nicht aber in der Gastronomie, nicht im Gastgewerbe. Vielmehr forderten Sie weitere Geduld - ich zitiere -:

„Damit wir dann ab Januar 2021 weitere Öffnungen vornehmen können, die übrigens von Dauer sein sollen, ...“.

Wir alle wissen, es kam anders. Am 16. Dezember 2020 musste ein Großteil des Einzelhandels schließen. Die angekündigten Lockerungen zu Weihnachten wurden wieder kassiert. Die Maßnahmen sollten nun bis zum 10. Januar 2021 gelten. Doch bereits am 7. Januar 2021 war klar, und es stand längst fest, der Lockdown wird bis Ende Januar andauern. Da hatten Sie durchaus einen bemerkenswert richtigen Gedanken formuliert. Sie sagten - ich zitiere -:

„Unser Ziel kann doch nicht sein, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern alle drei Wo-

chen erklären: Die Maßnahmen haben leider nicht so geklappt, wie wir es uns vorgestellt haben, wir müssen Sie leider noch einmal vertrösten, es bleibt weiterhin alles geschlossen.“

(Zuruf: Was für ein Geschwätz!)

Tatsächlich, Herr Günther, bleibt von diesem richtigen Gedanken in der Realität nichts übrig. Sie haben jetzt sogar nur zwei Wochen gebraucht, bis Ihnen eingefallen ist, dass die Maßnahmen bis Mitte Februar verlängert werden müssen.

(Zuruf: Mutation!)

Sehr geehrter Herr Günther, kein Mensch im Land nimmt Ihre Ankündigungen noch für bare Münze. Sie sind der König der Salomitaktik, der Kaiser der leeren Versprechungen,

(Zuruf: So ein Unsinn!)

und die Geschichten des Barons von Münchhausen hatten mehr Bezug zur Realität als Ihre Regierungserklärungen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Jetzt ist aber mal gut hier! - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, die wichtigste Währung in einer Krise ist Vertrauen, und das Vertrauen der Bürger in die Landesregierung verspielen Sie gerade mit jeder Pirouette, mit der Sie mit vielen Worthülsen ganz solidarisch mehr Disziplin und noch etwas Geduld einfordern. Ich sage es aber ganz deutlich: Von dieser Solidarität der schönen Worte haben die vielen Einzelhändler, die Friseure, die Gastwirte und die Künstler im Land die Nase gestrichen voll. Sie kämpfen zu Tausenden um ihr wirtschaftliches Überleben, meine Damen und Herren. Sie kämpfen um ihre bloße Existenz.

(Zuruf: Ihre Antwort!)

Die versprochenen Hilfen, Novemberhilfen, Dezemberhilfen, Überbrückungshilfen III und wie sie alle heißen, werden erst Monate später ausgezahlt, wenn es gut läuft, im April oder Mai. Dabei ignorieren Sie, Herr Günther, dass viele Regeln, die Sie selbst vor wenigen Wochen noch verteidigt haben, durchaus funktioniert haben. Der Einzelhandel hat beispielsweise gezeigt, dass er verantwortungsvoll mit funktionierenden Hygienekonzepten operieren kann. Im November war das für Sie noch ganz selbstverständlich. Jetzt soll das bis mindestens Mitte Februar nicht mehr gelten.

Wie immer gilt auch dieses Mal: Einzelne neue Maßnahmen sind durchaus vernünftig. FFP2-Mas-

(Jörg Nobis)

ken beispielsweise sind sicherlich viel geeigneter als aus unterschiedlichsten Materialien selbstgenähte. Ich sage das auch ganz selbstkritisch. In diesem Punkt kritisiere ich auch Kollegen meiner eigenen Partei.

(Zuruf: Hört! Hört!)

Auch die Forderung nach mehr Homeoffice ist nicht falsch, geht aber leider vielfach an gesellschaftlichen und auch betrieblichen Realitäten vorbei.

Einzelne vernünftige Maßnahmen täuschen daher nicht darüber hinweg, dass Sie nach wie vor unverhältnismäßige Maßnahmen verordnen, die hochgradig schädlich für viele Bereiche unserer Gesellschaft sind. Da spreche ich einerseits von der Wirtschaft, andererseits insbesondere vom Bildungsbereich. Die Aussetzung des Präsenzzunterrichts bis vorerst Mitte Februar heißt, dass Sie weitere sechs Wochen Bildungschancen reduzieren, dass Sie in Kauf nehmen, dass gerade diejenigen Schüler abgehängt werden, die intensive Beschulung vor Ort am dringendsten benötigen. Natürlich bürden Sie auch den Eltern eine enorme Last auf.

All das wäre, verbunden mit einer klaren Perspektive, gerade noch so erträglich. Aber anstatt einen konkreten Lockerungsplan aufzustellen, wie ihn etwa die kommunalen Verbände im Land jetzt gefordert haben und wie wir als AfD ihn bereits im April letzten Jahres gefordert haben, kommen Sie wieder mit der nächsten Zwei- bis Dreiwochenperspektive daher.

Herr Ministerpräsident, Sie reihen einen Lockdown an den nächsten und eine Regierungserklärung an die nächste.

(Zuruf: Das macht auch Sinn!)

Bei Ihrer nächsten Regierungserklärung können Sie dann die Überschrift vom April letzten Jahres wiederverwenden. Die lautete: „Unser Weg aus der Krise - Perspektiven für Schleswig-Holstein“. Das zeigt eigentlich, wie beliebig diese Regierungserklärungen und Worthülsen sind. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauer und Zuhörer!

Das Murretierritual wiederholt sich. Die Länderchefs und Frau Merkel beschließen weitere Verschärfungen. Ministerpräsident Günther erklärt daraufhin, dass die Maßnahmen sehr hart, aber eben notwendig seien, und wir alle hofften, das nun endlich alles gut werde.

Dabei ist der Erfolg der bisherigen Teil-Lockdowns, harten Lockdowns, Wellenbrecher-Lockdowns allenfalls bescheiden, jedenfalls übersichtlich. Die Zahlen, die Inzidenzwerte zeigen sich weitgehend unbeeindruckt. Nicht einmal dort, wo man zu Recht von gut funktionierenden Hygienekonzepten und Schutzmaßnahmen ausgehen können sollte, lässt sich das Virus aufhalten. In Husum und Kiel kam es selbst in Krankenhäusern zu Ausbrüchen. Und - viel schlimmer noch - das Sterben gerade in vielen Pflegeheimen hat seit dem letzten Lockdown sogar noch zugenommen.

All das zeigt die weitgehende Wirkungslosigkeit der bisherigen Strategien. Statt aber umzudenken, wird nun weiter verschärft, noch mehr Salz in die Suppe geschüttet. Der Schaden der Coronamaßnahmen wird dabei in Kauf genommen, obwohl der Nutzen nicht bewiesen ist. Eigentlich steht er sogar in den Sternen.

Mit den gestrigen Beschlüssen dürfte der Bogen aber nun endgültig überspannt sein. Die Bürger akzeptieren eben nicht, dass sie auf all das verzichten sollen, was das Leben ausmacht: Einkaufen, Freunde, Kultur, Reisen, Bildung, Kirche, Arztbesuche, Spazieren gehen, Friseurbesuche oder Sport. All das findet nur noch sehr eingeschränkt statt oder ist sogar ganz verboten. Der Grund dafür, dass das überhaupt so lange durchsetzbar ist, ist schlicht und ergreifend der, dass nach wie vor mit immer neuen Angstszenarien operiert wird. Bußgeldandrohungen tun dann ihr Übriges.

Mit Akzeptanz der Maßnahmen hat all das nichts zu tun. Dabei ist es gerade die Akzeptanz, die einen wirklichen Turnaround bewirken würde. Denn entgegen der landläufigen Meinung ist das Ansteckungsrisiko nach einer Studie der Universität Rostock, über die gestern in der Zeitung berichtet worden ist, im öffentlichen Raum, in Schulen, in Betrieben deutlich geringer als im privaten Bereich. So gesehen sind Schulschließungen und erst recht das Recht auf Homeoffice kontraproduktiv, denn durch die erzwungene Häuslichkeit wird das Ansteckungsrisiko mitunter verschärft. Man muss sich also jeden Einzelfall genau ansehen.

Wenn dazu noch kommt, dass die Lockdown-Verschärfungen von immer mehr Bürgern allenfalls

(Dr. Frank Brodehl)

noch oberflächlich mitgetragen werden, statt deren Eigenverantwortlichkeit zu aktivieren, zeigt das, wir befinden uns in einer Sackgasse. Die Coronapolitik hat in eine Sackgasse geführt. Das zeigt, dass wir umdenken müssen und überlegen: Was hat gewirkt, und was hat nicht gewirkt?

(Bernd Heinemann [SPD]: Was ist die Lösung?)

Wer A sagt, muss noch lange nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war, dass A die Infektions- und Sterberaten nicht drücken konnte, dass A unverhältnismäßig war, dass A zu enormem Leid geführt hat. Ich danke der Kollegin von Kalben, dass sie klar gesagt hat, dass das keine Einzelfälle sind. Das, was Frau von Kalben gesagt hat, findet hier im Land landauf, landab statt.

Jetzt wieder zu sagen, dass wir mehr A brauchen, um Corona endlich zu besiegen, ist eben keine Perspektive, wie Sie, Herr Ministerpräsident, immer wieder sagen. Das dürfte erst recht gelten, wenn sich die Befürchtungen bewahrheiten, dass sich die B.1.1.7-Virusvariante wirklich so schnell verbreitet wie befürchtet. Experten sind sich einig darüber, dass eine Explosion dann auch nicht über einen Super-Lockdown verhindert werden kann.

Währenddessen legen Frau Merkel und die Ministerpräsidenten auf alles, was sich bewegt, eine Betonplatte. Der Kollateralschaden wird dieses Land weitaus mehr treffen als das Virus selbst. Es ist höchste Zeit umzukehren. Geben Sie den Menschen ihr Leben zurück. - Vielen Dank.

(Bernd Heinemann [SPD]: Was ist die Lösung? - Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Die Menschen leben noch!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort. Dabei nutzt sie die Restredezeit der CDU-Fraktion.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir uns eben gerade anhören mussten, ist schon unerträglich. Ich möchte das nicht so stehen lassen. Wie sehr sich die Pandemie auswirkt und welche Schreckensbilder sie erzeugt, sehen wir an der Situation in Großbritannien und in Irland. Das ist ein Beispiel dafür, wie schnell sich eine vermeintlich gute und relativ entspannte Situation drastisch verändern kann.

Noch Ende letzten Jahres haben die Iren gefeiert. Ja, sie haben ein Stück weit Freiheit zurückbekommen. Sie haben sich der Lage angepasst, die sich leicht entspannt hatte. Es kam auch Hoffnung auf, weil die ersehnten Impfungen ankamen. Sie sind avisiert. Coronamaßnahmen konnten zurückgenommen werden.

Doch dann kam die Coronamutation in diese Länder, die alles wieder zunichtemachte. Innerhalb weniger Tage - Tobias Koch hat es gesagt, elf Tage waren es - mussten sie die wiedergewonnene Freiheit zurückgeben und gegen noch stärkere Maßnahmen und Einschränkungen eintauschen. Bis auf ganz wenige Ausnahmen dürfen beispielsweise in Großbritannien die Menschen das Haus oder die Wohnung gar nicht mehr verlassen. Seitdem herrscht in den Krankenhäusern allerhöchste Alarmstufe. Sogar ein Kollabieren der medizinischen Krankenversorgung liegt im Bereich des Möglichen. Das muss man sich einmal vorstellen. Es brennt!

Deswegen ist es auch bei uns in Schleswig-Holstein höchste Zeit, auf diese Mutation des Virus zu reagieren. Dachten wir noch kürzlich, wir seien auf einem guten Weg, müssen wir uns heute erneut neuen Coronaherausforderungen stellen. Viele der immer transparent kommunizierten Entscheidungen und Maßnahmen zwingen uns, die Lage kurzfristig neu zu bewerten und weitere harte Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung auf den Weg zu bringen oder zu verlängern. Natürlich ist es nicht nur wichtig, auf der Bundesebene einheitlich vorzugehen - das ist sehr wichtig -, vielmehr ist es auch Zeit, durch einen inzidenzabhängigen Maßnahmenkatalog Transparenz für künftige Öffnungen zu schaffen.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

- Wie das Kind schlussendlich heißt, ist relativ wurscht, Hauptsache, es funktioniert und gibt den Menschen die Zuversicht wieder, dass alles mal ein Ende hat und wieder Planungssicherheit herrscht.

Für uns ist es selbstverständlich, alle bislang getroffenen Regelungen stets zu überprüfen und zu bewerten, um sie an die allgemeine Lage anzupassen. Außer Frage steht dabei, dass wir uns natürlich für eine rasche Steigerung der Impfstoffproduktion und den intensiven Ausbau der Testmöglichkeiten auf die unterschiedlichen Virusvarianten einsetzen. Gleichzeitig engagieren wir uns aber auch für eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit FFP2-Masken und OP-Masken. Das ist selbst-

(Katja Rathje-Hoffmann)

verständlich. Die FFP2- und OP-Masken-Pflicht im ÖPNV und in Geschäften ist für einen besseren Virenschutz sehr hilfreich und vor allen Dingen sehr wirksam.

Die bisherigen Regeln zu den aktuellen Kontaktbeschränkungen sind ausreichend, eine Verschärfung ist derzeit nicht erforderlich. Ich bin sehr froh darüber - denn was wollte man eigentlich noch verändern? Die Situation ist gerade für größere Familien schon schwierig genug.

Auch eine von vielen ins Spiel gebrachte nächtliche Ausgangssperre - das haben wir gehört - kommt für uns nicht infrage. Darüber sind sehr viele Menschen glücklich, denn sie müssen abends vielleicht mit dem Hund hinaus. Es ist einfach nicht erforderlich, dass so etwas in Schleswig-Holstein zurzeit überhaupt angedacht wird.

(Unruhe)

Ergänzend appelliere ich an die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, ihren Beschäftigten sehr großzügig Homeoffice zu ermöglichen. In diesem Bereich stärken wir die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist ein wertvoller Beitrag zu unserer aller Sicherheit. Denn es kommt darauf an, Kontakte zu vermeiden, und bisher haben wir die Arbeit ziemlich ausgeklammert.

Meine Damen und Herren, es ist wirklich sehr schwer, das alles so lange zu ertragen. Aber wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sind sturmerprobt und wissen: Wat mutt, dat mutt, morgen scheint die Sonne wieder, und dann haben wir es irgendwann überstanden. Wir bleiben zäh und halten dagegen. Die Botschaft sollte sein: Wir müssen das tun, was zu tun ist. - Danke schön.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich sehe nicht, dass von den Restredezeiten der Fraktionen Gebrauch gemacht werden soll. Dann kommen wir jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer andere kritisiert, sollte zumindest nicht sehr offensichtlich Unwahrheiten verbreiten.

Erstens: Der Lockdown habe nichts gebracht. - Am 23. Dezember 2020 lag die offizielle Inzidenz bei

195. Sie wäre wahrscheinlich auf weit über 200 gestiegen; wenn man sich die Dynamikdaten anguckt, haben wir den Turnaround erst am 29. Dezember 2020 gehabt. Selbst wenn wir diesen Wert und die heutige Inzidenz von 123,5 nehmen - es war immer klar, dass wir erst Mitte Januar die wahren Inzidenzen messen können; das haben alle vorhergesagt, das ist nicht überraschend -, haben wir eine Reduktion von fast 40 % erreicht. Herr Brodehl, wenn Sie sagen, das sei nichts, fordere ich Sie auf, 40 % Ihrer Diäten für wohltätige Zwecke zu spenden; das wäre dann ja nichts.

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Zweite Unwahrheit: Die Mutation ist so schlimm, dass wir quasi aufgeben könnten. Das sieht man an Irland. In Irland hatten wir in der Spitze - was für ein Land mit 5,5 Millionen Einwohnern eine Menge ist - 8.227 Infektionen am 8. Januar 2021, vor zwölf Tagen. Irland hat sich wieder für einen sehr harten Lockdown entschieden, was auch richtig war. Gestern haben sie 1.996 Infektionen gemeldet, das ist knapp ein Viertel. Wieso ist das wirkungslos? - Auch die neue Mutation reagiert auf Kontaktbeschränkungen. Das ist überhaupt nicht überraschend, wenn man sich überlegt, wie sich Menschen infizieren.

Herr Brodehl, ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie das alles wissen. Deshalb werfe ich Ihnen noch einmal vor, dass Sie das aus purem Opportunismus machen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Drittens: „Geben Sie den Menschen das Leben zurück“ - das ist ein pathetischer Schlusssatz. Wissen Sie was: Wir wollen den Menschen ihr Leben nicht nehmen, deshalb treffen wir die Maßnahmen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wer wissen will, was alles passieren kann, muss nur einmal in die Bereiche mit einer vergleichbaren Bevölkerungsstruktur gucken, in denen es zu lange ungebremst gelaufen ist - die gibt es in dieser Welt. In New Jersey zum Beispiel haben wir bereits 2.100 Tote auf eine Million Einwohner. Auf Deutschland übertragen wären das 167.000 Tote. Auch in New Jersey gibt es keine Herdenimmunität, die sind nicht durch. Die belgischen Verhältnisse auf uns übertragen bedeuteten 150.000 Tote. Wir haben jetzt bedauerlicherweise 50.000, aber 100.000 Menschen sind nicht gestorben.

(Dr. Kai Dolgner)

Wenn wir Ihren Hinweisen in Deutschland und in Schleswig-Holstein gefolgt wären, wären wir genau da. Es waren immer die Populisten, die behauptet haben, das sei nur die Grippe, das sei nicht so schlimm, man solle den Menschen das Leben zurückgeben. Und jetzt gucken Sie einmal in die Welt, wo man den Populisten gefolgt ist: Die haben dreibis viermal so hohe Totenzahlen wie wir.

(Jörg Nobis [AfD]: Selbst im Sommer hatten die Masken auf!)

„Geben Sie den Menschen das Leben zurück“ unterstellt, wir hätten Menschen das Leben genommen. Nein, wir haben Menschen geschützt. Es ist nicht immer gut gelungen. Aber die Alternative kann doch nicht sein, jetzt aufzugeben und zu sagen: Es ist sowieso alles egal, wir machen jetzt den berühmten Pesttanz.

Ich sage Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt: Man kann auch 2 m vor dem Ufer ertrinken. Das werden wir nicht zulassen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kai Dolgner, vielen Dank für die Klarstellung zu den Redebeiträgen des rechten Randes unseres Parlaments. Ich will es aber nicht ungenutzt lassen, hier auch noch einmal das eine oder andere klarzustellen.

Ich fange langsam an zu bedauern, dass sich die AfD-Fraktion zerlegt hat. Das führt nämlich dazu, dass wir hier nicht nur einen, sondern mehrere Redebeiträge unsäglicher Art erleben müssen.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Ich will begründen, warum das so unsäglich ist. Herr Brodehl, wer nicht im Obligo steht, der hat leicht raten, denn er trägt für seinen Rat nicht die Verantwortung. Wenn Sie aber wenigstens einen Rat erteilt hätten, mit dem wir uns hätten auseinandersetzen können, wäre das prima gewesen.

(Beifall FDP, CDU und SSW)

Aber sich hier hinzustellen und einfach Behauptungen in dieses Parlament hineinzublasen, die nachweislich - vielen Dank, Herr Dolgner - auch noch

falsch sind, ist bedenklich und verantwortungslos, das ist dürftig und armselig. Das muss man in dieser Deutlichkeit einmal sagen.

Die Landesregierungen in unserem Land und die Bundesregierung stehen vor immensen Herausforderungen. Natürlich ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen und darauf zu achten, dass die Problem- und Krisenbewältigung rechtsstaatlich vernünftig abläuft.

Aber das kann man nur nach bestimmten Regeln machen, die Sie befolgen sollten. Dazu gehört eben auch ein Angebot, das Sie hätten unterbreiten können, wie wir erfolgreicher auf diese Krise hätten reagieren können.

Dass unsere Landesregierung auf das Infektionsgeschehen und auf neue Erkenntnisse reagiert, können Sie doch einer Landesregierung nicht ernsthaft zum Vorwurf machen. Das ist die gottverdammte Pflicht, die die Landesregierung hier zu erfüllen hat. Sie hat zu beachten, dass auf das Infektionsgeschehen unverzüglich reagiert wird, und das wird getan.

Dass das vielleicht in der Art und Weise, wie es aus Berlin zu uns herüberschallt, nicht immer schön ist und nicht immer unser Wohlwollen trifft, mag alles sein. Aber wenn Sie kritisieren, dann will ich von Ihnen Lösungen hören, und die haben Sie nicht geliefert. Deswegen haben Sie sich selbst disqualifiziert. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren! Die Pandemie verlangt von uns sehr komplexe Abwägungen. Wir sprechen immer vom Gesundheitsschutz. Es geht aber eben nicht nur um Gesundheitsschutz. Ich muss sagen, ich bin dem Ministerpräsidenten für das Verhandlungsergebnis und dafür sehr dankbar, dass wir jetzt die AG zur Entwicklung einer zur verantwortungsvollen Öffnung der Gesellschaft eingerichtet haben, in der uns der Staatssekretär Chef der Staatskanzlei vertreten wird. Staatssekretär Schrödter hat dort eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe. Er hat eine sehr wichtige Aufgabe, denn auf ihm ruhen, das muss man einmal ganz deutlich sagen, die Hoffnungen

(Kay Richert)

von Tausenden von Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern. Es geht hier nämlich um sehr viel. Es geht in dieser Pandemie nicht um das Virus. Es geht in dieser Pandemie um die Menschen, um ihr Wohlergehen und um ihr Leben.

Vor diesem Hintergrund möchte ich noch einmal auf die Situation der Soloselbstständigen kommen. Wir haben hier nämlich einen Erfolg zu verbuchen. Ich weiß nicht, ob Ihnen allen das so bewusst ist. Seit Monaten fordern wir hier passende Hilfen für die Soloselbstständigen, die bisher - sagen wir es einmal so - ziemlich hängen gelassen wurden. Jetzt wird die unterdimensionierte Neustarthilfe von maximal 5.000 € auf maximal 7.500 € aufgestockt. Das ist ein Erfolg, den wir zu verbuchen haben. Natürlich reicht das in meinen Augen noch lange nicht aus. Ich denke, man sollte sich eher in Richtung 18.000 € pro Jahr bewegen, aber es geht wenigstens in die richtige Richtung. Dazu haben unsere Debatte hier im Plenum und auch der Einsatz von Herrn Minister Buchholz einen entscheidenden Beitrag geleistet. Darauf und auf unseren Parlamentarismus sollten wir stolz sein.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Bundesregierung verspricht jetzt, den Soloselbstständigen zügig zu helfen. Das ist auch eine gute Nachricht. Bitte sehen Sie es mir nach: Ich freue mich darüber, aber anhand der gemachten Erfahrungen werden wir hier weiter genau hinschauen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Pandemie verlangt uns seit Monaten viel ab. Seit Monaten hören wir hier die - so finde ich - ersten richtig positiven Nachrichten, denn wir Menschen brauchen Sicherheit, und Perspektiven sind für uns Sicherheit. Die Perspektive, die uns jetzt durch diese Arbeitsgruppe, in der der Chef des Bundeskanzleramts und die Chefs der Staatskanzleien sind, eröffnet wird, ist die Perspektive auf eine Vereinbarkeit von Gesundheitsschutz und öffentlichem Leben.

Unsere Aufgabe hier ist es doch, in dieser Pandemie Lösungen zu erarbeiten und vor allem Hoffnung zu geben. Das ist unsere Verantwortung, und das tun wir hier gerade. Deshalb freue ich mich, diesen Weg gemeinsam mit Ihnen zu gehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mir hat die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten sehr gut gefallen, die Entgegnung des Herrn Oppositionsführers auch. Ich möchte mich dafür ausdrücklich bedanken. Das ist eine gute Grundlage für die weitere Arbeit zu diesem Thema in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte einige Stichworte ansprechen. Wenn wir über das Thema Stufenplan sprechen, rege ich an, dass wir nicht starr nach Inzidenzen von 50 oder 60 gehen, sondern zum Beispiel auch einen Korridor einbauen. Aus Sicht des Kreises Plön, aber auch aus Sicht anderer Kreise darf ich sagen, dass man über Monate eine sehr gute Entwicklung der Zahlen hatte. Es ist mir ganz wichtig, dass man dies für die Debatte zumindest genannt hat.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eka von Kalben hat einen ganz wichtigen Beitrag zum Thema Schutzmasken geleistet. Ich möchte hinzufügen: Entscheidend ist, dass wir die guten Schutzmasken schnell - jetzt sofort - an die Leute kriegen, nicht erst in ein paar Wochen. Zu Weihnachten waren diese irgendwie nicht im Weihnachtspaket. Sie wurden nach Weihnachten ausgeliefert. Egal ob wir sie subventionieren oder kostenfrei ausgeben - Hauptsache, wir haben schnell die guten Schutzmasken. Darauf kommt es jetzt an.

(Vereinzelter Beifall FDP und SSW)

Mein nächster Punkt ist die Frage der Sachverständigen. Wäre es nicht eine Idee, dass wir als Abgeordnete immer dann, wenn die Regierung die Sachverständigen anhört, mit dabei sein könnten? Dann haben wir eine gleiche Grundlage zur Beurteilung dieses Themas. Dann können wir uns ein eigenes Bild dazu machen.

Zur Parlamentsmitwirkung: Ich kann das nur stichwortartig sagen. Der Vorschlag gesetzgeberischen Handelns steht im Raum. Damit müssen wir uns beschäftigen. Wir müssen über Wahlgesetze nachdenken. Es kann ja beispielsweise sein, dass sich die Situation nicht erleichternd entwickelt, was wir alle nicht hoffen wollen. Gleiches gilt für die Frage der Verfassungsänderung, bei der wir mit größter Aufmerksamkeit sehen müssen, ob nicht die digitale Form die bessere ist.

(Werner Kalinka)

Wir müssen über einige weitere Punkte sprechen. Ich kann diese nur stichwortartig nennen. Mich würden einige Dinge interessieren. Ich finde es inzwischen kaum noch nachvollziehbar, dass wir immer hören, die Gesundheitsämter lieferten nicht zeitig an das RKI und sie seien digital nicht gut ausgestattet. Wo stehen sie in Deutschland? Ich wüsste gern einmal, woran das liegt.

Beispielsweise steht die Frage nach den wissenschaftlichen Untersuchungen im Raum. Müssen wir nicht bald einmal mehr dazu hören, wie es zum Thema Vorerkrankungen oder auch im Zusammenhang mit anderen Fragen aussieht? Wir müssen dem Thema der wissenschaftlichen Bearbeitung im zehnten oder elften Monat eine größere Aufmerksamkeit widmen. Das halte ich für zwingend notwendig.

(Beifall SPD)

Ich würde auch gern wissen, ob wir ein Mehr an Controlling bei den Alten- und Pflegeheimen benötigen. Wir alle miteinander haben gesagt: In keinem Heim dürfen Infizierte arbeiten. Wir wollen aber auch die Freiheit der Betroffenen nicht zu sehr einschränken. Dass die Heime ein Infektionsherd sind, wissen wir inzwischen. Wir müssen uns also die Frage stellen: Müssen wir vielleicht mehr ansetzen, um die Kontrollmöglichkeiten hier zu verstärken? Ich wollte dies gern für die Diskussion anregen.

Ein letztes Stichwort: Privilegien. Lieber Kollege Harms, ich glaube, das kann man sich nicht ganz so einfach machen. Die Diskussion mag zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht richtig sein, aber wenn jemand geimpft ist, dann kann er auf Dauer nicht gleichgestellt sein mit jemandem, der nicht geimpft ist oder sich gar verweigert. Das halte ich für eine ganz notwendige Diskussion, die wir miteinander führen müssen.

Ich wollte einige kurze Stichworte und Anregungen geben, die wir jetzt in der Diskussion konkret mit aufnehmen sollten, damit wir den Kurs, um aus dieser Situation herauszukommen, gemeinsam steuern können. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jörg Hansen.

Jörg Hansen [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Nobis, Herr Brodehl, ich benutze

mal ein berühmtes Zitat: Stellen wir uns einfach alle mal dumm. Ich komme von der Systematik her und hoffe, Sie können mir folgen. Es sind nur drei Schritte, und ich glaube, wir schaffen das zusammen.

Erstens. Ich mache seit 35 Jahren Lagebeurteilungen und Ist-Stand-Analysen. Es wäre unverantwortlich, wenn ich ohne Lagebeurteilung in einen Einsatz komme, in einen polizeilichen Einsatz oder in ein Projekt gehen würde. Das ist Schritt eins.

Man kann darüber diskutieren, ob die Lagebeurteilung unzureichend war. Darüber diskutieren wir ja auch gerade. Aber Sie gehen auch noch von falschen Annahmen aus. - Vielen Dank, Herr Dr. Dolgner.

Schritt zwei: Danach richten sich die Maßnahmen aus. Das ist verantwortungsvoll, und das wird von uns erwartet. Das hat auch etwas mit dem Begriff Vertrauen zu tun, den Sie selbst eingefordert haben. Wie gesagt, das war der ganz einfache Schritt zwei.

Drittens. Sie haben nichts von dem gemacht. Als Projektleiter und als Einsatzleiter eines Polizeieinsatzes würde man mir das um die Ohren hauen. Sie beschreiben zwar schmerzliche Schritte, die allerdings notwendig sind, wie wir alle gehört haben, aber Sie stellen das hier mit einem völlig destruktiven Zungenschlag dar. Das kann ich nicht akzeptieren.

(Beifall FDP)

Schritt drei gilt also konsequenterweise der Bewertung.

Das, was Sie hier vorgetragen haben, ist überhaupt keine Problemlösung, sondern blanker Populismus. Das wird Ihrer Verantwortung in dieser Lage nicht gerecht. Aber ich habe das eigentlich auch gar nicht erwartet, weil Sie diese Lagebeurteilung überhaupt nicht vorgenommen haben und auch gar nicht in ihre Argumentationslinie haben einfließen lassen. Das wird Ihrer Verantwortung nicht gerecht, und das kritisiere ich ganz scharf.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner?

Jörg Hansen [FDP]:

Gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Hansen, ich finde Ihr Gedankenexperiment, sich mal dumm zu stellen, ganz spannend.

(Jörg Hansen)

Das Problem in Ihrer Ansprache gegenüber dem Abgeordneten Nobis ist allerdings, dass das Umgekehrte nicht möglich ist.

(Lachen und Beifall SPD)

- Danke für diesen Zusatz.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei all der Mühe und bei all den Schwierigkeiten, die diese Pandemie den Menschen hier im Land auferlegt, bei all der Verzweiflung, die ganz viele Menschen haben, müssen wir doch auch sagen: Es ist gerade die Digitalisierung, die nicht ein fernes Neuland darstellt, sondern die in vielen Fällen ein ganz kleines Stück Normalität, ein ganz kleines Stück an neuen Möglichkeiten schafft.

Es ist die Digitalisierung, die heutzutage Kommunikation zwischen den Menschen auch über größere Entfernungen ermöglicht. Es ist die Digitalisierung, die Videokonferenzen im Geschäftsbereich ermöglicht, die ein Skype-Gespräch mit Angehörigen ermöglicht. Es ist die Digitalisierung, die dafür sorgt, dass zu Hause neue Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen. Es gibt Fitnesscenter hier in unserem Land, die Online-Kurse anbieten und zusammen mit Menschen Sport im heimischen Wohnzimmer betreiben.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Es ist wunderbar, wie Sie verächtlich über Geschäftsmodelle, über Ideen von engagierten Kaufleuten sprechen. Bitte erzählen Sie das dann auch den Restaurants, die es immer noch ermöglichen, in ein Restaurant zu gehen, die es ermöglichen, auch in dieser Phase ein gutes Essen zu bekommen. Auch sie schaffen das am Ende des Tages nur über Digitalisierung.

(Beifall FDP - Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Ich verstehe Sie so schlecht hinter Ihrer Maske.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Digitalisierung bedeutet ganz viel Lernen und Bildung. Digitalisierung erlaubt es uns heutzutage, Wissen aus dem Internet und aus digitalen Medien zu bekommen. Ja, es ist so, dass wir an ganz vielen Stellen mehr davon brauchen, dass wir auch in der

Umsetzung in unseren Schulen viel mehr davon brauchen. Aber es gibt bereits eine ganze Menge Angebote, die erheblich weiterhelfen.

Und die Menschen können das, meine Damen und Herren. Auch unsere Schüler, auch die jungen Menschen können das. Wenn diese jungen Menschen bei einem Mouse Acorbat zum Beispiel etwas über ein Computerspiel lernen, wenn sie darüber lernen, wie man das spielt, dann können sie genauso von einem Lehrer Schmidt etwas über Mathematik lernen. Übrigens hat Letzterer deutlich mehr Follower auf YouTube.

Wir haben also eine gute Basis dafür, dass zumindest ein ganz kleines Stückchen Normalität in die Situation gebracht wird. Ich kann Sie nur ganz herzlich bitten: Gehen Sie den Weg der Digitalisierung ganz, ganz offensiv mit. Schaffen Sie Chancen, machen Sie Wege frei! Die Digitalisierung ist übrigens nur ein kleiner Weg, der uns dabei ein bisschen unterstützen kann.

Das sollte, wie ich meine, auch der Schleswig-Holsteinische Landtag ganz offensiv weiterverfolgen, Chancen zu schaffen. Digitalisierung ist ein Weg für Kommunikation in dieser Krise. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, nach dieser Debatte sollten wir alle gucken, wo es noch Dinge gibt, die wir gemeinsam auf den Weg bringen können, und wo es Dinge gibt, die vielleicht noch einmal nachgeschärft werden können. Ich muss sagen, ich fand es ausgesprochen fair und konstruktiv, was der Kollege Ralf Stegner hier heute Morgen gesagt hat. In unserem Antrag, den wir vorgelegt haben, gibt es Punkte, die uns wichtig sind; die sind auch von der MPK so beschlossen worden. Wir als Jamaika-Koalition stehen hundertprozentig dahinter. Und das ist gut so. Ich glaube, es gibt auch Punkte, bei denen uns SPD und SSW unterstützen würden.

Es gibt allerdings in dem SPD-Antrag auch Punkte, von denen wir der Meinung sind, dass sie in die richtige Richtung gehen. Es liegt aber an den Details, dass wir dem Antrag der SPD-Fraktion jetzt nicht zustimmen können. Deswegen werde ich sehr für unseren Antrag.

(Dr. Marret Bohn)

Von der Seite der Grünen ist uns Folgendes ganz wichtig: In unserem Antrag steht der Punkt, dass wir allen helfen wollen und niemand irgendwie wegen sozialer Härten in der Coronapandemie unberücksichtigt bleiben darf. Es ist total wichtig, dies zu betonen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Ich würde mich riesig freuen, wenn wir es heute schaffen, dass der gesamte Schleswig-Holsteinische Landtag sich dahinter versammelt, allen Menschen das Signal zu geben: Wir lassen euch nicht im Stich! Wir achten darauf, dass auch Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfänger, dass auch Geringverdienerinnen und -verdiener einen Schutz haben und dass die Teilhabe für alle ermöglicht wird. Das wäre ein tolles Zeichen, über das ich mich sehr freuen würde, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Die Kollegin Rathje-Hoffmann hatte es eben gesagt. Wir Norddeutschen kennen uns mit dem Sturm aus. Liebe Katja, du hast ja recht. Wir sind mitten in einem Sturm. Und dann kommt eine Mutation wie B.1.1.7. Ich sage, nach allem, was ich aus der Wissenschaft gelesen habe, dass das der nächste Sturm ist, der auf uns zukommt. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Ich finde es auch nicht schön. Und es geht mir jetzt auch gar nicht darum, ob sie 10 %, 20 % oder 30 % schlimmer ist als die Originalvariante. In dem Moment - das kann der Kollege Kai Dolgner viel besser vorrechnen, das lasse ich jetzt -, in dem es auch nur ein paar Prozent mehr Ansteckungen gibt, haben wir ein ganz großes Problem. Und dieses Problem müssen wir gemeinsam lösen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen noch einmal der Appell an die Bundesregierung, die FFP2-Masken und alles das, was zur Verfügung gestellt wird, den Menschen nach Hause zu schicken. Ich möchte keine Schlangen von Älteren und Kranken vor Apotheken sehen, um sich zum Beispiel FFP2-Masken zu besorgen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich - egal, ob das jetzt Stufenplan oder Inzidenzampel heißt, wir müssen eine Perspektive aufzeigen, damit uns Hoffnung und Optimismus durch die nächsten Wochen und Monate tragen.

Lassen Sie uns das, was die SPD-Fraktion vorgeschlagen hat, im Sozialausschuss gemeinsam weiter besprechen. Und bitte stimmen Sie unserem Antrag zu. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Sehr verehrte Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in Erinnerung rufen, warum wir diese ganzen Beschränkungen machen. Das ist in all diesen Debatten immer ein Stück weit zu kurz gekommen.

Es ist fast ein Jahr her, dass es hier von uns Standing Ovationen für die Pflegenden auf den Intensivstationen und in den Heimen gab. Das haben wir aus Überzeugung gemacht; denn sie leisten gute Arbeit. Wir nannten sie „Alltagshelden“, und, und, und.

Deren Situation ist tatsächlich ein bisschen in Vergessenheit geraten. Nichtsdestotrotz leisten die Pflegenden - besonders diejenigen auf den Intensivstationen, aber auch diejenigen in anderen Abteilungen - nach wie vor Übermenschliches. Ihre Belastung ist unfassbar hoch, physisch wie psychisch. Viele sind erkrankt, entweder während der Arbeit oder in der Freizeit. Immer den Druck zu haben: „Ich habe Angst, die Infektion in meine Einrichtung zu tragen“, lässt sie schon seit Monaten in einer Art Tunnelquarantäne verharren. Das können wir ihnen auf Dauer nicht zumuten, und wir sollten es ihnen auf Dauer nicht zumuten.

Wer sich mit der aktuellen Situation auf den Intensivstationen beschäftigt hat, der weiß, wie ungeheuer anstrengend die Pflege der an Covid-19 Erkrankten ist. Es braucht fünf Mann Personal, um jemanden zu drehen, der gerade beatmet wird. Das Ganze muss in Vollschutzkleidung erfolgen; dadurch wird diese Tätigkeit noch einmal deutlich anstrengender, als sie es ohnehin wäre. Es ist körperlich sehr anstrengend, einen Patienten zu drehen. Zudem verändern sich Gesundheitszustände in Minutenschnelle; Luftnot kann urplötzlich auftreten. Bevor man sich in die Schutzkleidung manövriert hat, vergeht aber kostbare Zeit.

All das belastet die Menschen auf den Intensivstationen, Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte wie auch

(Birte Pauls)

alle anderen, die dort arbeiten. Deshalb wiederhole ich: Das, was zu diesem Thema von Rechtsaußen kommt - nämlich alles ignorieren -, ist eine Klatsche ins Gesicht aller Pflegekräfte. Wir sollten alles dafür tun, damit nicht noch mehr Druck auf die Intensivstationen entsteht. Genau das Gleiche gilt natürlich auch für Heime und andere Einrichtungen.

Mein Appell ist - auch an das UKSH; ich erwähne es, weil dazu im heutigen Pressespiegel etwas steht -: Statten Sie die Pflegekräfte auf allen Stationen mit FFP2-Masken aus! Das ist sehr wichtig. Die einfache Maske reicht nicht aus. Wir müssen alles dafür tun, dass die Pflegekräfte geschützt werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, das Wort.

(Jörg Nobis [AfD]: Ich hatte mich noch zu Wort gemeldet!)

- Das ist jetzt bei mir angekommen. - Entschuldigen Sie bitte, Herr Minister.

Dann würde ich vorschlagen, dass Herr Nobis jetzt seinen Dreiminutenbeitrag hält.

(Serpil Midyatli [SPD]: Lieber Heiner hinterher!)

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich hatte mich noch einmal zu Wort gemeldet. - Herr Dolgner, es bleibt uns allen nur zu hoffen, dass wir wirklich 2 m vor dem rettenden Ufer sind; das hoffen wir, glaube ich, alle. Aber es wird sich erst zeigen müssen, ob wir wirklich schon so nahe am Ufer sind.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Ich leugne nicht die Pandemie, auch nicht die Gefährlichkeit des Virus. Ich kenne selbst jemanden, der im künstlichen Koma auf einer Intensivstation in Nordrhein-Westfalen liegt. Daher werden Sie von mir diesbezüglich nichts hören.

(Serpil Midyatli [SPD]: Auf einmal?)

Aber wir müssen noch einmal über das Thema reden. Sie sagen: Wir wollen den Menschen das Leben nicht nehmen. - Aber draußen gibt es Menschen, die sich selbst das Leben nehmen, nämlich

aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation. Denn die Gesellschaft spaltet sich auf.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ja!)

Da sind diejenigen, die ihr Gehalt beziehungsweise ihre Diät monatlich einfach so überwiesen bekommen - wie wir hier oder auch Beamte, Richter, Lehrer. Die sagen: Ja, okay, ein bisschen Lockdown schadet mir nicht. Dann habe ich mehr Zeit für meine Familie; das Geld kommt ja.

(Unruhe - Widerspruch SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das ist aber bei einem weiten Teil der übrigen Bevölkerung nicht der Fall. Denn die kämpfen wirklich ums Überleben!

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das wissen Sie. Sie alle wissen das; ich sage Ihnen da nichts Neues. Die müssen arbeiten. Die wissen nicht, woher sie das Geld nehmen sollen, um ihre Rechnungen zu bezahlen.

(Lachen Lars Harms [SSW])

- Herr Harms, Sie lachen. Aber Sie haben es vorhin selbst gesagt: Wir können den Lockdown nicht ewig weiterführen. - Das sollte uns allen bewusst sein. Das heißt, wenn das rettende Ufer weiter als 2 m entfernt ist und wir es nicht sehen, weil wir auf Sicht fahren, weil es nebelig ist, oder weil es tatsächlich noch 200 m, 500 m oder sogar 5 mile entfernt ist, dann ist irgendwann Schluss. Ob das im Februar, im März oder vielleicht erst im April der Fall ist, weiß ich nicht; wir werden es sehen.

Noch etwas zu dem Stichwort „Masken“: Die FFP2-Masken - ich habe es schon gesagt - halte ich für sinnvoll; das ist eine gute Regelung. Aber uns muss auch bewusst sein, welche Anforderungen der betriebliche Arbeitsschutz stellt. Ich bin auch Fachkraft für Arbeitssicherheit und weiß, dass es für Masken Tragezeitbegrenzungen gibt; für FFP2-Masken ohne Ausatemungsventil liegt die Grenze bei 75 Minuten; danach sind 30 Minuten Erholungszeit vorgeschrieben. Wenn ich also meinen Mitarbeiter auffordern würde, mit dem Zug von Hamburg nach München zu fahren, um dort einen Termin wahrzunehmen, dann wäre das, da die Fahrzeit sechs oder sieben Stunden beträgt, aus der Sicht des betrieblichen Arbeitsschutzes mit FFP2-Maske nicht zulässig. Für OP-Masken gibt es, glaube ich, keine Tragezeitbegrenzung; mit diesen wäre eine solche lange Reise mit dem Zug wohl noch abgedeckt.

(Jörg Nobis)

Wir müssen uns vor Augen halten, dass es Menschen gibt - wie Asthmatiker oder COPD-Patienten -, die eine Maske nicht oder zumindest nicht über einen längeren Zeitraum tragen können. Es sind sinnvolle Entscheidungen getroffen worden, was die Maskenpflicht angeht, auch in Bezug auf FFP2-Masken. Aber nicht alle Menschen, die ohne Maske einkaufen gehen oder draußen sind, sind Maskenverweigerer. Diese Menschen haben ein ärztliches Attest. Es gibt gute Gründe, keine Maske zu tragen, wenn jemand Asthmatiker oder COPD-Patient ist oder an einer ähnlichen Erkrankung leidet. - Vielen Dank.

(Birte Pauls [SPD]: Mann, Mann, Mann! - Wolfgang Baasch [SPD]: In Amerika haben die es heute hinter sich! Wir müssen noch bis 2022 warten!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Punkte möchte ich noch ganz kurz anführen:

Erstens. Herr Nobis, wenn Sie sich hier vorn hinstellen und monieren, dass es eine gesplante Gesellschaft gibt, aber im nächsten Satz sagen, dass diejenigen, die im öffentlichen Dienst tätig sind, sich eigentlich über den Lockdown freuen, weil sie mehr Zeit mit der Familie Zuhause verbringen könnten, dann ist das eine absolute, bodenlose Frechheit angesichts all dessen, was die öffentlich Bediensteten, vor allem Lehrkräfte, Polizei und Feuerwehr, auch hier in Schleswig-Holstein für unsere Gesellschaft momentan leisten. Das ist eine bodenlose Frechheit. Für diesen Satz sollten Sie sich entschuldigen.

(Beifall FDP, SPD und vereinzelt CDU - Jörg Nobis [AfD]: Ich habe von den unterschiedlichen Einkommenssituationen gesprochen!)

Zweitens möchte ich bekräftigen, was hier schon gesagt wurde: Wir müssen die Pflegekräfte besser schützen, noch besser, als wir es ohnehin schon machen. Wir haben in Nordfriesland erlebt, dass sich in den Kliniken in Husum und Niebüll das Virus stark ausbreitet. Das zeigt uns, wie sensibel dieser Bereich ist. Es gibt schon hohe Eintrittshürden. Aber wenn das Virus erst einmal in der Einrichtung ist, dann haben wir ein großes Problem.

Einige Pflegekräfte dort sind in Quarantäne - entweder, weil sie selbst erkrankt sind und deshalb natürlich eine Quarantäneanordnung bekommen, oder sie sind, wenn ihre Tests negativ ausfallen, in Arbeitsquarantäne, sprich, sie müssen weiterhin arbeiten. Das machen sie mit großem Engagement. Sie müssen sich also direkt nach der Arbeitsschicht nach Hause begeben. Sie dürfen nicht tanken, nicht einkaufen und sich nicht mit Menschen aus einem anderen Haushalt treffen, sondern sie müssen isoliert zu Hause bleiben, bis es am nächsten Tag wieder zur Arbeit geht. Das ist eine außerordentlich hohe Belastung. Diese Menschen zeigen ein so hohes Engagement, dass ich ihnen an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich danke sagen möchte.

Wir müssen verhindern, dass solche Situationen häufiger vorkommen, weil ansonsten unser Gesundheitssystem in die Knie geht. Das ist unser aller Aufgabe. Ich freue mich, dass das vom überwiegenden Teil dieses Hauses so gesehen wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Debatte heute Vormittag angehört hat, kann man feststellen, dass sich die meisten sehr ernsthaft mit der Frage beschäftigen und dass wir ein erfreuliches Maß an Konsens haben sowie Willens sind, bei der Lösungssuche voranzukommen.

(Beifall Jan Marcus Rossa [FDP])

In der Tat ist es manchmal ein bisschen schade, dass wir zum Ende der Debatte - ich gehe übrigens nicht so weit wie Sie, Herr Kollege Rossa, es zu bedauern, dass sie sich aufgespalten haben - mehrere Wortbeiträge hören, die einen ganz anderen Eindruck erwecken. Dieser andere Eindruck eben, ernsthaft die Spaltung der Gesellschaft zu beklagen und als politisches Geschäftsmodell genau das zu verfolgen, die Gesellschaft zu spalten, ist an Verlogenheit nicht zu überbieten.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Deswegen kann ich nur sagen: Das muss immer wieder zurückgewiesen werden, damit hier im Par-

(Dr. Ralf Stegner)

lament nicht der Eindruck bestehen bleibt, dass das etwas wäre, was irgendjemand richtig findet.

Man kann nur sagen: Gott sei Dank haben solche Leute nichts zu melden. Stellen Sie sich einmal vor, die hätten Verantwortung. Dann würde das, was der Kollege Dolgner in der ihm eigenen Präzision beschrieben hat, Realität. Das wäre grauenhaft. Insofern ist das eine gute Sache.

Ich bedauere, dass das vorhin mit dem Scherz nicht verstanden worden ist, aber das liegt in der Natur der Sache. Ich möchte das noch einmal sagen: Man kann sich dumm stellen, aber das Gegenteil ist für die Kollegen gar nicht möglich. Insofern habe ich vorhin versucht, das zu sagen. Das wurde nicht ganz verstanden, damit muss man dann leben.

Das Zweite, was ich gern anmerken wollte, bezieht sich darauf, dass eben die Rede davon war: Was können wir tun, um die Produktion zu steigern? Die Antworten auf die Fragen, die Herr Scholz Herrn Spahn gestellt hat, waren ganz spannend. Ich habe sie gelesen. Da sagt Herr Spahn unter anderem, das mit den verzögerten Lieferungen liege nicht an den schlechten Verträgen, sondern das liege an der Executive Order von Präsident Trump, dass die Firma Pfizer sozusagen ausschließlich nach Amerika liefern dürfe. Das ist ein weiterer Grund dafür, warum es ein Segen ist, dass der Mann nach heute weg ist. Ich glaube aber, das erklärt noch nicht alles. Aber das wird jetzt auf jeden Fall besser werden. Ich schätze, dass der neue Präsident Biden etwas anderes will. Er hat heute schon angekündigt, America first werde nicht mehr die Linie sein. Ich glaube, das ist auch wichtig. Wir müssen international zusammenarbeiten, auch was die Impfstoffe angeht.

Als Drittes, weil die Kollegin Bohn das hier gesagt hat, möchte ich ausdrücklich sagen, weil wir das bisher immer nur zwischen den Zeilen formuliert haben: Meine Fraktion wird dem Antrag jetzt zustimmen. Wir finden es überwiegend richtig, was da drinsteht. Wir bitten sehr herzlich darum, gerade weil wir gemerkt haben, dass die Zustimmung zu vielem, was wir sagen, da ist, dass unser Antrag im Ausschuss so beraten wird, dass die Teile, die Sie mittragen können, auch gemeinsam unterstützt werden. Dann haben wir heute etwas erreicht, dann war die Debatte gut. Dafür möchte ich mich dann auch im Namen meiner Fraktion bedanken.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Kurzbeiträge sehe ich nicht. Dann hat jetzt das Wort für die Landesregierung der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich habe bei dem despektierlichen Beitrag über die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst einen Moment überlegt, wie das in den Ohren der Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsministerium klingen möge, die nicht am Anschlag, sondern seit bereits elf Monaten über den Anschlag hinaus arbeiten. Dann habe ich gedacht: Erstens: Die Kolleginnen und Kollegen wissen, woher es kommt. Zweitens: Die wissen, was sie leisten.

(Anhaltender Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich eine zweite Vorbemerkung machen, Frau Präsidentin. Ich nehme überhaupt niemandem Übel, dass er bei den ganzen Zahlen und Meldungen über Impfdosen und Impfmonitoring möglicherweise ab und zu einmal nicht ganz den Überblick behält. Das ist überhaupt kein Ding. Dass das aufgegriffen wird und zu Nachfragen führt, lieber Herr Abgeordneter Lars Harms, kann ich auch verstehen. Deshalb danke für die Gelegenheit, das kurz darzustellen.

Punkt eins: Es gibt zwei Grundpfeiler, auf denen die Impfstrategie und der Impfplan in Schleswig-Holstein fußen. Die beiden Pfeiler 1 und 2 stehen gleichrangig nebeneinander.

Erstens: die schnellstmögliche Impfung des zur Verfügung stehenden Impfstoffes, insbesondere in den Alten- und Pflegeheimen. Das gilt ganz besonders vor dem Hintergrund, dass sich zumindest die Erkenntnis mehrt, dass bereits eine erste Impfung möglicherweise Leben retten kann.

Zweitens, und das ist genauso wichtig: Es ist stets die absolut notwendige Zweitimpfung zu sichern. - Darauf haben sich alle 16 Landesministerinnen und Landesminister mehrfach verständigt, übrigens zuletzt in der letzten Gesundheitsministerkonferenz am Montag. Heute um 15 Uhr ist eine weitere.

(Zurufe FDP und CDU)

- Das limitiert meine Redezeit, Herr Abgeordneter Koch, das ist mir bewusst.

(Minister Dr. Heiner Garg)

(Heiterkeit)

Wie wir das machen, obliegt der Entscheidung der einzelnen Bundesländer. Sie sehen, dass sich beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein für den Weg entschieden haben, möglichst schnell eine möglichst hohe Erstimpfquote zu erreichen.

Zu den reinen Zahlen und wie sie zustande kommen: Schleswig-Holstein hat bisher 117.000 Dosen erhalten. Ich rede jetzt ausschließlich vom Impfstoff von BioNTech, denn darauf bezieht sich das Ganze. Das sind 117.000 Impfdosen. Davon wurden insgesamt 69.716 verimpft. In diesen 69.716 sind aber bereits 614 Zweitimpfungen inkludiert. Das heißt, an Erstimpfungen sind von den 117.000 Dosen 69.076 Dosen verimpft. Der Lagerbestand beträgt also nicht irgendetwas um 6.000 herum, sondern - wenn man nachrechnet und jetzt sogar die Zweitimpfungsdosen, die mit 614 in der Größenordnung noch vernachlässigbar sind - der Bestand gestern Abend lag bei 47.284. Das entspricht einer Quote von etwa 59 % - zur Mitte der Woche.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben am Anfang, bei den ersten Lieferungen, die nach Schleswig-Holstein gekommen sind, eins zu eins zurückgestellt. Dann haben wir, nachdem die verbindlichen Lieferzusagen bis zu siebten Kalenderwoche vorlagen, gesagt, wir schauen, dass wir bei den mobilen Impfteams in den Pflegeheimen Personal und Bewohnerinnen und Bewohner etwas schneller durchimpfen lassen, also mit der Erstimpfung.

Ich möchte jetzt nicht die Debatte der letzten Landtagssitzung, ich glaube, die war am 7. Januar 2021, über das Terminvergabeverfahren wiedereröffnen, aber wir haben einen Riesenvorteil mit dem teilweise sehr kritisierten Terminvergabeverfahren: Es ist nämlich extrem flexibel, es funktioniert im Wochenrhythmus. Weil das im Wochenrhythmus funktioniert, können wir auch sofort nachsteuern.

Das heißt: Was tun wir? Wir gehen mit den Erstimpfungen runter und steigern sukzessive die Zweitimpfung. Das war die Absicht. Das Gute oder das Erfreuliche innerhalb des ganzen Schlamassels mit den reduzierten Liefermengen bis einschließlich zur siebten Kalenderwoche ist, dass uns diese Flexibilität jetzt wiederum die Anpassung an die reduzierten Liefermengen erlaubt.

Wir reduzieren deshalb jetzt die Erstimpfungen deutlich. Wir beenden Impfserien in den Alten- und Pflegeheimen, damit dort, wo Erstimpfungen stattgefunden haben, keine Impflücken entstehen, bei-

spielsweise, wenn neue Bewohnerinnen und Bewohner dazukommen.

Zweitens werden die Zweitimpfungen mit absoluter Priorität - und zwar genauso wie terminiert, genauso wie terminiert! - in den Impfzentren, in den Krankenhäusern und in den Alten- und Pflegeeinrichtungen durchgeführt. Das alles findet immer unter Berücksichtigung einer Sicherheitsreserve statt. Denn nach den Meldungen des letzten Freitages wollen weder die Kollegin Bätzing-Lichtenthäler noch der Kollege Harry Glawe noch die Kollegin Nonnenmacher und andere riskieren, dass man sich darauf verlässt, dass wirklich jede einzelne Dose, die bestellt ist, dann auch rechtzeitig ankommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, über eins habe ich mich gewundert. Aber die Dinge sind im Moment, wie sie sind; ich hoffe, der Optimismus des Oppositionsführers trifft ein, dass sich die Dinge jetzt schlagartig ändern werden. Ich freue mich über den heutigen Tag im Hinblick auf die Inauguration von Joe Biden und Kamala Harris mindestens genauso wie Sie.

Eins ist mir ganz wichtig zu betonen: Wir werden in Zukunft weitere Impfstoffe bekommen. Von Moderna ist die erste Lieferung, 2.400 Dosen, für 14 Tage vorgesehen. Ich glaube, da sind Sie mit mir einig, dass das noch keine nennenswerte Größe ist. Aber sobald es nennenswerte Größen sind - die sind im Moment für die achte Kalenderwoche, also Mitte Februar 2021, angekündigt -, werden selbstverständlich auch die Moderna-Imfdosen für die Impfungen in den Impfzentren eingesetzt.

Überrascht hat uns - das geht den Kolleginnen und Kollegen in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, insbesondere im Saarland, aber leider auch uns so -, dass zu den angekündigten Reduzierungen der Liefermengen auch noch eine Lieferkorrektur vorgenommen wurde. Meine Leute waren gestern den halben Tag lang ausschließlich damit beschäftigt, unter anderem mit dem Bundesgesundheitsministerium zu klären, warum wir bislang 104 % der uns nach dem Bevölkerungsschlüssel zustehenden Dosen bekommen haben, aber bis einschließlich zur siebten KW 99 % bekommen.

Diese Korrektur, wie immer man sie am Ende auch verstehen mag - das geht den Kolleginnen und Kollegen aus den eben genannten Ländern genauso -, macht die ganze Sache für uns alle nicht angenehmer. Aber ich sage Ihnen, bei all den wenig erfreulichen Nachrichten bin ich froh, dass wir ein so flexibles Terminvergabesystem haben, bei dem wir wöchentlich nachsteuern können; denn sonst hätten

(Minister Dr. Heiner Garg)

wir noch ein ganz anderes Problem, was manche Länder jetzt leider haben. Sonst müssten wir nämlich seit Montagnachmittag - die Lieferzusagen von BioNTech kamen drei Minuten vor der GMK-Schalte, also um 15:57 Uhr - Impftermine, die beispielsweise monataeweise vergeben wurden, absagen.

Was die Kritik angeht, die es auch vor 14 Tagen gab, so finde ich es richtig - das sage ich ausdrücklich -, dass man Kritik annimmt und versucht, sie zu berücksichtigen, um etwas zu verbessern. Das ist im Einzelfall manchmal nicht schön. Das kennen viele, wenn sie hier vorne stehen. Aber ich hoffe, dass wir gemeinsam einen Weg gefunden haben, um dem Ziel, möglichst schnell so viele Menschen in Schleswig-Holstein zu impfen, gemeinsam näherzukommen. Ich sage auch bewusst - das ist eine Bitte nicht nur an die Opposition, sondern an alle, die ich verstehen kann -: Wenn Sie wieder einmal fragen, warum diese Gruppe oder jene Gruppe noch nicht geimpft wird, warum es bei denen so lange dauert, dann bedenken Sie, dass bisher für das erste Quartal 190.000 Impfdosen zugesagt sind. Wenn es mehr werden, ist es schön. Zugesagt sind 190.000 BioNTech/Pfizer-Dosen. Damit lassen sich 80.000 Menschen impfen. Nach der höchsten Priorisierung hätten aber 345.000 Menschen Anspruch auf eine Impfung. Dieses Problem werden wir weder mit einem noch so ausgeklügelten Terminmanagement noch mit irgendwelchen Appellen lösen. Da braucht es einfach mehr Impfstoff, und der muss schnell kommen, damit wir dem Ziel, aus der Pandemie herauszukommen, schneller näherkommen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Der Minister hat mit einer Redezeit von rund 10 Minuten eine neue Runde eröffnet. Diese Redezeit steht natürlich allen Fraktionen zu. - Wenn ich mich aber umschaue, sehe ich nicht, dass davon Gebrauch gemacht werden soll. Gut.

Dann stelle ich fest, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, und schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag, Drucksache 19/2720, dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit in den Sozialausschuss überwiesen.

Wir kommen dann zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, über den Alternativantrag, Drucksache 19/2722, in der Sache abzustimmen. Wer dem Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag bei zwei Gegenstimmen angenommen worden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Sondersitzung.

Ich möchte noch einmal bekanntgeben: Die nächste Landtagssitzung, die 42. Tagung des Landtages, beginnt am Mittwoch, den 27. Januar 2021, um 10 Uhr. Bis dahin alles Gute.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:46 Uhr